

DOKU

Konzerthaus
Böcklerstrasse,
Braunschweig
1987 - 1990

BÖCKLERSTRASSE 129

Braunschweig, Dez. 87

Zu den Festnahmen am 23.12.87

Am Mittwoch Morgen gegen 7.00 Uhr wurden in der Innenstadt zwei Leute festgenommen, die im Konzerthaus bzw. in dessen Nähe wohnen. Weil sie schwarz gekleidet waren und in ihrer Nähe einige Steine auf dem Boden lagen, drängte sich den Bullen, die in einem Streifenwagen vorbeifuhren wohl die Vermutung auf, daß hier eine Sachbeschädigung geplant sein könnte. Als dann auch noch den Befehlen der Bullen, die zum Stehenbleiben aufforderten, keine Folge geleistet wurde, gerieten diese außer sich. Ein Bulle zog seine Knarre und gab einen Schuß ab, der nur deshalb zum "Warnschuß" wurde, weil der Bulle nach der ganzen Aufregung keine ruhige Hand mehr hatte.

Auf dem Bullenrevier Münzstraße wurde einer der beiden Festgenommenen brutal mißhandelt. Die Bullen schlugen zunächst seinen Kopf mehrmals gegen die Wand, um von ihm eine Aussage zu erpressen, wer am Morgen alles in der Innenstadt war. Dann begannen sie, mit dem Knüppel auf seinen Rücken zu schlagen und drehten seine Handgelenke um. Nach einiger Zeit hörten sie mit der Bemerkung auf, daß sie keine größeren sichtbaren Verletzungen hinterlassen wollten.

Für die Bullen und die Staatsanwaltschaft begann jetzt ein arbeitsreicher Tag, denn sie wollten versuchen, eine juristische Konstruktion aufzubauen, mit der sie ihre Absicht, die beiden Festgenommenen in den Knast zu stecken, legitimieren konnten. Eine von Staatsanwalt (StA) Sauer für Mittwoch Abend geplante Vorführung vor den Haftrichter wurde jedoch nicht durchgeführt, weil mit dem Vorwurf der "versuchten Sachbeschädigung" keine Aussicht auf Erfolg bestand.

Zunächst sollte der Donnerstag Morgen abgewartet werden, an dem der BZ-Hetzer Karl-Joachim Krause mit vom Bullenapparat zusammengestellten Argumenten, gemischt mit dem ihm eigenen "gesunden Volksempfinden", dem Haftrichter nochmals Anweisung erteilen wollte. Er machte deutlich, daß es gar nicht um irgendeine Straftat, sondern einzig und allein um die Personen der Festgenommenen geht, für die in Krauses Welt der "Ruhe und Ordnung" nur der Platz im Knast vorgesehen ist.

Eine neue juristische Konstruktion

Mit der Hetze der BZ im Rücken und mit einer von StA Sauer und OStA Reinhardt gebastelten juristischen Konstruktion, stellte die Staatsanwaltschaft dann am Donnerstag Anträge auf Erlaß von Haftbefehlen. Vom ursprünglichen Vorwurf einer "versuchten Sachbeschädigung" war keine Rede mehr. Kurz und knapp erklärte StA Sauer, daß sich im Konzerthaus und in dessen Umgebung eine "kriminelle Vereinigung" gebildet hätte und von dieser seit April soundsoviel Straftaten begangen worden seien. Weitere Angaben werde er nicht machen, weil diese seine Ermittlungen gefährden könnten. Und auf eine weitere Nachfrage kam der einzige Beleg für die Existenz dieser Vereinigung. Auf einem Flugblatt sei die Parole "Für die permante Revolte" zu lesen; und dies sei ja wohl Indiz genug für den, für die Existenz einer solchen Vereinigung notwendigen gemeinsamen Willen, Straftaten zu begehen.

Insgesamt schien sich die Staatsanwaltschaft recht sicher zu sein, in dem vom Staatsapparat und der BZ gegen das Konzerthaus und das Erwerbslosenzentrum erzeugten Klima, eine solche zusammengepfuschte Konstruktion durchzubekommen. Der Haftrichter hielt sich erstaunlicherweise nicht an die Vorgaben durch den BZ-Schreiber Krause und erklärte, er könne keine Haftbefehle erlassen, weil die Staatsanwaltschaft zu wenig Angaben über die Struktur der "kriminellen Vereinigung" gemacht habe. Dennoch sehe auch er Verdachtsmomente für die Existenz einer solchen Vereinigung.

§129 - ein Paragraph der Staatsschutzjustiz 2

Mit dem Auffahren des §129 StGB (Bildung einer "kriminellen Vereinigung") hat das Vorgehen des Staatsapparates gegen das Konzerthaus und das Erwerbslosenzentrum eine neue Stufe erreicht. Wurde bisher diese oder jene Aktion als "Straftat" kriminalisiert und verfolgt, so wird jetzt versucht, die Lebens- und Diskussionszusammenhänge, die wir dort aufgebaut haben, zu kriminalisieren und zu zerschlagen. Politische Diskussionen, die nicht von der Notwendigkeit der Existenz kapitalistischer Verwertungsstrukturen ausgehen, sondern deren historische Begrenztheit erkennen; politische Strategie, die auf die Zerstörung des kapitalistischen Verwertungsprozesses abzielt; politisches Handeln, das die Auseinandersetzung mit dem Herrschaftsapparat nicht auf ferne Tage der Endzeit verlegt, das alles versuchen die Herrschenden in den juristischen Rahmen einer "kriminellen Vereinigung" zu zwingen.

Wenn die Herrschenden jetzt versuchen, politisches Verhalten, das für sie nicht mehr funktionalisierbar ist und nicht mehr mit klassischen Strategien befriedet werden kann, zu kriminalisieren, dann hat dies für das politische Klima in der Region eine weitreichende Bedeutung, weil es alle tendenziell vor die Entscheidung stellt, sich anzupassen oder sich in die Gefahr zu begeben, von einem übereifrigen Bullen festgenommen zu werden.

Für uns ist die Diskussion um den Widerstand gegen die kapitalistische Gesellschaft kein Freizeitspaß, die wir nach Belieben führen oder auch lassen können, sie ist vielmehr eine Auseinandersetzung mit unseren Lebensbedingungen; der Versuch, diese in unserem Sinn zu verändern. Gerade jetzt, wo unmittelbar deutlich wird, wie sehr die Rechtfertigung der bestehenden Gesellschaft in letzter Instanz eine Frage der offenen Unterdrückung, der Drohung mit Ausgrenzung, dem Knast ist, wird die Notwendigkeit des entschlossenen Widerstands gegen die Ausbeutungsmechanismen und Herrschaftsstrukturen deutlich. Dies bleibt eine unverrückbare Position in der Auseinandersetzung mit den aktuellen Drohungen der Staatsschutzjustiz.

DAS ZENTRUM IST WEG

Am Freitag, dem 8. Januar 1988, wurde das Erwerbslosenzentrum Wolfenbüttelerstraße 14 abgerissen, nachdem schon im Dezember letzten Jahres die Strom- und Wasserzufuhr gekappt worden war. Diese Aktion war Teil einer umfassenderen Hausdurchsuchung im Zentrum und dem anliegenden Haus in der Böcklerstraße.

Zur Geschichte des Zentrums

Das Haus war am 1. Mai 85 besetzt worden. Der Besetzung waren mehrere Verhandlungen des Erwerbslosenvereins mit der Stadt vorangegangen, die ergebnislos geblieben waren.

Von Seiten der Besetzenden wurde sich auch damals weiterhin um einen entsprechenden Vertrag bemüht, was die Stadt immer wieder verweigerte.

Das Zentrum entwickelte sich währenddessen zu einem Kommunikations- und Kulturzentrum, in dem selbstorganisierte Konzerte und politische Veranstaltungen stattfanden.

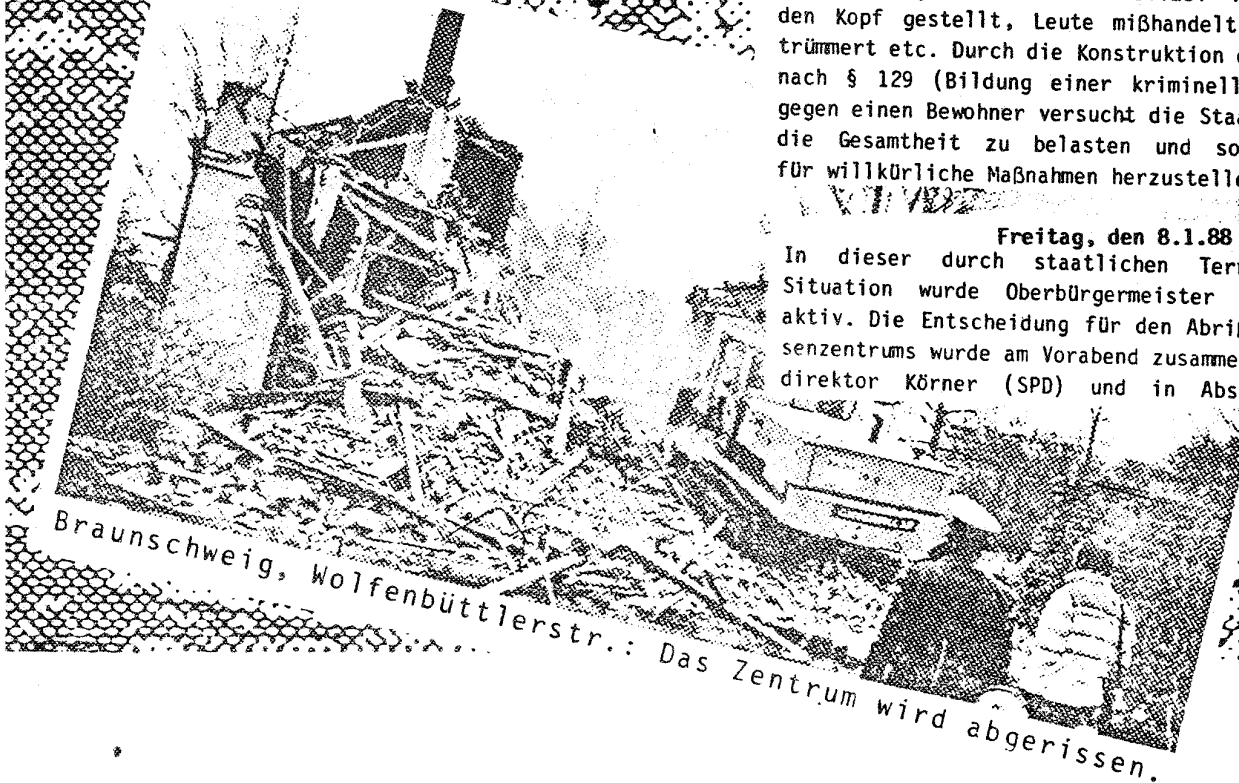
Dabei war das Zentrum wiederholt Angriffen von unterschiedlichen Seiten ausgesetzt. Immer wieder kam es zu Angriffen faschistischer Skinheads, Fußballfans, zu Übergriffen von Bullen auf einzelne und auf das Zentrum.

...und Böcklerstraße

In unmittelbarer Nähe wurde im April 87 das Konzerthaus in der Böcklerstraße zunächst besetzt. Innerhalb einer Woche wurde dann mit der Stadt ein Nutzungsvertrag als Wohnraum abgeschlossen. CDU und Braunschweiger Zeitung hetzten von der Besetzung der Böcklerstraße bis heute gegen die BewohnerInnen. Auch hier kam es zu Überfällen faschistischer Skinheads und Fußballfans und von Reaktionären. Bei 3 Hausdurchsuchungen durch die Polizei wurde alles auf den Kopf gestellt, Leute mißhandelt, Mobiliar zerstört etc. Durch die Konstruktion eines Verfahrens nach § 129 (Bildung einer kriminellen Vereinigung) gegen einen Bewohner versucht die Staatsanwaltschaft die Gesamtheit zu belasten und so eine Handhabe für willkürliche Maßnahmen herzustellen.

Freitag, den 8.1.88

In dieser durch staatlichen Terror eskalierten Situation wurde Oberbürgermeister Glogowski (SPD) aktiv. Die Entscheidung für den Abriß des Erwerbslosenzentrums wurde am Vorabend zusammen mit Oberstadtdirektor Körner (SPD) und in Absprache mit der



Braunschweig, Wolfenbüttelerstr.: Das Zentrum wird abgerissen.

Kein Stein blieb auf dem anderen: Wolfe

HER MIT DEM ZENTRUM!

Polizeiführung gefällt. Während in der Braunschweiger Zeitung ein Geschwalle Glogowskis über "Besonnenheit" und "friedliche Lösung" des "Problem" Böcklerstraße zu lesen stand, wurde das Erwerbslosenzentrum plattgemacht. Das Kalkül Glogowskis besteht darin, einmal mit dem Abriß die Bullen und die CDU mitsamt BZ einigermaßen mundtot zu machen, andererseits die BewohnerInnen der Böcklerstraße bzw. NutzerInnen des Erwerbslosenzentrums durch diese Maßnahme der eisernen Faust zu disziplinieren. Dies hat er auch selbst bestätigt. "Schneller als gedacht" (BZ) wurde in Reaktion darauf das SPD-Büro in der Schloßstraße von 50 Leuten besetzt, die folgende Forderungen stellten:

- Wiederaufbau oder neues Zentrum!
- Herausgabe aller beschlagnahmten Gegenstände!
- freien Abzug für die BesetzerInnen des SPD-Büros ohne Strafverfahren!

Das außerdem verlangte Gespräch mit Glogowski kam dann nach einigem Hin und Her zustande. Als waschechter Sozialdemokrat versuchte er die Versammelten kräftig einzuseifen. Schließlich sagte er die Herausgabe der Gegenstände zu und sicherte auch den freien Abzug zu. Der Forderung nach Wiederaufbau bzw. neuem Zentrum entsprach er nicht, sondern versuchte sich herauszuwinden, daß er sich in der Sitzung des Verwaltungsausschuß' am Dienstag, den 12. Januar 88, dafür einsetzte. Darüberhinaus wird es ein

Die Nutzung des Erwerbslosenzentrums war ohne Wasser und Strom erheblich beeinträchtigt. Diese Beeinträchtigung muß als gezielte Maßnahme gewertet werden, weil die Entnahme von Strom und Wasser jahrelang geduldet wurde. In Anbetracht der Tatsache, daß Jugendzentren usw. Strom und Wasser ebenfalls zu Verfügung gestellt werden, von Seiten des Erwerbslosenzentrums wiederholt eine Vertragslösung angeboten wurde, ging der Vorstoß also vom Staat aus.

Außerdem handelte Glogowski gegen Vereinbarungen zwischen den Fraktionen von Grünen und SPD, die zu einer Tolerierung Glogowskis als OB geführt hatten: Keine Räumung - und damit auch kein Abriß - des Erwerbslosenzentrums, wenn nicht gleichzeitiger Ersatz bereitgestellt werde.

Dies wird jetzt höchstens aufgrund unseres Drucks geschehen!

Die Häuser gehören uns!

Wir wollen ein selbstverwaltetes Erwerbslosenzentrum!
Wir wollen das Haus in der Böcklerstraße, um dort selbstbestimmt zusammen zu leben!


Wir wollen kein Erwerbslosenzentrum, wo "Betroffene" von Sozialarbeitern und Psychologen behandelt werden, um ihnen ihre Situation erträglicher zu machen. Wo durch die Schlüsselgewalt und Verfügungsgewalt über Sachmittel die Stadt bestimmt, was laufen kann, wer Räume kriegt usw. Wo wegen geregelter Öffnungszeiten der Besuchsverkehr tagsüber stattfinden kann und das war's...

TREFFEN MIT O.B. GLOGOWSKI AUF DEN TRÜMMERN DES ERWERBSLOSENZENTRUMS am DIENSTAG; DEN 12.1. um 14.30 UHR geben, wozu alle eingeladen sind, die unseren Forderungen Nachdruck verschaffen wollen!
KOMM ZUHAUFE!

Wir haben klare Forderungen!
WIEDERAUFBAU ODER EIN NEUES ZENTRUM!
BÖCKLERSTRASSE BLEIBT!
EINSTELLUNG ALLER STRAF- UND ERMITTLUNGSVERFAHREN!

DEMONSTRATION SAMSTAG 16.1.88
Für ein Neues Zentrum Braunschweig
und den Erhalt der Böcklerstrasse 232 ! 11 Uhr Kohlmarkt

v. i. S. d. P.: August Merges
Karl-Marx-Strasse 18
3300 Braunschweig



BULLENTERROR

OHNE ENDE

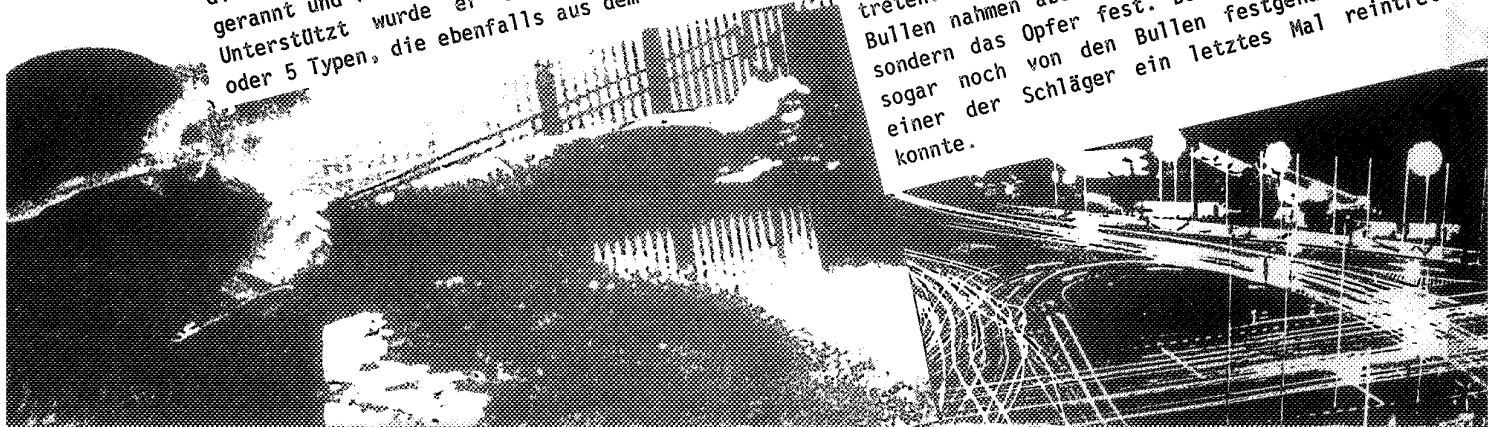
Zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen wurden am Samstag, den 19.12.87, das Konzerthaus und das Erwerbslosen-Zentrum von den Bullen durchsucht. 24 Leute wurden festgenommen und ED-mißhandelt. Im Erwerbslosen-Zentrum in der Wolfenbüttelerstraße wurde im Anschluß an die Durchsuchung Strom und Wasser gekappt, wodurch das Haus unbenutzbar gemacht werden sollte.

Die Schlägerei auf der Böckler

Zum Anlaß für diesen erneuten Überfall nahmen die Bullen diesmal ein Ereignis, das sich am frühen Samstagmorgen auf der Böcklerstraße abspielte. Um diese Zeit kamen einige BewohnerInnen von einer Party nach Hause. Als sie am Haus des Wolf-Rüdiger Reinhardt vorbeikamen, wurde plötzlich aus den oberen Etagen eine Flüssigkeit auf die Leute herunter geschüttet. Als daraufhin an der Tür gerüttelt wurde, wurde von oben eine Leuchtkugel abgeschossen. Daraufhin wollten sich die Leute zurückziehen, aber in diesem Moment kam Reinhardt auf die Straße gerannt und fing an, auf die Leute einzuschlagen. Unterstützt wurde er dabei von mindestens 4 oder 5 Typen, die ebenfalls aus dem Haus kamen.

Es entwickelte sich eine Schlägerei, in deren Verlauf Reinhardt erst einer zwei Köpfe kleineren Frau das Gesicht blutig schlug und dann einem Bewohner, der von zwei anderen festgehalten wurde, von hinten mit einem faustgroßen Stein den Schädel einzuschlagen versuchte. Als klar war, daß das Schwein es darauf anlegte, jemanden umzubringen, flüchteten die BewohnerInnen ins Konzerthaus.

Ein weiterer Bewohner, der in diesem Moment nach Hause kam und der von der ganzen Auseinandersetzung nichts mitbekommen hatte, wurde direkt vor der Haustür von drei Typen zusammengetreten. Die in diesem Augenblick eintreffenden Bullen nahmen aber natürlich nicht die Schläger, sondern das Opfer fest. Der Festgenommene wurde sogar noch von den Bullen festgehalten, damit einer der Schläger ein letztes Mal reintreten konnte.






Wolf-Rüdiger Reinhardt

Dieser Typ ist den BewohnerInnen des Konzerthauses kein Unbekannter. Er ist Berufsschullehrer an der BBS 2 und bewohnt in Sichtweite des Konzerthauses mit Frau und Kind eine 250 qm² Wohnung. Er fährt zwei fette Bonzenschlitten und ist Besitzer mehrerer Häuser. Er übt sich außerdem in Judo und Karate. Woher er die Kohle für seine vielfältigen Hobbys nimmt, ist äußerst suspekt. Von seinem Lehrgelohlt jedenfalls nicht.

Reinhardt hat gute Kontakte zur Braunschweiger Zeitung und war Initiator einer Unterschriftenliste gegen die BewohnerInnen der Böcklerstraße, für die er aber nur schlappe 30 Unterschriften zusammenbekam. Zusätzlich versuchte er durch Drohanrufe bei Stadtangestellten eine Räumung zu erpressen.

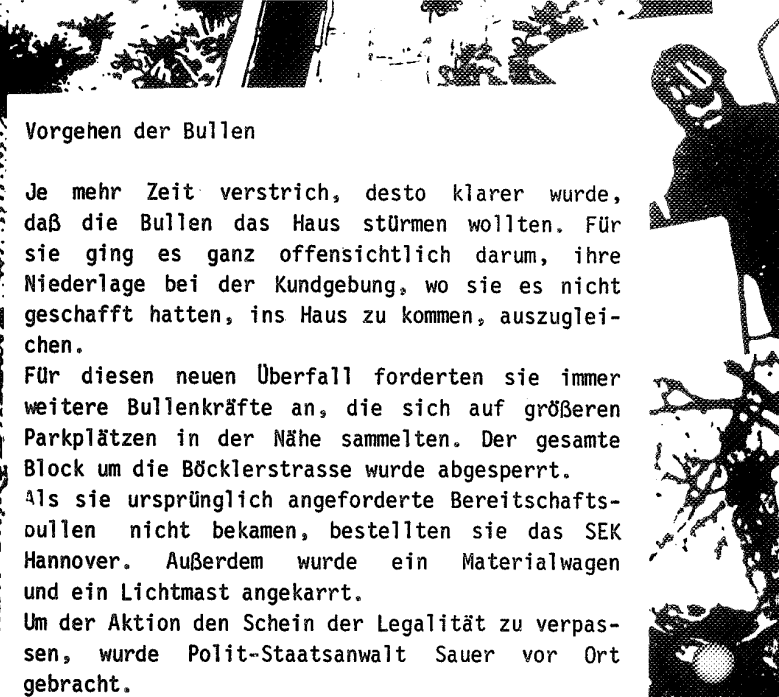


Noch mehr Schläger

Im unmittelbaren Anschluß an den Vorfall obser-vierten die Bullen ununterbrochen das Haus. Die Fassade wurde permanent mit Taschenlampen abgeleuchtet.

Nach ca.1-2 Stunden bemerkten die BewohnerInnen, daß sich einige rockerähnliche Schlägertypen bei Reinhardt sammelten. Wenig später versuchten 4 dieser Figuren mit Knüppeln bewaffnet -vor den Augen der Bullen- über ein Garagendach an der Seite ins Innere des Hauses zu klettern. Dies gelang nicht, und die 4 mußten sich mit blutigen Köpfen wieder zurückziehen.

Der Anführer dieser Gang ist namentlich bekannt. Er war es auch, der den später eintreffenden Anwalt der BewohnerInnen mit den Worten "Wie lange willst Du eigentlich noch leben?!" bedrohte. Diese Schläger drückten sich -unbehelligt von den cops- noch den ganzen Morgen auf der Straße und in Reinhardts Wohnung herum und machten durch Fascho-Sprüche ("Wir wollen hier keine Hafensstraße...", "Vergasen..." etc.) auf sich aufmerksam.




Vorgehen der Bullen

Je mehr Zeit verstrich, desto klarer wurde, daß die Bullen das Haus stürmen wollten. Für sie ging es ganz offensichtlich darum, ihre Niederlage bei der Kundgebung, wo sie es nicht geschafft hatten, ins Haus zu kommen, auszugleichen.

Für diesen neuen Überfall forderten sie immer weitere Bullenkräfte an, die sich auf größeren Parkplätzen in der Nähe sammelten. Der gesamte Block um die Böcklerstraße wurde abgesperrt.

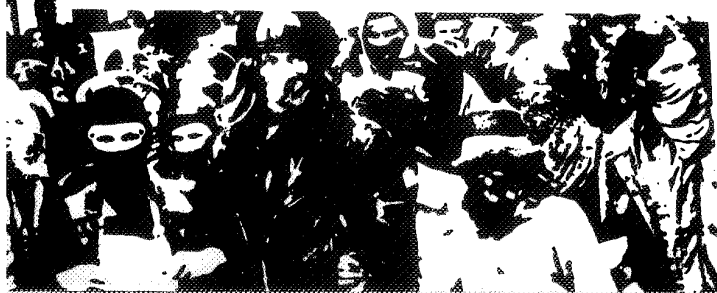
Als sie ursprünglich angeforderte Bereitschafts-bullen nicht bekamen, bestellten sie das SEK Hannover. Außerdem wurde ein Materialwagen und ein Lichtmast angekarrt.


Um der Aktion den Schein der Legalität zu verpassen, wurde Polit-Staatsanwalt Sauer vor Ort gebracht.



Unterstützung von draussen


Durch die Notrufkette gelang es, etliche Leute zu mobilisieren. Die Absperrungen der Bullen verhinderten aber, daß Leute zum Haus durchkamen. Noch während der Nacht gingen zunächst bei Kackstadt und später bei einer Mord LB Scheiben zu Bruch, was dazu führte, daß ein Teil der Bullen vom Haus abgezogen werden mußte.






Freiwillige Räumung und Durchsuchung


Am Morgen gelang es dem Anwalt den anwesenden Staatsanwalt zu kontaktieren. Dabei wurde folgendes Ultimatum an die BewohnerInnen gestellt: Entweder alle verlassen freiwillig das Haus, werden ED-behandelt und dann wieder rausgelassen oder die Bullen stürmen und es werden für alle Haftbefehle wegen "schwerem Landfriedensbruch" und "schwerem Widerstand" beantragt. Nach einer Diskussion, in der die BewohnerInnen für und wider abwägten, ließen sich die BewohnerInnen darauf ein, daß Haus freiwillig zu verlassen, nicht zuletzt deshalb, weil aus Erfahrung klar ist, daß die Bullen im Falle eines Sturms das ganze Haus verwüsten hätten. Nach dem Verlassen des Hauses wurden zunächst alle einige Stunden im Bullenrevier Münzstraße festgehalten, von dort einzeln zur Humboldtstraße zur ED-Mißhandlung gebracht und da dann entlassen.




Währenddessen durchsuchten die SEK'ler das Konzerthaus und das Erwerbslosen-Zentrum. Im Konzerthaus hielten sie sich mit Verwüstungen im Gegensatz zum letzten Mal etwas zurück. Beschlagnahmt wurden hauptsächlich Schriftstücke sowie Feuerlöscher und Leitern, die für den Brandschutz unbedingt gebraucht werden. Beschlagnahmte wurde auch deshalb nicht soviel, weil die Bullen bei der letzten Hausdurchsuchung fast alles mitgenommen hatten, was sie interessiert. Dabei handelt es sich bei den beschlagnahmten Gegenständen eben nicht um "Diebesgut", sondern zum Großteil um Werkzeug, das wir für die Renovierung benötigen.



Veranstaltung gegen den Knast
Mittwoch 6.1., 19 Uhr Böcklerstraße



Eine besondere Schweinerei haben sie diesmal im Erwerbslosenzentrum abgezogen - dort wurden Strom und Wasser gekappt, wodurch die Funktion des Hauses als Treffpunkt massiv in Frage gestellt wurde.



Die Situation jetzt

Die Auseinandersetzung am Wochenende hat gezeigt, daß die extrem reaktionären Kräfte des Staatsapparats zur Zeit die Eskalation um die Häuser forcieren. Insbesondere die Bullenführer tun sich dabei hervor, massiv unterstützt von der CDU-Ratsfraktion und der BZ. Der Überfall der Bullen auf das Konzerthaus nach der Kundgebung, der Angriff der Bullen auf den Lautsprecherwagen nach der Demo, die Welle von Strafverfahren gegen BewohnerInnen sind weitere Beispiele dafür, wie sie versuchen, uns plattzumachen.

Neben der "kalten" Räumung des Erwerbslosenzentrums durch das Abstellen von Strom und Wasser wurde den BewohnerInnen des Konzerthauses jetzt auch noch eine Abmahnung geschickt (Nach zwei Abmahnungen darf die Stadt den Nutzungsvertrag kündigen). Diese wird mit der Dachkondgebung, eingebauten Stahltüren und Stacheldraht sowie der Eröffnungsparty und einer Veranstaltung zum Häuserkampf begründet.

Gegen diesen Terror, den sie auf verschiedenen Ebenen gegen uns durchziehen, werden wir weiter unseren Kampf für Autonomie und Selbstbestimmung in den Häusern führen. Vorrangig heißt das für uns, den Betrieb des Erwerbslosenzentrums aufrechtzuerhalten.

Hände weg von den Häusern und Zentren!

Einstellung aller laufenden Strafverfahren!

Rückgabe der beschlagnahmten Gegenstände!

Wasser und Strom fürs Erwerbslosenzentrum!

DIE HÄUSER VERTEIDIGEN!

Nicht vergessen: Silvesterparty in der Böckler!

NO PASARAN
-SIE KOMMEN NICHT DURCH!

Wir haben aufgrund der Hausdurchsuchungen bei uns und der Kämpfe um die Hafenstrasse kurzfristig eine Kundgebung vorbereitet. Mit Handzetteln und Plakaten im Viertel wurden ca 70 Leute am 16. 11. um 18.00 Uhr vor das Konzerthaus in der Böcklerstrasse mobilisiert, weitere standen mit Fackeln an den Fenstern und auf dem Dach. Vom Dach aus über eine Lautsprecheranlage Redebeiträge und Musik, Kracher und Leuchtraketen. Die Stimmung war während der 40-minütigen Kundgebung ziemlich gut, es liefen keine Störaktionen der Bullen, und so blieben wir nachher noch vor dem Haus und in den Gemeinschaftsräumen im Erdgeschoss zusammen.

Um ca 19.40 Uhr, also einige Zeit nach dem Ende der Kundgebung, stürmten ca 40 Bullen mit Helmen und Knüppeln, die sich über den rückwärtigen Teil des Grundstücks herangeschlichen hatten, überfallartig um die Hausecken den Eingang. Ca 15 Leute wurden in diesem ersten Anlauf von den Bullen abgegriffen, die anderen zogen sich in die Wohnräume zurück und verbarrikierten den Zugang. Die Schläger vom Zivilen Streifenkommando taten sich wiederum besonders hervor. Sie drangen an vorderster Stelle in das Erdgeschoss ein, schlugen einem Festgenommenen die Nase blutig, einer Frau auf ziemlich widerliche Art mit dem Knüppel zwischen die Beine usw. Nachdem die Festgenommenen auf die Straße gebracht worden waren -6 Leute ohne Ausweis wurden zum Bullenrevier Münzstraße gefahren, nach der Personalienfeststellung aber wieder freigelassen- versuchten die Bullen in einem zweiten Anlauf, das Haus entgeltig zu stürmen, was ihnen jedoch nicht gelang. Die zu diesem Zeitpunkt eingetroffenen Anwälte und weiteren Freunde konnten nach einer knappen halben Stunde den Abzug der Bullen mitverfolgen.

Wir haben es geschafft, die Aktion so durchzuführen, wie wir uns das vorgestellt hatten. Zwar haben wir uns Überraschen lassen, das Abgreifen der 15 Leute wäre vermeidbar gewesen, aber wir haben ein Eindringen der Bullen bei uns verhindert, und damit ihre Absicht durchkreuzt, in unsere Strukturen zu schlagen, wenn wir uns nicht ruhig verhalten. Der BS-Kriпочef und der Bullenpräsident waren vor dem Haus, sie mußten ihre Schergen zurückpfeifen, weil sie letzten Endes vor der Konfrontation mit uns zurückgeschreckt sind.

Wir begreifen die Aktion als einen Anfang, die Diskussion um die Bedeutung unserer Zentren in der Linken zu führen. Für uns sind die Räumungen in Göttingen, Freiburg, Bochum, Düsseldorf, Kiel, ist die Räumungsandrohung und der Terror gegen die Hafenstrasse, sind die Bullenübergrieffe auf uns hier die Weiterführung des Kesseltreibens und der Zerschlagungsversuche autonomer Strukturen. Die scheinen einem Teil der Linken, zumindest in BS, noch nicht so viel zu bedeuten, daß sie sich breiter, z.B. Montag vor dem Haus zahlreicher, solidarisch erklären kann. Wir finden es notwendig, daß sich nach den Vorfällen in der letzten Zeit, auch im Zusammenhang mit der Startbahn, die Menschen wieder stärker als Teil des Widerstandes begreifen und sich solidarisch verhalten.

Redebeitrag zur Dachkundgebung auf der Böckler-
str. 232 am 16.11.87

Die Häuser in der Hafensstraße sind seit mehreren Jahren besetzt. Den Verlauf der Geschichte der Hafensstraße hier jetzt im Einzelnen wiederzugeben, würde wohl zu weit führen. Das Entscheidende in dieser Geschichte ist aber, daß die Häuser nie einfach nur Wohnhäuser waren. Immer wieder hat es Auseinandersetzungen um die Häuser gegeben, immer wieder ist von den Bewohnern klargemacht worden, daß sie mehr wollen, als nur billigen Wohnraum. So fanden in den Häusern Konzerte und Veranstaltungen statt, gab und gibt es die Volkküche, Anlaufstellen für Besucher, Info-Cafes.

Von der Hafensstraße gingen Demos aus, wurden politische Aktionen koordiniert und Diskussionen geführt. Das Mobilisierende daran war immer, daß die Leute aus der Hafensstraße sich niemals auf bestimmte, staatlich geduldete Widerstandsformen beschränkt haben. Der Widerstand lief da auf den verschiedenen Ebenen: mit Unterschriftenlisten, mit Verhandlungen, mit Demos, mit Barrikaden, mit direkten Aktionen. Deswegen sind die Häuser dem Staat ein Dorn im Auge: weil die Leute ihren Widerstand so bestimmen, wie sie selbst es für richtig halten, weil sie nicht bei den Herrschenden um Erlaubnis fragen, ob sie dieses oder jenes tun dürfen.

Und das ist es auch, was diesen Häusern am Hamburger Hafen über die Stadtgrenzen hinaus Bedeutung verleiht: daß da Leute sind, die angefangen haben, so zu leben und zu handeln, wie sie es wollen, die sich das nicht von Vermietern, Bullen oder Politikern vorschreiben lassen. Und genau das kann das System nicht dulden - daß Leute anfangen, sich selbst zu organisieren. Die Geschichte der Hafensstraße ist deshalb auch immer eine Geschichte der staatlichen Repression gegen Bewohner und Häuser.

Der Staat war da immer einfaltsreich in seinen Versuchen, die Leute einzumachen. So wurden den Leuten Verträge aufgedrückt, die ne gemeinsame Entwicklung unmöglich machen sollten. So wurde und wird massiv gegen die Häuser gehetzt - erst wurde gesagt "das ist die legale RAF", jetzt sagen sie "das sind alles Kriminelle"; auf jeden Fall immer der Versuch, die Leute in den Häusern öffentlich zu diffamieren und ne Auseinandersetzung über das, was da wirklich abläuft, zu verhindern. Die nächste Stufe der Eskalation waren die Überfälle der Bullen auf die Häuser: Erst unter dem Vorwand der Hausdurchsuchung, dann um einzelne Wohnungen zu räumen und unbewohnbar zu machen. Bei diesen Überfällen haben die Bullen in den Häusern randaliert und die Sachen der Bewohnerinnen zerstört, bewußt mit dem Ziel, den Leuten Angst zu machen.



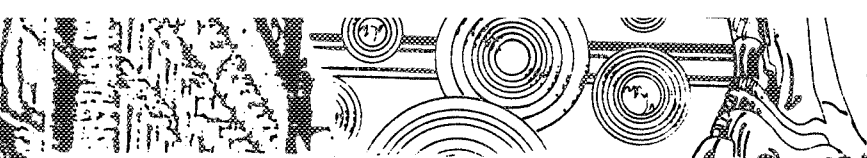
So wie die Häuserkämpfe in Berlin und Göttingen Anfang der Achtziger für uns und viele Leute in anderen Städten wichtige Erfahrungen waren, ist der Kampf um die Hamburger Hafensstraße eine Erfahrung, die uns Mut macht.

Warum soll das nur woanders gehen, daß Menschen sich zusammentun und nehmen, was ihnen gehört? Daß Häuser besetzt werden, die ansonsten eh nur leerstehen und verfallen? Warum können wir es nicht auch hier schaffen, uns autonom zu organisieren und für unsere Interessen zu kämpfen?

Deshalb haben wir vor zwei Jahren das Erwerbslosenzentrum besetzt, deshalb haben wir Anfang des Jahres dieses Haus hier besetzt, weil wir die Erfahrung gemacht haben, daß es möglich ist, sich gemeinsam gegen die Gewaltmaschine des Staatsapparates zu behaupten. Wir haben gelernt, daß Betteln und Bitten in diesem System zu nichts führen, sondern daß wir selbst für die Durchsetzung unserer Forderungen kämpfen müssen.

Natürlich ist das keine gradlinige Entwicklung, da gab es immer Niederlagen, Rückschläge und Fehler. Und natürlich haben auch wir an der Repression der Schweine zu knabbern. Denn wie in Hamburg versuchen sie, uns mit allen Mitteln zu behindern: Scheiss-Verträge, öffentliche Hetze, Strafanzeigen, Bullenüberfälle...






So hat gerade der letzte Bullenüberfall vor knapp zwei Wochen gezeigt, wie stark ihr Interesse ist, uns ihre Friedhofsruhe aufzuzwingen. Der offizielle Anlaß für die Durchsuchung war ein angeblich geklautes Auto, daß die Bullen irgendwie mit einem Anschlag auf ein Braunschweiger Mikroelektronik-Institut in Zusammenhang bringen. In der Erklärung zu dem Anschlag heißt es:

"Der Staat der reaktionären Wende lebt von der Auflösung jeglichen Klassenverhaltens, er erzeugt nicht lebendige Uniformität, sondern Vereinzelung. Erlebt davon, daß individuelles Verhalten zunehmend erfaßbar wird in Daten, die kombiniert, in Bewegung gesetzt und zu Projektionen der Macht des Kapitals verarbeitet werden... Es stellt sich...die Frage, wie sich die Fähigkeit gewinnen ließe, die Technologie der Herrschaft zu zerstören, die immer mehr Zersetzung und Vernichtung produziert. Die praktische Beantwortung dieser Frage ist immer noch ein Kampf um die Köpfe der Menschen - propagandistisch im Vermitteln revolutionärer Inhalte praktisch im selbstbestimmten Eingriff in ihre Maschine - ist der konkrete Angriff gegen den störungsfreien Ablauf mit dem Ziel, Sinn und Notwendigkeit militanter Amgriffe zu vermitteln..."



Wenn wir sagen, daß wir hier tatsächlich ne Veränderung wollen, dann ist auch klar, daß wir un von ihrem Terror nicht einschüchtern lassen. Weil wir ja wissen, daß sich unsere Interessen von ihren grundsätzlich unterscheiden und das System in dem Moment, wo wir offensiv werden, uns natürlich mit seiner ganzen Härte entgegentritt. Aber das Leben, das sie uns vorschreiben wollen, ist nicht wert, gelebt zu werden und von daher gehen wir diese Konfrontation ein.

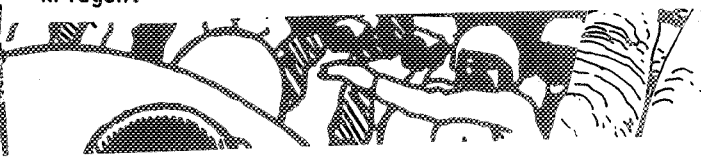
Klauen gehen, Häuser besetzen, krankfeiern, Sabotage, aber auch Feste organisieren, Veranstaltungen durchführen, Flugblätter verteilen - all das sind Möglichkeiten, mit dem wir uns Raum erkämpfen, in dem die Gesetze der Konsumgesellschaft nicht mehr gelten. Unser Widerstand soll kein exclusives Vergnügen einiger weniger sein, sondern wir wollen mit möglichst vielen Menschen gemeinsam was klar-kriegen.



Genau darum ging es ihnen mit der Durchsuchung, nämlich genau so eine Entwicklung zurückzudrehen, wo Menschen konkret anfangen, die Grenzen des staatlich verordneten Normalzustands aufzuheben.

Und so sind sie hier auch vorgegangen: Ca.80 ausgewählte Schlägerbullen haben hier mehrere Stunden lang rumrandaliert, Sachen kaputtgemacht und Leute mißhandelt. Weil sie aber auch wissen, daß sie uns damit allein nicht kleinkriegen, sind sie hier ständig präsent, fahren verstärkt Streife und kontrollieren Leute. Außerdem wurden weitere Wohnungen durchsucht und ein Typ wurden einen Tag auf einem Bullenrevier festgehalten, wo sie versucht haben, ihn auszufragen.

Trotzdem haben es Leute als Reaktion auf den Überfall geschafft, auf der Wolfenbüttelerstrasse eine Barrikade anzuzünden, um Öffentlichkeit zu schaffen und zu zeigen, daß ihre Gewalt uns nicht schreckt.




Die aktuelle Situation in Hamburg ist die, daß die Häuser nach wie vor räumungsbedroht sind und die Barrikaden deshalb ebenfalls noch stehen. Wahrscheinlich ist, daß die Bullen auf einen günstigen Moment warten, um dann zu räumen. Bis dahin streuen sie gezielt Gerüchte und Falschmeldungen aus. So haben sie bspw. verbreitet, daß die Leute Müllcontainer bestellt haben, um die Barrikaden abzubauen. Tatsächlich aber sind die Müllcontainer aber zu nichts anderem als zum Barrikadenbau verwendet worden. Das ist ein Beispiel, wie sie Tatsachen verdrehen, um uns zu verunsichern.

Für uns ist klar, daß sie die Räumung der Hafensstraße nur dann nicht erfolgreich durchziehen können, wenn wir den Preis, den sie dafür bezahlen müssen, in die Höhe treiben.

SOLIDARITÄT MIT DER HAFENSTRASSE UND ALLEN ANDEREN BESETZTEN HÄUSERN UND AUTONOMEN ZENTREN!

Kommt am Samstag den 21.11.87 zur Eröffnungsparty der ehemaligen

Kneipenräume in der Böcklerstrasse 232!



WENN WIR SAGEN "HÄNDE MEG VON DEN ZENTREN"
DANN MEINEN WIR DAS AUCH SO!!

Wie weiter?

Auch nach dieser neuerlichen Provokation durch die Bullen werden wir uns selbstverständlich nicht verschüchtert zurückziehen, werden wir uns nicht wie ein Kaninchen vor der Schlange ducken und tatenlos abwarten, daß sie hier endgültig abräumen. Denn gerade durch die Vorfälle der letzten Zeit hat sich einiges verändert, ist einiges in Bewegung geraten. Scheinbar waren diese äusseren Anlässe sogar notwendig, um unter uns wieder politische Diskussionen in Gang zu setzen. So waren die VV's vor der Durchsuchung und vor den Ereignissen an der Startbahn geprägt von Langeweile, Sprachlosigkeit und Abgrenzung. Meistens ging es um Organisatorisches, selten um politische Inhalte.

Besonders in der Böcklerstrasse hatte sich eine Bequemlichkeit entwickelt, die uns eine Auseinandersetzung über die Bedeutung des Hauses vergessen machte. Von Wohnidylle zu sprechen, wäre übertrieben, aber es bestand die Tendenz, diesen trügerischen Zustand der als gegeben und unveränderlich anzunehmen. Diesen beschaulichen Illusionen haben die Bullenüberfälle unmißverständlich ein Ende gesetzt.

Anstatt wie bisher den Großteil unserer Energien auf noch bessere, noch schönere Renovierungsarbeiten zu lenken, ist es nun an der Zeit, sich Gedanken über die Funktionen autonomer Strukturen und Lebenszusammenhänge zu machen und aus diesen Überlegungen Konsequenzen zu ziehen. Wir müssen uns und anderen klar machen, was es heißt, wenn es diese Häuser nicht mehr gibt. Daß es sich lohnt, hier Arbeit und Energie reinzustecken, haben die Erfahrungen der letzten Tage bewiesen, denn der Druck, den sie auf uns ausgeübt haben, hat ja eben nicht zu Verzweiflung und Hilflosigkeit geführt. Die spontane Stärke, die aus der Wut über die Bullenüberfälle entstanden ist, müssen wir nun in eine kontinuierliche Mobilisierung umsetzen.

In diesem Zusammenhang muß die Eröffnung der ehemaligen Kneipenräume in der Böcklerstrasse 232 bestimmt werden. Wir wollen keine alternative Alk-Abfüllstation betreiben, sondern Raum schaffen für Gegenkultur, für Auseinandersetzung, für Widerstand.

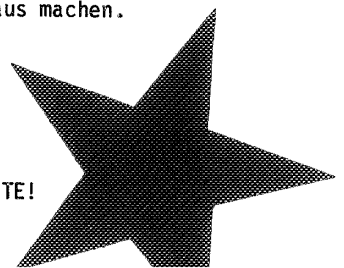
Das ist aber nicht allein Sache der BewohnerInnen, sondern dazu gehört die Unterstützung und Solidarität von aussen. Erwartungs- und Konsumhaltungen bringen uns nicht voran.

Deshalb laßt uns die Eröffnungsparty am Wochenende als Auftakt begreifen, um mit Fehlern der Vergangenheit zu brechen und unseren Widerstand zu verfestigen und voranzutreiben. Ansätze sind da, es hängt von uns ab, was wir daraus machen.

AUF ZU NEUEN UFERN!

WANDELT HASS IN ENERGIE!

FÜR DIE PERMANENTE REVOLTE!





HÄUSERKAMPF UND DEMO

In den letzten Wochen haben die Herrschenden versucht, massiven Druck auf das besetzte Erwerbslosenzentrum Wolfenbüttelerstr.14 und das -ehemals besetzte- Haus Böcklerstr.232 auszuüben. Unterstützt werden diese Einschüchterungsversuche durch wiederholte Angriffe von Nazi-Skins und Fußball-Fans. Das Erwerbslosenzentrum ist seit über zwei Jahren besetzt. In dieser Zeit haben dort unzählige Konzerte, Feste, Veranstaltungen und Diskussionen stattgefunden. Anfang'87 wurde das Konzerthaus in der Böcklerstrasse besetzt und nach einigen Wochen wurde darüber mit der Stadt ein Nutzungsvertrag abgeschlossen. Zwischen diesen beiden Häusern besteht eine feste Verbindung. Während die MobU 14 hauptsächlich politisches und kulturelles Zentrum ist, liegt der Schwerpunkt in der Böcklerstrasse in der Funktion als Wohnhaus. Die BewohnerInnen verstehen das Haus nicht als Schöner-Wohnen-Projekt; so findet der Wille, sich nicht nach aussen abzuschotten, bspw. in der Renovierung der ehemaligen Kneipenräume seinen Ausdruck.

15.12.87
13 Uhr - Mensaparkplatz

Das ist der Zusammenhang zwischen den Häusern: Das Bedürfnis, hier Kollektivität und Selbstbestimmung zu organisieren, zu leben und nach aussen zu tragen. Genau an dem Punkt kollidieren solche Vorstellungen mit den Interessen der Herrschenden, wo sich daran eine Stärke zu entwickeln beginnt. Die Maske der liberalen Stadtväter wird dann sehr schnell durch knüppelschwingende Ordnungsbüttel ersetzt. So wurden die Häuser schon öfter unter faden-scheinigen Vorwänden durchsucht, besonders aber die letzte "Durchsuchung", kurz nach den Ereignissen an der Startbahn-West, wurde mit einer gesteigerten Brutalität und Härte durchgeführt. Viele Sachen der BewohnerInnen wurden dabei zerstört oder beschlagnahmt, einige Leute wurden derb mißhandelt.

Als Reaktion auf eine daraufhin stattgefundene Dachkundgebung zur Situation hier und in der Hafenstrasse versuchten die Bullen dann nochmal, das Haus zu stürmen, womit sie aber scheiterten.



Im unmittelbaren Anschluß an diesen Bullen-terror griffen an verschiedenen Tagen hintereinander Nazi-Skins und Fußball-Fans die Häuser an. Nachdem sie an der Böcklerstrasse auf entschlossenen Widerstand stießen und vertrieben wurden, versuchten sie einige Tage später das Erwerbslosenzentrum zu überfallen, wobei einige von ihnen auch Mollies dabei hatten.

Außerdem haben die Skins sowohl bei der Leopoldstr.23 als auch bei einem Schwulenlokal Scheiben eingeworfen.

Derartige Auseinandersetzungen gab es schon öfter und wieder einmal hat sich gezeigt, daß die Bullen den Skins einen relativen Spielraum lassen.

So verloren die Cops bspw. eine Gruppe von 50 Skins auf dem Weg zu den Häusern "aus den Augen" oder forderte der Einsatzleiter über Funk dazu auf, die Skins "nicht zu hart" anzufassen, da sie im Grunde ja auf seiten der Polizei ständen und nur die "Morde von Frankfurt" rächen wollten.

Als vor einiger Zeit ca.40 Leute aus dem Zentrum zu einer Fete gingen und auf dem Rückweg ein Bonzenwagen angepöbel wurde, war dies den Bullen Anlaß genug für einen fetten Einsatz. Die Leute wurden eingekesselt, durchsucht und gegen alle laufen jetzt Verfahren wegen "Landfriedensbruch".

Im Gegensatz dazu: 60 Faschos ziehen bewaffnet durch die Stadt, mit dem Ziel, die Häuser plattzumachen und die Bullen sehen zu. Weil aber Bullen und Faschisten die selben Interessen verfolgen, ist es hilflos, auf das Eingreifen der Staatsmacht zu warten. Die Konsequenz aus diesen Erfahrungen muß es daher sein, daß wir unseren Schutz selbst organisieren.

Die direkten Angriffe sind eine Schiene der Repression, eine andere ist die der Kriminalisierung. Im Moment gibt es kaum noch Leute in den Häusern, die keine Anzeigen laufen haben, einigen droht sogar Knast. Die Bullen nehmen dabei jede Kleinigkeit zum Anlaß, Leuten Verfahren anzuhängen. Die Palette reicht von Diebstahl, Ruhestörung, Widerstand bis zu Landfriedensbruch.

Diskussionsveranstaltung
zur Situation in und um die Häuser

Mittwoch, 2.12.87, 20 Uhr

in der Böcklerstrasse 232



Es wird deutlich, wie der Staatsapparat versucht, auf den verschiedenen Ebenen die Entwicklung unseres Widerstands zurückzudrängen. Weil dieser Widerstand aber kein Zufallsprodukt oder Versehen ist, sondern wir das als bewußten Prozeß begreifen, werden wir uns gegen ihre Einschüchterungsversuche zur Wehr setzen.

Das bedeutet Konfrontation und es ist klar, daß wir diese Konfrontation auf die Dauer nur durchstehen können, wenn wir uns darin mit vielen Menschen gemeinsam behaupten, weil sie die paar Menschen in den Häusern natürlich über kurz oder lang -zur Not militärisch - abräumen können.

Wir fordern daher alle Menschen auf, sich zu solidarisieren, weil sich die Angriffe, die sie jetzt gegen uns führen, gegen jegliche Ansätze des Zusammenlebens und Zusammenkämpfens richten und Teil ihres Projekts der Befriedung der Fabriken und Schlafzonen ist. Was sie wollen, ist die Friedhofsruhe, die nur durch das Klingeln in den Geldbeuteln der Kapitalisten gestört wird. Was wir wollen, ist der Krach der schlagenden Herzen und das Lärmen der Revolte in den Straßen!

KOMMT ALLE ZU DER DEMO!



KONZERTHAUS

Wackerstein im Magen des

feisten Stadtbauchs

Am 1.10.89 ist es soweit die Stadt hat ihren lang ersehnten Räumungstitel gegen die zwei Hauptmieter in der Tasche - sie können geräumt werden.

Als nächsten Schritt wird die Stadt die UntermieterInnen rausklagen. Dies Verfahren wird voraussichtlich noch ein paar Monate in Anspruch nehmen zu gewinnen gibt's dabei für uns natürlich nichts. Überhaupt versucht die Stadt Braunschweig seit einiger Zeit, die Auseinandersetzung um das Konzerthaus in ihren muffigen Gerichtsstuben zu entpolitisieren.

Für uns ist das Konzerthaus allerdings schon immer mehr gewesen als ein Wohnhaus!

Für diejenigen von uns, die hier wohnen, ging es von Anfang an darum, mit vielen zusammen zu leben und gegen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu kämpfen. Das bedeutet natürlich die Konfrontation mit prügelnden Bullen, Strafverfahren und Räumungsdruck.

Gerade in der letzten Zeit sind uns die politische Bedeutung und die praktischen Möglichkeiten des Konzerthauses klarer geworden. So haben wir das Haus zu einem Zentrum entwickelt, in dem unterschiedliche Diskussionen laufen und von dem verschiedene Mobilisierungen und Aktionen ausgehen (z. B. Antifa).

Ein Schritt dahin war die Besetzung der Räume für das Cafe, das wir im Mai 89 eröffnet haben. Montags ist dort Frauencafe, dienstags und freitags sind die inhaltlichen Schwerpunkte Wohnungskampf bzw. Antifa. Es gibt den Saal für Veranstaltungen und Konzerte, die Kneipe und einen großen Garten.

Wir sind entschlossen, dies alles zu verteidigen und uns gegen Räumungsversuche durchzusetzen. Damit meinen wir in erster Linie den Aufbau einer politischen starken Mobilisierung fürs Konzerthaus. So hat es seit den Aktionstagen im Mai 89 viele Solidaritätsaktionen gegeben.

unfreiwillige Reklamefahrten der Braunschweiger Verkehrsbuse fürs Konzerthaus
Farbeiter gegen das Oberlandesgericht während des Räumungsprozesses

- ein Kriegsbeil in der Tür des Oberbürgermeisters mit der Forderung nach einem Zehnjahresvertrag

- Kundgebungen zum Konzerthaus und zur Wohnungsnot

- militante Aktionen z. B. gegen Wohnraumspekulanten und Makler.

**Gegen Bullen, Bonzen,
Pressehetze -**

KONZERT HAUS VERTEIDIGEN

zur Zeit gibt es im Konzerthaus ein UnterstützerInnenplenum, das sich aus BewohnerInnen und anderen Menschen, die das Haus seit der Besetzung tragen, zusammensetzt und die gemeinsam überlegen, wie zum einen Wohnraum im Konzerthaus erhalten werden kann und zum anderen Möglichkeiten gefunden werden, mit mehr Menschen zusammenzuarbeiten. Im Gespräch mit Leuten aus unserer Umgebung haben wir festgestellt, daß sich etliche Fragen zur aktuellen Situation auftun. Um Unklarheiten aus dem Weg zu schaffen, haben wir dieses Flugblatt geschrieben und laden gleichzeitig zu einer Veranstaltung ein, in der wir einiges erzählen und überlegen wollen, was wir den Räumungsprozessen entgegensetzen können, wie wir die juristische Ebene verlassen und stattdessen eine politische Kampagne führen können.

Es fehlt uns bis jetzt eine breitere Diskussion über die Bedeutung des Konzerthauses hier in der Stadt, vor deren Hintergrund wir die nächsten Schritte zur Abwendung der Räumung bestimmen können. Wir wollen eine Einschätzung versuchen, um diese zur Diskussion zu stellen:

In der Vergangenheit konnten wir und BeobachterInnen an den Vorfällen um das Konzerthaus immer wieder sehen, wo die Widersprüche zwischen den Interessen des Staatsapparates und den Interessen der Menschen liegen, welche Zusammenhänge es z.B. zwischen den Bullen, Faschisten und Reaktionären gibt. Besonders deutlich wurde dies im Herbst und Winter '87, als praktisch alle reaktionären Kräfte in Braunschweig Hand in Hand gegen die NutzerInnen des Konzerthauses arbeiteten. Da gab es eine ausgefeilte Pressehetze, unterstützt von Leserbriefen einzelner Reaktionäre und Kapitalisten (z.B. Borek). Faschistenbanden griffen unter Bullenschutz das Konzerthaus an, da konnten die Bullen schon einmal eine Horde von 50 Skinheads „aus den Augen verlieren“ (Originalton Polizeifunk) oder der Einsatzleiter wies seine Schlägertruppe an, die Skinheads nicht zu hart anzufassen, „sie wollen schließlich das gleiche wie wir“ (Originalton Polizeifunk). Wenn Angriffe oder Provokationen militant zurückgeschlagen würden, diente das den Bullen als Grund zur Belagerung des Hauses und einmal auch zur Verhaftung aller Anwesenden (19.12.87).

Das Konzerthaus dient auch der Bekämpfung der von Kapital und Bourgeoisie vorangetriebenen Vereinzelung. Wir sind eines der Hauptangriffsziele der Faschisten, weil wir uns organisiert gegen sie zur Wehr setzen. Es nutzt der Staatsmacht, wenn die Menschen frustriert und ohnmächtig in ihrer Wohnung hocken, es nutzt den Menschen, wenn sie sich kollektiv organisieren, um ihre Interessen durchzusetzen. Natürlich können wir im Konzerthaus nicht alle Bereiche gesellschaftlichen Lebens abdecken und es findet auch an den verschiedenen Arbeitsplätzen eine Vereinzelung statt (Computer ersetzen die MitarbeiterInnen, Heimarbeit,...). Aber mit gemeinsamen Wohnstrukturen und kollektivem Widerstand gegen die menschenfeindlichen Interessen des Kapitals machen wir zumindest einen Schritt in die richtige Richtung, nämlich gegen den Strom.

Eine andere wesentliche Bedeutung des Konzerthauses für den Widerstand ist die Möglichkeit, hier politische Diskussionen außerhalb staatlicher Kontrollen zu führen. Da dem Staatsapparat diese Diskussionen nicht egal sein können, da sie eine potentielle Gefahr für ihn darstellen, versucht er die Informationen, die wir ihm vorenthalten, mit verschiedensten Mitteln zu bekommen. So hält er sich z.B. Spitzel wie den inzwischen enttarnten Wolfgang Schneider, einen Mitarbeiter der „alternativen“ Stadtzeitung, der seit Jahren Kontakt zur politischen Polizei hat und verschiedene Diskussionen und Veranstaltungen der radikalen Linken ausspioniert hat. Jüngster Beweis für diese Bemühungen war die Observation der BesucherInnen einer Veranstaltung zum Hungerstreik der politischen Gefangenen und zur Isolationsfolter vom Fenster einer reaktionären Nachbarin aus. Das zeigt aber auch, daß wir relativ ungestört im Konzerthaus diskutieren können, wenn sie solchen Aufwand treiben müssen und sich nicht ohne weiteres hineintrauen.

**Die Durchstrukturierung der Stadt nach den
Interessen des Kapitals angreifen!**

Zur juristischen Situation

Die juristische Lage sieht jetzt so aus: In erster Instanz sind die beiden Hauptmieter des Konzerthauses dazu verurteilt worden, das Konzerthaus bis zum 31.12.1988 zu räumen. Das betrifft nicht die knapp 20 Untermieter! Die Hauptmieter sind gegen dieses Urteil in Berufung gegangen.

Am 5.5.1989 findet nun die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht statt. Auch dieses Verfahren wird nicht die Untermieter betreffen! Die Untermieter müssen, sollte das Urteil gegen die Hauptmieter des Konzerthauses ausfallen und rechtskräftig werden, in einem neuen Verfahren noch einmal auf Räumung ihrer Wohnung verklagt werden. Sollte auch gegen die Untermieter einmal ein Räumungstitel vorliegen, besteht noch die Möglichkeit des Völlstreckungsschutzes, da einem ja in Braunschweig die billigen Wohnungen nicht hinterhergeschmissen werden und es einer Gruppe von 20 Leuten schwerfallen dürfte, auch innerhalb eines größeren Zeitraumes neuen billigen Wohnraum zu finden. Das ist dann allerdings von der Willkür der Gerichte abhängig.

Zur Wohnungsnot in Braunschweig

Die Sanierungspläne und die damit verbundene Umstrukturierung der Städte führte zu Wohnungsnot bei Erwerbslosen und Menschen aus Niedriglohngruppen. Mit der Sanierung von Häusern (was natürlich nicht zu verurteilen ist) ist fast immer auch eine erhebliche Mietsteigerung verbunden (was sehr zu verurteilen ist). Viele der ehemaligen Mieter können sich die sanierte Wohnung nicht mehr leisten, falls sie nicht ohnehin vorher schon entmietet worden ist und müssen den Sanierungsteil verlassen. Dadurch werden Arbeiterstadtteile zerstört, proletarische Wohnkultur zerschlagen. Das Proletariat findet sich in Hochhausghettos wie der Weststadt wieder, leicht zu überblicken und zu kontrollieren (normierte Wohnzellen ohne Hinterhöfe und Schlupfwinkel), oder vereinzelt in anderen Stadtteilen ohne sozialen Bezug zu den anderen Menschen im Stadtteil, scheinbar ein Einzelschicksal. Das ist es, was unter den Begriff der Umstrukturierung fällt.

Auch mit den BewohnerInnen der Notunterkünfte für Obdachlose hat die Stadt Braunschweig solche Pläne, nämlich die Abschaffung der Notunterkünfte (einige Häuser in der Hebbelstraße werden derzeit saniert, um als Eigentumswohnungen verkauft zu werden!) und die Verteilung der BewohnerInnen in irgendwelchen Löchern in der Stadt. Ob diese besser oder billiger sein werden, darf bezweifelt werden.

Daß es in Braunschweig inzwischen nahezu unmöglich ist, eine bezahlbare Wohnung zu finden, selbst wenn mensch bereit und in der Lage ist, einem Makler einige Monatsmieten abzudrücken, dürfte mittlerweile bekannt sein. Die bereits jahrelang von der Stadt betriebene Wohnungspolitik führte schließlich zu einer Situation, in der die Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum so groß geworden ist, daß die Preise dieser Wohnungen stark ansteigen. Der Anstieg des Mietniveaus hat zur Folge, daß es keine Seltenheit mehr ist, wenn Menschen über die Hälfte ihres Lohnes für Miete ausgeben müssen, was wiederum zu einer schleichenden Verarmung großer Teile des Proletariats führt.

Kommt zur

Diskussionsveranstaltung gegen die Räumung des Konzerthauses
Mi, 19. April 1989, 19.30 Uhr, Böcklerstraße 232

- Wohnungspolitik in Braunschweig
- Situation des Konzerthauses
- Wie kann ein gemeinsamer Widerstand gegen die Räumungspolitik der Stadt aussehen?

1. bis 5. Mai: Aktionstage für den Erhalt des Konzerthauses

Repression - die Antwort des Staatsapparates auf die Formulierung unserer Forderungen

Jahrelang hat die Stadtverwaltung das Konzerthaus leerstehen lassen, weil sie Wohnungen wie jeder kapitalistische Vermieter nutzt: nicht als Wohnungen für die Leute, die darin wohnen, sondern als Mittel um möglichst große Gewinne herauszuziehen. Wenn das Geschäft belebt werden soll, lassen sie auch mal Wohnungen leerstehen. Mit der Besetzung haben wir diesem Verfügungsanspruch unsere Vorstellung entgegengesetzt, daß wir Wohnungen brauchen - egal ob wir die festgesetzte Miete bezahlen können oder nicht.

Die Stadtverwaltung hat dann die Besetzung legalisiert und mit den damit verbundenen Aufgaben versucht, das gewöhnliche Verhältnis zwischen Hauseigentümer und Mieter wieder herzustellen. Jeder Schritt, der über die eingeräumte Nutzung hinausgeht hin zur Entwicklung von eigenen Strukturen, sieht sich mit der repressiven Durchsetzung der Macht des Kapitals konfrontiert, gleichgültig ob diese Strukturen Teil des Widerstands gegen die kapitalistische Wohnungspolitik sind oder ob sie eine Kommunikationsbasis bilden für die Zusammenarbeit über themenbezogene politische Gruppen hinaus.

Jede Diskussion über den Erhalt des Konzerthauses, alle Ansätze praktischer Solidarität dürfen sich einer Auseinandersetzung über das Vorgehen des Justiz- und Bullenapparates nicht entziehen. Ziel einer solchen Diskussion muß die Fähigkeit sein, trotz der Unterdrückungsmaßnahmen die eigene politische Praxis weiterzuentwickeln. Gerade wenn das bisherige Vorgehen des Staatsapparates in Betracht gezogen wird, bei denen die unterschiedlichsten Widerstandsaktionen als Vorwand benutzt wurden für Einsätze gegen das Konzerthaus, dann wird klar, daß das Ziel solcher Einsätze nicht darin liegt, irgendwelche „Täter“ zu finden, sondern darin, dort Einschüchterung zu verbreiten, wo der Staatsschutzapparat Zentren des Widerstands vermutet.

Konkret wurde diese Erfahrung für die BewohnerInnen des Konzerthauses schon mehrere Male: so gab es im November 1987 eine Hausdurchsuchung, nach einem Anschlag auf das Institut für angewandte Mikrodynamik, der einige Tage zuvor stattgefunden hatte. Im März 1988 waren dann nächtliche Buttersäureanschläge bei Oberstadtdirektor Körner und Kripochef Häusler Vorwand für eine erneute Hausdurchsuchung.

Anfang 1988 betrieb die Staatsanwaltschaft Braunschweig ein Ermittlungsverfahren gegen BewohnerInnen des Konzerthauses wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Begründet wurde dieses Verfahren von Staatsanwalt Sauer damit, daß die BewohnerInnen das Konzerthaus nicht etwa besetzt hätten, um darin zu wohnen, sondern um gemeinsam Straftaten zu begehen. Über dieses Verfahren, das nach einigen Monaten eingestellt wurde, konnten die Bullen ganz offiziell die Telefongespräche der BewohnerInnen abhören.

Mit der Besetzung der BesucherInnen der Veranstaltung am 9. März haben die Bullen deutlich gemacht, wie ihre Reaktion aussehen wird, wenn wir gemeinsam versuchen, das Konzerthaus zu verteidigen. Mit weiteren Provokationen der Bullen kann wohl gerechnet werden. Weil wir uns aber nicht auf die Strafe setzen lassen, darf uns diese Einschüchterung nicht abschrecken.

- Für den Erhalt billigen Wohnraums!
- Konzerthaus bleibt!
- Zusammenlegung der politischen Gefangenen - jetzt!

KONZEPTION FÜR EIN NEUES ZENTRUM

Das Zentrum soll gleichberechtigt auf solidarischer Ebene von unterschiedlichen revolutionären Gruppen zur Diskussion, Planung und Durchführung politischer Ziele benutzt werden, d.h. politische Organisation ohne staatliche Kontrolle.

Das Zentrum muß eine Infrastruktur haben, die die Bedingungen für jede Gruppe schafft, ihren politischen Kampf zu organisieren. Die **Eigenständigkeit** der unterschiedlichen Gruppen muß erhalten bleiben und von allen respektiert werden, nur so bietet sich die Möglichkeit, in gemeinsamen Diskussionen objektive Punkte, an denen eine kollektive Zusammenarbeit möglich ist, herauszuarbeiten. Diese Struktur ermöglicht es vielen Gruppen und Einzelpersonen, sich für die Forderung nach einem neuen Zentrum einzusetzen.

Büromöglichkeiten/Fluglatterstellung(unabhängig von ASTA und anderen fremden Einrichtungen=INFOLADEN) und Veranstaltungen/Gruppenräume(um unabhängig von staatlich kontrollierten "Zentren" politische Veranstaltungen zu organisieren; dabei soll auch zentrumsfremden Gruppen die Möglichkeit gegeben werden, Veranstaltungen zu machen) werden benötigt.

Jede Gruppe ist dafür verantwortlich, diese Möglichkeiten zu schaffen und zu erhalten. Das Zentrumsplenum übernimmt die Koordinierung der Aktivitäten(Veranstaltungskalender, große gemeinsame Veranstaltungen, den gesamten technischen Ablauf).

Das Zentrum soll nicht den Inhalt an sich darstellen, sondern Mittel zum anti-kapitalistischen/staatlichen Kampf sein.

Aus den Fehlern lernen !!!!!

Diese Konzeption unterscheidet sich von dem, was im alten Zentrum Vorstellung war und sich tatsächlich abspielte. Das Donnerstags-Plenum war weder Fisch noch Fleisch, weder autonomes/anarchistisches/Erwerbslosen-Plenum noch Zentrums-VV ! Politische Unterschiede wurden nicht offen diskutiert, sondern untern Tisch gekehrt. In der Darstellung nach außen und nach innen wurde sich der Illusion hingegeben, das eine einheitliche Position bestünde.

Wir fordern alle revolutionären Gruppen auf, sich intern mit dieser Konzeption auseinanderzusetzen und die Diskussion mit uns zu führen.....

~~gez: Erwerbslosenvereine~~

VENCEREMOS !

ANARCHO-TREFFEN

am 20.5 bis zum 24.5 findet in braunschweig mal wieder ein anarchistisches treffen statt ++ genauer gesagt das legendäre fass-treffen ++ fass bedeutet föderation anarchistischer schülerInnen/ studentInnen ++ zum glück sind dort aber auch menschen dabei, die weder studieren noch die schulbank drücken, z.b. erwerbslose, malocherInnen, lebenskünstlerInnen ++ also es brauchen sich

nicht nur studentInnen/schülerInnen angesprochen zu fühlen ++ das treffen soll u.a dazu dienen unsere isolation als anarchistInnen/ autonome zu durchbrechen, durch infoaustausch-erfahrungsaustausch-diskussionen...

geplant sind u.a veranstaltungen polit. und kultureller art ++ z.b ne info veranstaltung mit büchertisch (autonomie/anarchie/häuserkampf) ++ videos ..konzert ++ außerdem werden arbeitsgruppen vorbereitet über-internationalismus-knäste u. psychiatrien-widerstand in den betriebs-antifa-erweiterung unserer strukturen-unterdrückung der sexualität ++

die infoveranstaltung ist dann am 21.5 so ab 16 uhr das konzert findet abends statt ++ für alle die penplätze brauchen wird gesorgt ++ auch kümmern wir uns um leibliche wohl ++

das ganze beginnt alles am freitag den 20.5 um 16 uhr im konzerthaus s. ++ bitte sagt uns bis zum 12.5 bescheid, ob und zu wie vielen ihr kommt ++ bringt auch geld für die verpflegung mit.

weitere infos über:
guten morgen buchladen
geysstraße 9 33-bs
oder
erich von weg der zeit -0531/797596

IM KONZERTHAUS / BÖCKLERSTR. 132
33 BRAUNSCHWEIG
(nähe des Bahnhofs)

bis bald dann.....
einige braunschweiger anarchistInnen ++ weg der zeit ++ und andere

Am 21.2.88 hat der Verwaltungsausschuss mit den Stimmen der SPD und CDU-Vertreter auf Antrag von Oberstadtdirektor Körner beschlossen, den Nutzungsvertrag für das Konzertheater zu Ende April zu kündigen. Dieser Beschluss kam nicht überraschend, seit Monaten hatten die BesetzerInnen der SZ und der CDU lautstark die sofortige Kündigung des Nutzungsvertrages gefordert, mit dem April das Erziehungszentrum am B.L. überließ, daß die Stadtverwaltung ihre Aufgabe darin sieht, das Ordnungsgebot des Baugesetzes umzusetzen.

Wenn die Verwaltung den Nutzungsvertrag für das Konzertheater zum 30. 4.88 kündigen will, dann bedeutet das nicht, daß das Gebäude für eine andere Nutzung bestimmt wird. Ganz im Gegenteil: es soll überlassen, wie vor der Besetzung im April 82, für den Umbau in ein Altersheim steht es zur Zeit keinem Bauplan und keiner Baugenehmigung, da der ursprünglich vorgesehene Träger für den Umbau im Laufe der Zeit das Interesse verloren hatte und in der Folge der Fall "Seniorenhilfe" als Lücke nach einem neuen Träger sichtbar wurde.

Zwar gibt es seit einigen Wochen einen Vorvertrag zwischen der Caritas und der Stadt, da aber die Finanzierung des Projekts nur durch sogenannte handwerkliche Tricks (was diese auch immer beinhalten mögen) gesichert werden kann, ist ein Beginn des Umbaus völlig ungewiss.

Auch die Stadtverwaltung hat ihren Antrag nicht damit begründet, daß das Konzertheater geräumt werden sollte, weil ein Umbau bevorsteht. Als Begründung für den Zeitpunkt der Kündigung wird angeführt, daß sich das ganze Verfahren der Räumung (Räumungsklagen etc.) länger hinziehen würde und daß es deshalb verteilhaft sei, sofort zu kündigen. Körner, der bekanntlich gute Kontakte zu Seniorenspekulanten (z.B. Kanada-Deutsches Zentrum) verrät, handelt hier ganz in dem mit diesem Hilfen bekanntem Schema: Inwieweit werden die Mieter aus ihren Wohnungen vertrieben, dann werden die Häuser unbewohnbar gemacht und schließlich gibt es dann die behördlichen Genehmigungen und die Geldzuwendungen der Stadt.

Die Energie, mit der sich die Stadtverwaltung bemüht, das Konzertheater zu räumen, kommt wohl daher, daß für Körner, Glogowski etc. nichts so sehr zählt, als Bewältigung von Seiten der BesetzerInnen des B.L. Fallrückstellungen. Und diese haben eine Initiative daran, die Nutzung des Konzertheaters durch uns möglichst schnell zu beenden, weil wir über das Zusammenwachsen hinaus angefangen haben, gemeinsame Diskussionen über unsere Situation zu führen, weil wir angefangen haben, uns gegen die Verwertungsgründe der Kapitalisten gegen den Terror der Bullen und Faschisten zu wehren.



Gegen Räumungsdruck -

Böcklerstraße bleibt!

Die Taktik der Stadtverwaltung

Die Argumentationsversuche, mit denen die SPD und die Verwaltung ihr Verhalten rechtfertigen wollen, sind so verlogen wie die Preisermittlung Glogowski in der SZ vom 2.1., in der von einer bestimmten Lösung des "Problems Erziehungszentrum" geredet wurde. So läßt die Verwaltung in der SZ vom 23.2. verbreiten, die Kündigung des Nutzungsvertrags sei notwendig, um sogenannte Baurechtserleichterungen durchzuführen zu können, während in der Vorlage des Oberstadtdirektors für den Verwaltungsausschuss der präventive Charakter der Kündigung hervorgehoben wird.

Kurzweiligerweise verstehen auch die Verhandlungen mit denen die SPD und die Verwaltung auf die Forderung nach der Bereitstellung von billigen und für das Zusammenwachsen geeigneten Wohnraum abgezielt. Nach dem Abschluß des Erziehungszentrum hatten die Verantwortlichen des Stadtrats sich zwischen Kommunisten verteilung anerkannt, aber nicht, um dementsprechend zu handeln, sondern um ihre Entscheidung für den Abschluß rechtfertigen zu können und wohl auch in der Hoffnung unseren Widerstand gegen die Politik des Stadtapparats zu spalten.

KONZERTHAUS

Wackerstein im Magen des

feisten Stadtbauchs

Am 1.10.89 ist es soweit die Stadt hat ihren lang ersehnten Räumungstitel gegen die zwei Hauptmieter in der Tasche sie können geräumt werden.

Als nächsten Schritt wird die Stadt die UntermieterInnen rausklagen. Dies Verfahren wird voraussichtlich noch ein paar Monate in Anspruch nehmen zu gewinnen gibt's dabei für uns natürlich nichts. Überhaupt versucht die Stadt Braunschweig seit einiger Zeit, die Auseinandersetzung um das Konzerthaus in ihren muffigen Gerichtsstuben zu entpolitisieren.

Für uns ist das Konzerthaus allerdings schon immer mehr gewesen als ein Wohnhaus!

Für diejenigen von uns, die hier wohnen, ging es von Anfang an darum, mit vielen zusammen zu leben und gegen die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse zu kämpfen. Das bedeutet natürlich die Konfrontation mit prügelnden Bullen, Strafverfahren und Räumungsdruck.

Gerade in der letzten Zeit sind uns die politische Bedeutung und die praktischen Möglichkeiten des Konzerthauses klarer geworden. So haben wir das Haus zu einem Zentrum entwickelt, in dem unterschiedliche Diskussionen laufen und von dem verschiedene Mobilisierungen und Aktionen ausgehen (z. B. Antifa).

Ein Schritt dahin war die Besetzung der Räume für das Cafe, das wir im Mai 89 eröffnet haben. Montags ist dort Frauencafe, dienstags und freitags sind die inhaltlichen Schwerpunkte Wohnungskampf bzw. Antifa. Es gibt den Saal für Veranstaltungen und Konzerte, die Kneipe und einen großen Garten.

Wir sind entschlossen, dies alles zu verteidigen und uns gegen Räumungsversuche durchzusetzen. Damit meinen wir in erster Linie den Aufbau einer politischen starken Mobilisierung fürs Konzerthaus. So hat es seit den Aktionstagen im Mai 89 viele Solidaritätsaktionen gegeben.

unfreiwillige Reklamefahrten der Braunschweiger Verkehrsbusse fürs Konzerthaus
Farbeier gegen das Oberlandesgericht während des Räumungsprozesses
- ein Kriegsbeil in der Tür des Oberbürgermeisters mit der Forderung nach einem Zehnjahresvertrag
- Kundgebungen zum Konzerthaus und zur Wohnungsnot
- militante Aktionen z. B. gegen Wohnraumspekulanten und Makler.

KONZ
VER



Böcklerstraße bleibt

Noch vor kurzem gab es in Braunschweig zwei besetzte Häuser. Das seit Mai 85 besetzte Haus Wolfenbütteler str. 14 wurde als autonomes Erwerbslosenzentrum genutzt. Das im April 87 besetzte Haus Böcklerstr. 232, über das mit der Stadt ein Nutzungsvertrag abgeschlossen wurde, wird als Wohnraum genutzt. Beide Häuser, insbesondere das Erwerbslosenzentrum, gaben Menschen die Möglichkeit, sich kollektiv gegen die Interessen des Kapitals zur Wehr zu setzen. Diese selbstständige Organisation war machbar, weil wir uns ohne Kontrolle, z.B. städtische Sozialarbeiter treffen konnten, weil wir Räume hatten zum Diskutieren, für Konzerte, Veranstaltungen oder einfach zum Zusammenkommen. Diese Häuser wurden zum Anziehungspunkt für Leute, die eine eigene politische Identität aufbauen gegen das herrschende System. Diese Entwicklung steht gegen die Interessen der Stadtverwaltung als lokale Ausprägung des Staatsapparates.

Um die Verbreiterung der Bewegung zu stoppen, reagierten Stadtverwaltung, Justiz und Bullenapparat mit massiven Angriffen auf die Häuser. Diese Kampagne wurde von der reaktionären Hetzpresse BZ unterstützt. Hinzu kamen die Angriffe faschistischer Banden auf die Häuser und Einzelpersonen, die dem Staatsapparat sehr gelegen kamen und von diesem forciert wurden. Vorläufiger Höhepunkt der staatlichen Angriffe war der Abriß des Erwerbslosenzentrums Wolfenbütteler Str. 14. Im Zuge dieser Maßnahmen soll nun der Nutzungsvertrag Böcklerstr. 232 gekündigt werden. Wird der Nutzungsvertrag nicht gekündigt, soll durch jeweils nur zweimonatige Verlängerung des Vertrages permanenter Druck auf die BewohnerInnen ausgeübt werden. Der Stadtverwaltung ist sehrwohl klar, daß die Besetzung der Böcklerstr. auch als Widerstand gegen die städtische Sanierungs- und Wohnungspolitik anzusehen ist.

Auch in Braunschweig wird Wohnraum, für dessen Miete jetzt schon ein großer Teil der Reproduktionskosten aufgewendet werden muß, durch gezielte Sanierung noch teurer gemacht und dadurch gewachsene soziale Strukturen zerschlagen. Jetzt geht es uns darum, durch vielfältige Aktionen den Druck auf die Stadt aufrechtzuerhalten und ihren Plan gegen die Böcklerstr. zu durchkreuzen. Die Forderung nach einem selbstverwalteten Erwerbslosenzentrum und der Erhalt der Böcklerstr. 232 hat momentan deshalb ein solches Gewicht, weil in der zweieinhalbjährigen Besetzung der Wolfenbüttelerstr. 14 und der einjährigen Nutzung der Böcklerstr. 232 gezeigt haben, daß wir uns für die Häuser nicht nur mit Worten einsetzen. Wir fordern für die Böcklerstr. einen langfristigen Nutzungsvertrag ohne Bedingungen und ein neues Erwerbslosenzentrum in zentraler Lage.



Dialog mit der Macht verhindert !

Am Mittwoch, den 11.01.89 fand im Freizeit und Bildungszentrum eine Veranstaltung der Grünen zum Thema: "Gentechnik-Fortschritt in die Barbarei", statt. Hier sollte von Frau Prof.Dr. Hickel (bis 1985 für Die Grünen Mitglied der Bundestags-Enquete-Kommission zur Gentechnologie), Herrn Prof.Dr. Bernd Klees (Sachverständiger "Genomanalyse" der Enquete-Kommission und des Europaparlaments) und Herrn Prof.Dr. John Collins (Leiter der Abteilung Genetik in der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung) eine Podiumsdiskussion über das Pro und Contra zum geplanten Biotec-Park in Braunschweig geführt werden, in der sicherlich auch noch einige Zuschauer zu Wort gekommen wären.

Nun waren einige GegnerInnen der Gentechnologie, die auch ein lebhaftes Interesse daran hatten mit anderen Menschen darüber zu diskutieren wie man dem geplanten Biotec-Park und der Bio- und Gentechnologie allgemein etwas entgegensetzen kann, zu dem Schluß gekommen, daß dies nicht unter den Augen und Ohren eines Betreibers und Nutznießers der Gentechnologie geschehen könne, und daß es ohnehin falsch sei, diesem gewissenlosen Schwein die Möglichkeit zu geben, durch Verständnisheuchelei und Hervorheben von irgendwelchen positiven Aspekten seiner Wissenschaft die ZuhörerInnen einzulullen und einzuschläfern. Ihre Beweggründe legten sie in einem Flugblatt eindeutig dar, das sie auf der Veranstaltung verteilten und auch noch über die Lautsprecheranlage verlasen (dieses Flugblatt liegt zur Dokumentation bei).

Jedesmal wenn Collins nun auf der Veranstaltung das Maul

aufmachte wurde er von ganz links mittels Pfeif-, Hup- und Trillerkonzert und wütender Beschimpfungen schnell wieder zum Verstummen gebracht. Hickel und Klees wurden nicht behindert. Da der Saal (ca. 500 Leute) aber nur zur Hälfte mit GegnerInnen der Gentechnologie gefüllt war, die andere Hälfte aber aus in edelsten Zwirn gekleideten Beschäftigten der GBF, Biotechnik-Studenten, Burschenschaftlern und ähnlichem Pack bestand, mußten sich die Feinde der Gentechnik noch gegen tätliche Angriffe zur Wehr setzen, was sie jedoch nicht zum Verstummen bringen und auch nicht vollständig aus dem Saal drängen konnte. Auch einige Grüne beteiligten sich am Gerangel am Saaleingang tatkräftig, was für den Widerstand in der Region noch einiges erhoffen ließe, wenn sie sich nur so genauso konsequent gegen die Gentechnik einsetzen würden. Da Collins immer wieder das Wort ergriff, wurde schließlich mit Eiern und Farbbeuteln gegen den Kapitalistenknecht vorgegangen. Daraufhin wollte Klees die Bullen zu Hilfe holen lassen, was Hickel zumindest nicht mittragen wollte. Endlich ergriff Collins die Flucht, nach und nach gefolgt von seinen Jüngern. Ohne die Reaktionen ergab sich eine spontane Diskussion über den Widerstand gegen den Biotec-Park mit dem Ziel, der Gründung einer Bürgerinitiative. Diese Diskussion wurde leider auch ohne die GegnerInnen des Dialogs mit der Macht geführt, da die Veranstaltung offiziell schon aufgelöst worden war. Das ist kein Ausdruck fehlender Diskussionsbereitschaft, es kommt nach wie vor auf eine Zusammenarbeit aller Gruppen an, die ernsthaft an der Bekämpfung der Bio- und Gentechnologie interessiert sind.



Grundsätzliche Ablehnung der Bio- und Gentechnologie statt kritischer Akzeptanz !

Die Veranstalter fragen in ihrem Aufrufflugblatt: Sind die Viren noch zu halten? Bedrohen Killerviren uns Braunschweiger und Braunschweigerinnen? Müssen wir deshalb nicht dagegen sein? – und laden zur kritischen Klärung einen Experten ein, dem sie ihre Sicherheitsbedenken entgegenschleudern wollen. Von Widerstand ist die Rede und der Gründung einer Bürgerinitiative – Widerstand, dessen Hauptaufgabe es offensichtlich sein soll, die Kritik an der Bio- und Gentechnologie auf Gefahrenabschätzung und -minimierung zu konzentrieren und zu beschränken. Pro und Contra – sind die Wissenschaftler in der Lage, Bio- und Gentechnologie zu beherrschen?

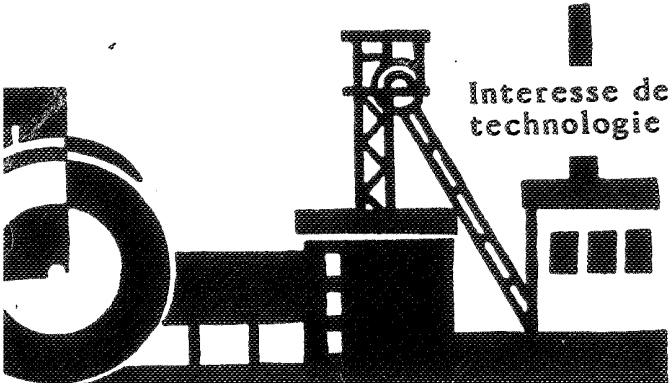
Über diese inhaltliche Beschränktheit der Kritik wird der Weg geebnet für die Akzeptanz des Projekts. Kritische Experten stellen sich dem Dialog um zu vermitteln, daß wir alle letztlich das gleiche Interesse haben: Bio- und Gentechnologie soll sicher sein, um einen reibungslosen Ablauf zu erreichen (Betreiber von AKW's sind auch nicht wild auf einen GAU). Je mehr Bürger und Bürgerinnen sich an einem solchen Dialog beteiligen desto besser. Die Funktion eines Herrn Collins in dieser Akzeptanzstrategie: Glaubwürdigkeit zu vermitteln, indem er sich kritischem Publikum stellt, Zweifel berücksichtigen, Kritik aufnehmen, die in Sicherheitsauflagen eingehen können und die Effizienz der Technologie erhöhen. Gegnerschaft soll vermieden werden und über die Verwissenschaftlichung der Diskussion, die über kurz oder lang dann sowieso nur noch unter "Experten" führbar ist (z.B. Experten-Hearings), möglicher Widerstand kanalisiert und entpolitisiert werden, indem die wahren Interessen verschwiegen werden.

Den Befürwortern der Technologie geht es nicht nur um den Standort Braunschweig für den Biotec-Park (Braunschweig ist mit GBF und Bio-Zentrum an der Uni als Standort bestens geeignet), Bio- und Gentechnologie sind

zentrale Projekte des Kapitals, die es durchzusetzen gilt, egal an welchem Ort. In die dazu nötige Akzeptanzstrategie sind die bundesweiten Erfahrungen mit der Anti-AKW-Bewegung einbezogen worden. Studien zur Akzeptanzforschung aus den 70er Jahren, z.B. des frankfurter "Batelle Instituts" kommen zu dem Ergebnis, daß statt mit Hochglanzbroschüren und eingeschworenen Wissenschaftlern, kritische Wissenschaftler mit Dialogbereitschaft, möglichst breiter Bürgerbeteiligung und dem Versuch der Parlamentarisierung dem Widerstand am effektivsten begegnen, noch ehe er sich gebildet hat. Zur Umsetzung dieser Strategie wird auf Gruppen zurückgegriffen, die einen entsprechenden Rahmen für dieses Pro und Contra Spielchen schaffen können. Dabei geht es nicht wie vorge-tauscht werden soll, um bessere Argumente – es geht um die Durchsetzung bestimmter Interessen. Diese Strategie galt es auf der Veranstaltung mit Collins zu durchkreuzen.

Die Zielvorgabe zur Ansiedlung von Firmen im Biotec-Park ist in der RauCon-Studie (Studie für den Rat der Stadt BS über die Standortbedingungen Braunschweigs für die Ansiedlung Bio- und Gentechnologischer Industrie) als "Standortwünsche mittelständischer deutscher Firmen" klar formuliert: die Kapitalisten "wünschen" u.a. "Industriefreundliche politische Konstellation, keine Umwelthysterie" und stellen bestimmte Anforderungen an die "Mentalität der Bevölkerung". Wenn es uns gelingt die beabsichtigte Friedhofsruhe frühzeitig zu stören, vergeht den Kapitalisten die Lust sich hier anzusiedeln. Anstatt mit Betreibern und Nutznießern der Bio- und Gentechnologie über "Schadensbegrenzung" und den sicheren Betrieb zu diskutieren, müssen wir deutlich machen, in wessen Interesse hier bio- und gentechnologische Forschung betrieben und angewendet wird!

Interesse der Kapitalisten an der Gen- und Biotechnologie



Mit der Beherrschbarkeit und Kontrollierbarkeit der Gentechnologie wird auch die Beherrschbarkeit und Kontrollierbarkeit der Menschen vorangetrieben. "Die Gen- und Fortpflanzungstechnologien sind der derzeit letzte Versuch der Interessenallianz von Wirtschaft, Militär, Wissenschaft und Politik, die immer deutlicher werdenden Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals durch die Erschließung neuer Investitionsterritorien und die Schaffung neuen Bedarfs, sprich neuer Märkte, zu lösen. Die neuen Territorien, die nun erobert, zerlegt, vermessen, angeeignet und industriell zur Profitmacherei verwertet werden sollen, sind pflanzliches, tierisches, menschliches Leben insgesamt, das nun einer totalen Kontrolle unterworfen werden soll. Der Versuch, die durch Ausbeutung und Unterdrückung entstandenen Probleme wie Hunger, Umweltverschmutzung und durch diese bedingte Krankheiten durch eine Technik beherrschbar zu machen, ohne die Ursachen zu beseitigen, erfährt damit eine neue Qualität und Zuspitzung."

Hierin liegt die strategische Bedeutung der Gentechnologie für das Kapital, nämlich in der Schaffung des gläsernen Menschen oder zumindest dem Fortschreiten auf dem Weg dahin, und in der totalen Abhängigkeit der Menschen von Multinationalen Konzernen, sprich Großkapital, d.h. ihrer Unfähigkeit ihr Überleben unabhängig von Kapital Bourgeoisie zu sichern.

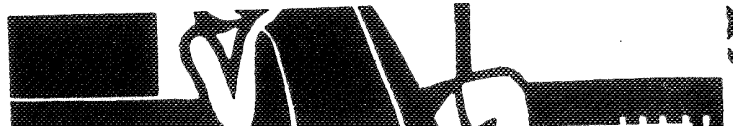


Bedeutung der Gentechnologie in der Landwirtschaft

Zumindest in Ländern der "3. Welt" und den USA werden heute schon Hochleistungs-Ertragssorten, z.B. der Hybridweizen, angebaut. Der wesentlichen Unterschied zwischen Hybridweizen und herkömmlichem Weizen besteht darin, daß er sich nicht mehr selbst befruchtet, sondern jedes Jahr neues Saatgut gekauft werden muß. Diese Sorten sind nur hochertragreich, wenn man sie genügend düngt, also müssen die Bauern Kunstdünger kaufen. Die meisten Gebiete sind zu trocken, künstliche Bewässerung ist nötig. Durch Düngung und Bewässerung wächst aber nicht nur das Getreide, sondern auch das Unkraut. Also braucht man Unkrautvernichtungsmittel. In riesigen Monokulturen wird eine Sorte Weizen über ganze Landstriche hinweg angebaut. Insekten und andere Schädlinge können sich auf diesen einen Pflanzentyp spezialisieren, um sich dann epidemieartig zu verbreiten. Insektizide werden zur Bekämpfung von Insekten gebraucht, Fungizide gegen Pilzkrankheiten. Etwa 50000 Menschen, vor allem Landarbeiter in der "3. Welt", erkrankten jährlich durch die Berührung mit Pflanzenschutzmitteln.

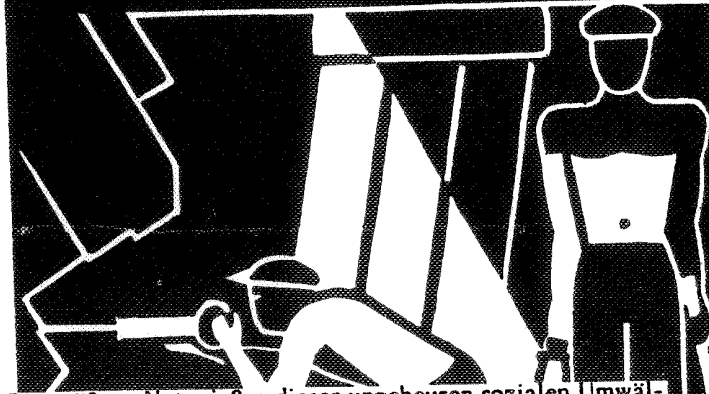
Nach einigen Jahren ist eine neue Sorte trotz Einsatz von Insektenvernichtungsmitteln verstärkt Insektenbefall ausgesetzt, da diese inzwischen resistent gegen das Gift geworden sind (laut UNO sind mittlerweile etwa 400 Insektenarten resistent gegen Insektizide). Oder es zeigt sich irgendein anderer Mangel, was z.B. Witterungsbeständigkeit, Ertragskraft oder irgendwelche Krankheiten betrifft. Also muß eine neue Sorte gezüchtet werden.

Durch die neuen "Wundersorten" wurden viele ursprüngliche Sorten vernichtet, die aber wichtig sind für neue Kreuzungen.



In Indien, wo z.B. vor einigen Jahrzehnten noch 5000 einheimische Reissorten angebaut wurden, wurden Anfang der 70er Jahre nur noch 700 angebaut.

Neben zahlreichen Mißernten, weil die neugezüchteten Sorten den besonderen Bedingungen eines Landes nicht entsprachen, gab es durch die Hohertragssorten tatsächlich auch hohe Ertragssteigerungen, z.B. in Mexiko sind die durchschnittlichen Hektarerträge innerhalb von 20 Jahren um das dreifache gesteigert worden. Allerdings profitierten davon nur etwa 4% der Bauern, nämlich große kommerziell orientierte Farmer. Demgegenüber gerieten 83% aller mexicanischen Bauern unter das Existenzminimum, Pächter wurden von dem Land das sie bestellt hatten vertrieben, Tagelöhner entlassen, weil Maschinen sie ersetzten, Millionen von kleinen und mittleren Bauern fielen dem Konkurrenzkampf zum Opfer. Die Folge war und ist die Zerstörung der sozialen Strukturen, die Vertreibung der Menschen vom Land in die industriellen Ballungszentren.



Die größten Nutznießer dieser ungeheuren sozialen Umwälzungen auf Kosten der Armen sind die internationalen Konzerne. In den vergangenen Jahren haben die führenden agrochemischen Unternehmen ein weltweites Vertriebssystem aufgebaut, das ihre Produkte in Asien, Afrika und Lateinamerika erfolgreich vermarktet. Riesenkonzerne der Erdöl-, Chemie- und Pharmabranche, die bisher Dünger, Herbizide, Insektizide, Fungizide und Wachstumsregulatoren verkauft haben, haben nun auch haufenweise Saatgutfirmen aufgekauft (Esso, Shell, Sandoz). Esso z.B. baute auf den Philippinen ein Netz von hundert landwirtschaftlichen Service-Zentren auf, wo die Bauern Saatgut, Pestizide, landwirtschaftliches Gerät sowie Dünger vom Esso-Händler beziehen können.

Die Nahrungsproduktion gilt als neuer lukrativer Wirtschaftszweig. Dazu der Präsident von "Occidental Petroleum": "Wir meinen, daß Nahrung für die 90er Jahre das bedeutet, was Energie für die 70er und 80er ist."

Mit Hilfe der Gentechnologie verlieren die Menschen die Kontrolle über ihre Ernährung an die Konzerne!



Genetische Auslese am Arbeitsplatz

Neben der unbezahlten Reproduktionsarbeit von Frauen ist die Senkung von Lohn- und Lohnnebenkosten eine Strategie des Kapitals zur Profitsicherung. Mitte und Ende der 70er Jahre wurde die Lohnkostensenkung hauptsächlich durch Auslagerung von Produktionszweigen in sog. Billiglohnländer erreicht (z.B. Bekleidungsindustrie, Elektronikindustrie). Seit Anfang der 80er Jahre wird aber auch in den Metropolen direkt versucht, die Lohn- und Lohnnebenkosten über Sozialabbau, Teilzeitbeschäftigung, sog. ungeschützte Arbeitsplätze usw. zu senken. Außerdem wollen Betriebe durch gezielte Auswahl, bzw. gezielten Einsatz von Arbeitskräften sog. "Krankenstände" und "Berufsunfähigkeiten" verhindern, um so eine Senkung der Lohnnebenkosten zu erreichen. Auch die Gentechnologie wird dazu benutzt, diese Auswahl von Arbeitskräften zu perfektionieren. In den USA werden ArbeiterInnen bereits seit den 60er Jahren in Firmen wie z.B. Dow Chemical untersucht, um Anfälligkeiten gegenüber krebserregenden Chemikalien festzustellen und sie ggf. auszusondern. Heute Beschäftigte der US-Industrie in Genkart


teien eingeordnet.

Auch in den BRD-Konzernen Bayer, Hoechst und BASF werden genetische Reihenuntersuchungen an ArbeiterInnen durchgeführt, um "Überempfindliche" im Betrieb zu versetzen. Für bestimmte Berufskrankheiten genetisch anfällige werden ausgesondert, der Betrieb braucht die Schadstoffbelastung nicht zu senken und spart zusätzlich durch die Einstellung "resistenter" Arbeitskräfte Betriebskosten ein. Indem (scheinbar wissenschaftlich abgesichert) den Menschen Überempfindlichkeit und Anfälligkeit bescheinigt wird, wälzt die Industrie die Auswirkungen ihrer zerstörerischen Produktionsbedingungen auf die Einzelnen ab!




Genetechnologie in Gesundheitswesen und Bevölkerungspolitik

Von der Gentechnologie erhoffen sich die Institutionen des Gesundheitswesens eine Vereinfachung der Erfassung des Gesundheitszustandes jeder/es einzelnen. Immer mehr Krankheit, die aufgrund zerstörerischer Umweltbedingungen entstehen, werden als erblich bedingt definiert. Zur Zeit rühmen sich die Genforscher, ca. 2000 sog. anlagebedingte Krankheiten in der Genstruktur erkennen zu können. Dieses Kenntnis kommt unter den gegebenen Machtverhältnissen allerdings nicht den Betroffenen zugute, wie ein Beispiel aus den USA deutlich macht: Von der Sichelzellenanämie betroffene (Schwarze und Mischlinge) sind selber gesund, wenn sie nicht Extrembedingungen, wie Sauerstoffmangel und Dauerstress ausgesetzt sind. Ein Risiko besteht nur, wenn zwei Träger des Gens gemeinsam Kinder zeugen, durchschnittlich jedes 4. Kind ist krank. Zwei einfache Bluttests genügen, um ein gefährdetes Paar ausfindig zu machen. Angeblich als Gesundheitsvorsorgemaßnahme wurden großangelegte Reihenuntersuchungen initiiert. Das Ergebnis war, daß Industriebetriebe und Institutionen sich weigerten, die Träger des Gens zu beschäftigen. Kranken- und Lebensversicherungen erhöhten ihre Prämien. Es wurde Überwachungspflicht für Schulkinder eingeführt. Einige Bundesstaaten verlangten von heiratswilligen Schwarzen einen Bluttest.



Zunächst soll die Gentechnologie eine kostengünstige und effektive Verwaltung der Opfer einer Gesellschaftsstruktur ermöglichen deren Reichtum u.a. auf der Zerstörung der Gesundheit der Bevölkerung beruht. Darüberhinaus ist eine Utopie die Früherkennung und Verhinderung von krankem, d.h. in Bezug auf die Normen der Leistungsgesellschaft nicht funktionstüchtigem Leben durch Vernichtung und gezielte Manipulation. Betrieben wird diese Früherkennung in den sog. Humangenetischen Beratungsstellen. Sie dient dazu, die Gesellschaft erst gar nicht mit "unerwünschtem Leben" zu belasten. Es werden Chromosomenanalysen vorgenommen und die prozentuale Wahrscheinlichkeit von Erbkrankheiten errechnet. Ziel der folgenden Beratung ist die "Verhütung von Nachkommen mit schweren Erbkrankheiten oder mit beeinträchtigenden Fehlbildungen" (Leiterin der Humangenetischen Beratungsstelle Hamburg).

Eine weitere Funktion ist die datenmäßige Erfassung der Klienten und die statistische Auswertung aller Beratungsaussagen und Untersuchungsergebnissen durch Humangenetiker. Eine weitere Funktion liegt in der Kontrolle sog. Rand-



gruppen. Z.B. werden Sterilisationsgutachten über Behinderte erstellt. In diesem Zusammenhang werden auch Kosten-Nutzen-Analysen aufgestellt, die die Ausgaben der Behindertenbetreuung mit den niedrigeren Ausgaben für genetische Beratung vergleichen. Diese Denkstrukturen führen dazu, bestimmte Bevölkerungsgruppen als "Volkslast" zu diffamieren.

Was mit den angeblich so sinnvollen Frühdiagnosen bezweckt wird und in welche Richtung die Überlegungen der Gesundheitsstrategen gehen, sagt der amerikanische Genetiker Glas, Präsident einer der größten Forschungsförderungsorganisationen in den USA: "Unbegrenzter Zugang zu einer staatlich regulierten Abtreibung in Verbindung mit den gegenwärtigen perfektionierten Techniken zur Entdeckung von Chromosomenanomalien im wachsenden Fetus wird uns von einigen Prozent aller Geburten befreien, die bis heute unkontrollierbare Defekte darstellen. Man wird genetische Kliniken bauen, in denen man bald bis zu hundert verschiedene rezessive Erbdefekte in ihren Trägern entdecken können wird, die dann daran gehindert werden können Nachkommen zu haben. Kein Elternpaar wird in Zukunft das Recht haben, die Gesellschaft mit einem mißgebildeten Kind zu belasten!"

Den Widerstand gegen Bio- und Gentechnologie organisieren!

Diese Beispiele für "Nutzung" der Bio- und Gentechnologie zeigen deutlich, warum es nicht damit getan sein kann den Widerstand nur gegen den geplanten Biotec-Park in BS-Stöckheim beschränkt auf Umweltschutzinteressen zu organisieren. Wir müssen vielmehr einen breiten Widerstand auch gegen Forschungseinrichtungen wie GBF und Uni-Biozentrum entwickeln. Und es kann auch nicht nur um den Standort BS gehen, worauf die Grünen ihre Argumentation zu beschränken scheinen. Den Menschen, die heute schon unter den "Errungenschaften" der neuen Technologien zu leiden haben, ist es völlig egal, ob diese Erkenntnisse in Braunschweig, Wanne-Eickel oder Montreal gewonnen wurden.

Während sich der Widerstand im kritischen Pro und Contra der Gefahren bei Störfällen verzetteln soll, werden indes die Projekte in die Tat umgesetzt. Die Ratsfraktion der Grünen stimmte der Bewilligung der Gelder für die Erschließung des Geländes (ca. 2 Mio. DM) auf dem der Biotec-Park entstehen soll zu. Damit sind erste Fakten zur Durchsetzung des Projekts bereits geschaffen. Von einer grundsätzlichen Ablehnung kann nicht die Rede sein – niemand gibt Millionen für Erschließungskosten aus, um nachher ein Klohäuschen zu bauen.

Als Lohn für ihre Zustimmung forderten die Grünen ein Experten-Hearing, das Anfang Februar in der Stadthalle stattfinden soll. Auch dabei wird es wieder getreu der Strategie der Akzeptanzschaffung um das hochwissenschaftliche Hin und Her der "sicheren" Bio- und Gentechnologie gehen. Das Hearing ist die Fortführung des Versuchs, den Widerstand in den Elfenbeinturm der Wissenschaft zu verlagern. Das Hearing ist ein Selbstzweck, das Hearing an sich ist laut Vereinbarung von Grünen und SPD Voraussetzung für den Baubeginn und nicht der Ausgang desselben. Egal wer hinterher besser dasteht, egal wer die besseren Argumente hatte, GegnerInnen oder BefürworterInnen, egal welche Bedenken den "Experten" auch dargelegt werden, die Erschließung des Geländes für den Biotec-Park ist beschlossene Sache.

Doch wir sollten ihnen bei ihrem Hearing doch wenigstens kräftig in die Suppe spucken und zeigen, daß wir uns nicht für dumm verkaufen lassen. Es ist nicht Aufgabe der GegnerInnen der Gentechnologie, den Betreibern noch zusätzlich Raum für ihre "Argumente" zu schaffen. Ihnen stehen sowieso alle Propagandamittel zur Verfügung (Fernsehen, Presse, etc...).

DEN KAMPF GEGEN DIE
VERWERTUNGSANSPRÜCHE DES
KAPITALS ORGANISIEREN

Kein Dialog mit der Macht!

Offiziell soll es heute um ein Für und Wider der Biotechnologie gehen, insbesondere um den geplanten Biotechnologiepark (Biotec-Park) in Stöckheim. Auf dem Podium sitzen KritikerInnen aus dem linken SPD- und dem Grünen-Spektrum sowie ein vehementer Befürworter und Betreiber der Bio- und Gentechnologie. Damit ist die Ausrichtung heute abend festgelegt: es geht um das Aufzeigen von ökologischen Risiken der neuen Technologie und nicht etwa um eine grundlegende Kritik daran, die die einfache Frage stellt: wem nützt das Ganze, wer hat ein Interesse daran?

Das ganze Spektakel ist eine Neuauflage einer Veranstaltung von 1985 mit fast derselben Besetzung des Podiums: damals wurde eingehend auf die Gefahren und Risiken der Bio- und Gentechnologie hingewiesen und ein kontrollierter, „positiver“ Umgang damit gefordert. Nach drei Jahren forcierter und uneingeschränkter Forschung fragen sich die KritikerInnen wiederholt: brauchen wir eine „Positivliste“ der Gentechnologie und eine neue Ethik?

Geändert hat sich seitdem offensichtlich nichts! Weder an der grundsätzlichen Ausrichtung der Technologie, den Interessen derjenigen, die dahinter stehen, noch an der Irrelevanz der berechtigten Kritikpunkte, die Klees, Hickel und andere damals wie heute vorbringen. Damals wie heute wird glaubhaft werden können, daß weder Killerviren noch sonstige Mutanten geplant sind, um Braunschweigs Bevölkerung den Garaus zu machen. Damals wie heute stellen sich sowohl BefürworterInnen als auch KritikerInnen hinter das übergeordnete Ziel der neuen Technologie: die Erhaltung und den Ausbau der deutschen Position im internationalen Konkurrenzkampf der Industriemächte. Es wird weiterhin so argumentiert, daß jede Kritik am nationalen Interesse sich von vornherein ausschließt, ja gar nicht vorhanden scheint. Darüber sind sich fast alle einig: daß es weiter gehen muß mit Ausbeutung, Unterdrückung und Herrschaftssicherung gerade mit einer „demokratisch-kontrollierten“, „positiven“ Bio- und Gentechnologie.

Menschen, denen dieser nationale Konsens nicht paßt, die sich nicht in die Reihe der zwar KritikerInnen, aber auch BefürworterInnen einfügen wollen, und die Bio- und Gentechnologie als Waffe des Kapitals angreifen, diese Menschen sind mit „rechtsstaatlicher“ Realität konfrontiert: Knast und Repression. Ulla Penselin saß wegen fadenscheinigen Begründungen ein halbes Jahr im Knast, Ingrid Strobl sitzt seit über einem Jahr in bundesdeutschen Hochsicherheitsknästen wegen der Beschäftigung mit „anschlagsrelevanten“ Themen wie Bio- und Gentechnologie.

Wo liegt der Unterschied zwischen der „anschlagsrelevanten“ Beschäftigung mit solchen Themen und den sehr wohl als kritisch zu bezeichnenden Äußerungen auf dieser Podiumsdiskussion? Auf der einen Seite liegt ein staatliches Angebot vor, im freiheitlichen Diskurs über etwas zu diskutieren, was gar keiner Entscheidung mehr bedarf. So haben die GRÜNEN (BS) dem Haushaltsposten zur Anlegung eines Biotech-Parks bereits zugestimmt. Auf der anderen Seite dagegen wird ein Diskussionsprozeß geführt, der die Technologien als Instrumente des Kapitals thematisiert, um die imperialistische Zurichtung der Welt anzugreifen und tendenziell die Ausbeutung und Unterdrückung der Menschen aufzuheben.

Wo die Einen sich noch bemühen, als ernstzunehmende Diskussionspartner anerkannt zu werden, um schließlich mit einem Pöstchen zur Technologiefolgenabschätzung oder in der Enquête-Kommission belohnt zu werden, sind die Anderen bereits abgetan – ein Fall der politischen Polizei und des Verfassungsschutzes.

Wenn angesichts der fortgeschrittenen Kritik an der Bio- und Gentechnologie heute abend lediglich auf den möglichen Mißbrauch oder die unkalkulierbaren Folgen der Technologie abgehoben wird, hat dies faktisch die Funktion, eine grundsätzliche Akzeptanz in der Bevölkerung zu schaffen.

Für die meisten Menschen auf dieser Welt stellt sich die Frage ganz anders: der neue strategische Sektor des Kapitals mit hohen Wachstums- und Profiterwartungen neben den anderen Hightech-Sparten bedeutet für sie mehr Arbeit, Ausbeutung und Abhängigkeit. Für die Bauern in der Peripherie ist jedes gentechnologisch veränderte Saatgut, bestens angepaßt an Pestizide und Düngemittel, nur ein weiterer Schritt in die Abhängigkeit von multinationalen Konzernen.

Was uns Herr Collins als Mittel zur Verbesserung der Welt ernährungs Lage unter die Nase reibt, entpuppt sich als Klingeln des Profits in den Taschen der Kapitalisten.

- Es ist weltweit bereits Gang und Gäbe, daß zur Weizenerzeugung Hybridweizensaatgut verwendet wird, was durch gentechnologische Manipulation zwar besonders hohe Erträge abwirft, aber nicht mehr vermehrungsfähig ist. Das heißt, daß die Bauern jedes Jahr neues Saatgut von großen Konzernen wie zum Beispiel Shell kaufen müssen. Zur Zeit wird bei Shell daran gearbeitet, das Hybridsaatgut mittels Genmanipulation unempfindlich gegen von Shell hergestellte Insektenvernichtungsmittel zu machen, was wiederum die Kassen des Multis klingeln läßt, da Saatgut und Gifte vom selben Konzern gekauft werden müssen.
- In den Fabriken hält die Gentechnologie in Form der Genomanalyse Einzug, bei der z.B. bei Hoechst, BASF, und Bayer Gentests an ArbeiterInnen durchgeführt werden, um die genetische Anfälligkeit für bestimmte Berufskrankheiten festzustellen und die betreffenden ArbeiterInnen auszuwählen. Dadurch brauchen beispielsweise die Schadstoffbelastungen am Arbeitsplatz nicht gesenkt werden.
- Auch in der Pharmazie und der Herstellung bakteriologischer Waffen liegen große Profitchancen der Gentechnologie.
- Nachdem die Industriestaaten die Subsistenzwirtschaft in den „Dritte-Welt-Nationen“ zerstört und sie in ihre Abhängigkeit gebracht haben, werden nun durch Bevölkerungspolitik statt der Armut die Armen bekämpft.

Das sind nur einige Beispiele, die aufzeigen, warum die Gen- und Biotechnologie derzeit der Kapitalisten liebstes Kind ist. Neben den enormen Profiten, die die Kapitalisten riechen, obwohl sie zum Teil noch gar nicht wissen, wie sie diese aus dem Wissen um die Gene herausziehen können, besteht die strategische Bedeutung der neuen Technologie für das Kapital in ihrer Fähigkeit, die Menschen noch stärker in die Abhängigkeit von Konzernen zu treiben und neue Dimensionen der Kontrolle und Manipulation zu eröffnen.

Die GBF spielt für die Ansiedlung des sogenannten Biotec-Parks eine entscheidende Vorreiterrolle. So wird in einer im Rat der Stadt Braunschweig verteilten Zusammenfassung der „RauCon-Studie“ (RauCon GmbH = Biotechnologieberatung) folgendes ausgeführt: „Als einzig geeignetes Ansiedlungsgebiet hat der Gutachter den Standortbereich der Gesellschaft für Biotechnologische Forschung (GBF) identifiziert. Dies geschah vor dem Hintergrund der Tatsache, daß unter den zum biotechnologischen Sektor zählenden Forschungsinstituten die GBF die mit Abstand führende Einrichtung in der BRD ist. ... Die GBF gilt nach internationaler Beurteilung als die größte Institution ihrer Art in der Welt. ... Die GBF steht mit rund 50 Firmen, davon 40% aus dem Ausland, in kooperativer Verbindung. Außerdem gibt es eine Reihe von Schwerpunktkooperationen mit Israel, Kanada (Montreal) und Taiwan.“

Die staatlich organisierte Forschung läßt sich von ihrer Funktion her also absolut nicht von den privatkapitalistischen Bestrebungen auf diesem Gebiet trennen. Der Widerstand gegen die Biotechnologie muß sich konkret hier in Braunschweig als gemeinsamer Kampf gegen die GBF, das Biozentrum an der Uni und die Ansiedlungsbestrebungen eines Biotec-Parks organisiert werden. Daß auf dieser Veranstaltung, die von angeblichen KritikerInnen der Biotechnologie durchgeführt wird, ein führender Repräsentant der GBF reden soll, läßt sich nur aus der Tatsache erklären, daß der Widerstand zerfasert und die Diskussion liberalisiert werden soll, nach dem Motto: „Biotechnologische Forschung und Produktion ja – aber unter staatlicher Kontrolle“. Damit soll ein breiter Widerstand verhindert werden. Die GRÜNEN spielen bei diesem Kalkül eine wichtige Rolle. Doch ihre Fratze haben sie schon durch ihre Zustimmung im Rat für die Gelder des Biotec-Geländes entblößt. Korumpiert durch das „Geschenk“ der Machtbeteiligung, Teil des lokalen Staatsapparates, den es als Ausführungsorgan von Kapitalinteressen zu bekämpfen gilt. Mit ihrer Zustimmung und der Liberalisierung der Diskussion tragen sie zur Erfüllung der in der „RauCon-Studie“ aufgestellten Forderungen bei: der Widerstand in der Region, in der das Biotec-Zentrum angesiedelt wird, dürfe nur schwach sein.



Dem Biotec-Park in Braunschweig wird, wenn er fertiggestellt ist, die Aufgabe zukommen, das in der GBF und im Biozentrum gewonnene Wissen in bare Münze umzusetzen, bzw. es irgendwie für Kapital und staatliche Einrichtungen nutzbar zu machen. Damit einhergehen wird eine weitergehende Veränderung der Bevölkerungs- und Sozialstruktur Braunschweigs. Da die in Hightech-Bereichen Arbeitenden keine ArbeiterInnen, sondern hochspezialisierte TechnikerInnen und WissenschaftlerInnen sind, werden solche Arbeitskräfte in Braunschweig angesiedelt, und um diesen den Aufenthalt schmackhaft zu machen, schicke Eigenheime aus dem Boden schießen, teure Geschäfte, Vergnügungszentren, Edelpuffs, Golf- und Tennisplätze entstehen. Braunschweig wird weiter zur „Schicki-Micki-Stadt“ ausgebaut werden. Niedriglohngruppen, Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen werden genötigt, sich in Ghettos zu verkriechen oder sich anderswo eine Bleibe zu suchen.

In diesem Licht muß auch die mit Hilfe der Grünenratsfraktion in die Wege geleitete Erhöhung der Nutzungsgebühren der Obdachlosensiedlungen, der Mieten bei der städtischen Wohnungsbaugesellschaft NiWo und der Fahrradpreise gesehen werden. Die GRÜNEN zeigen sich bei der Erfüllung von Kapitalistenwünschen nicht zimperlich. Mit ihrer Hilfe soll den Wenigverdienenden das letzte Geld aus der Tasche gezogen werden, damit es den Kapitalisten z.B. durch die sogenannte „Wirtschaftsförderung“ in den Arsch geschoben werden kann. Das Argument der GRÜNEN, daß die „sozialen Initiativen“ ihre Gelder als Gegenleistung für ihre Zustimmung zu den Biotec-Geldern und Preiserhöhungen bekommen haben, drückt letztlich nur ihre ArbeiterInnen-Feindlichkeit aus.

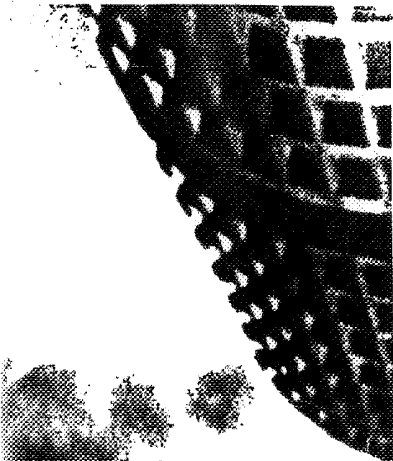
Doch wir lassen uns nicht spalten, auch wenn die Forderung nach „Ruhe und Ordnung“ in der Region noch repressivere Maßnahmen gegen den Widerstand erwarten läßt.

Wir wollen hier offen über den Widerstand gegen die Biotechnologie diskutieren. Deshalb:

RepräsentantInnen der GBF raus!

Keine Diskussion mit dem Feind!

Den Kampf gegen die Unterwerfung aller Lebensinteressen des Proletariats unter die Verwertungsbedingungen des Kapitals organisieren und führen!



Am 4.3.88 ist dann das Haus Riedestraße/Ecke Wolfenbütteler Straße besetzt worden. Ein weiterer Schritt um für ein neues Zentrum zu kämpfen.

Das Haus gehört der Firma Wolters, die das unter Denkmalschutz stehende Gebäude abreißen will. Wolters will dort seine Einfahrt verbreitern. In dem Haus werden noch einige Räume von der Kindergruppe "RÜbe" genutzt. Der RÜbe ist Ende letzten Jahres gekündigt worden. Sie hat noch einen Duldungsvertrag bis April 88. Neue Räume für danach sind noch nicht gesichert. Wir sind gegen 18 Uhr in den leerstehenden Teil des Hauses gegangen. In kürzester Zeit stand eine Streife vor dem Haus. Nach und nach rückten immer mehr grüne Autos an; mit der Zeit kamen auch die durch Telefonketten, Flugblätter usw. informierten Leute, um die Besetzung zu unterstützen. Der Kontakt zwischen den Menschen drinnen und draußen wurde von der Polizei massiv behindert, zum Teil mit Hunden. Gegen 19.30 Uhr waren ca. 3 Dutzend Polizisten aufgelaufen, um das Haus zu stürmen. Nach den ersten Aufforderungen der Polizei, rauszukommen, war den BesetzerInnen klar, daß es keine andere Möglichkeit gab. Es wurde der Polizei gesagt, daß der Aufforderung nachgekommen würde, aber die Tür sei kaputt und ginge nicht auf. Trotzdem randalierte die Polizei weiter, schlug 2 Fenster ein und versuchte, die Tür aufzubrechen. Währenddessen verschaffte sich ein anderer Teil der Polizei Einlaß über die Räume der Kindergruppe und kam über den Dachboden in den besetzten Teil des Hauses. Offensichtlich hatten sie Pläne der Räumlichkeiten (von Wolters?).

Die BesetzerInnen wurden einzeln durch die Kindergruppe abgeführt und in der Münzstraße in den Knast gesteckt. Die Zustände und die Behandlung dort waren - wie üblich - miserabel:

- einige Frauen wurden gezwungen, sich völlig auszuziehen, - die Zellen waren vielfach überbelegt (z.B. 7 Leute auf einer Einzelzelle) und überheizt, so daß einigen fast die Luft wegblieb, die Klingeln wurden abgestellt; das Öffnen der Zellen, um zum Klo zu gehen, unterlag der Willkür der Schließer, teilweise mußten Leute bis zu einer Stunde warten, bis sie aufs Klo gelassen wurden. (Von den Ausfällen der Polizisten - "alle vergasen!" usw. - ganz zu schweigen).

Irgendwann wurde die Lüftung angestellt, so daß es in den Zellen kalt und zugig zuging. Der Forderung nach Decken wurde natürlich erst nach langer Zeit nachgegeben. Zwischenzeitlich wurden einige Menschen in die Katakomben des Amtsgerichts verlegt. Dort gab es weder Heizung noch Decken, die Polizisten scherten sich einen Dreck um die Leute.

Die Stimmung unter den Eingefahrenen war dennoch in keinster Weise gedrückt oder niedergeschlagen. Gesänge und Randalie nahmen solche Ausmaße an, daß die Polizei ihr Wort nicht mehr verstand. Schon in der Nacht wurde ein Teil der Eingebuchten in der Humboldtstraße (Kripo) erkennungsdienstlich mißhandelt. Nachdem die ersten um 20 Uhr am Freitag eingefahren waren, wurden die letzten am Samstag gegen 11 Uhr entlassen. Allen BestzerInnen wird Hausfriedensbruch vorgeworfen.

Am Thema vorbei schrieb die Bz am nächsten Morgen nichts zu den Tatsachen, zur Nutzung des Hauses und zur Abrißplanung. Dagegen war zu lesen, daß das Haus baufällig sei, was eine fette Lüge ist. Im Gegenteil: Es ist total gut in Schuß, Wasser und Strom sind vorhanden, dichte Fenster etc. Also sehr gut für ein neues Zentrum geeignet. Von dem Rausschmiß durch die Polizei lassen wir uns nicht einschüchtern! Wenn wir kein neues Zentrum kriegen, nehmen wir uns eins!

Das Verhalten der Stadt in der Vergangenheit hat gezeigt, daß Verhandlungen nichts bringen. Um ein neues Zentrum hat es keine Verhandlungen gegeben, weil die Stadt dies mit der für uns unannehmbaren, erpresserischen und sachfremden Bedingung verknüpft hat, daß eine "freiwillige" Räumung der Böcklerstr.232 gewährleistet wird.

Immer noch brauchen wir einen Ort, an dem die Möglichkeit gegeben ist sich zu treffen, Kultur zu praktizieren, Veranstaltungen und Diskussionen durchzuführen, phantasievolle Aktionen zu planen, für ein selbstbestimmtes Leben zu kämpfen.

Ende April läuft der Nutzungsvertrag für die Böcklerstr.232 aus. Die Kündigung ist vom Verwaltungsausschuß bereits ausgesprochen.

Keinesfalls werden wir uns einfach rausschmeißen und auf Dreizimmerwohnungen im gesamten Stadtgebiet verteilen lassen. Wir werden dem Räumungsterror sowohl juristisch als auch politisch unseren Widerstand entgegensetzen und weiter für unser Bedürfnis nach kollektiven und selbstbestimmten Lebensbedingungen kämpfen.

2.4. DIZKO
SANSTRAS Böcklerstr. (BS)

17.4. EINJAHRER
PARTY Infos
Konzert
Videos

ZUR AKTUELLEN SITUATION

Diese Seiten haben den Zweck und hoffentlich den Erfolg, die Situation in und um das ehemalige besetzte Haus Wolfenbütteler Straße (Wobü) und das Konzerthaus Böcklerstr., kurz und umfassend darzustellen. Trocken sollte es nicht werden, aber es gibt Tatsachen, die man nicht verniedlichen und kokett umschreiben kann. Klar rüberkommen soll es: Auch in den anderen Städten geht der Kampf weiter. Wir nehmen Rücksicht auf die Träger dieser Zeitung, die leider einer gewissen Zensur unterliegen, hinsichtlich der Ausdrucksweise etc.

Am "Anfang" stand die Besetzung der Wobü 14 am 1. Mai 85. Vorangegangen waren ergebnislose Verhandlungen des Erwerbslosenvereins mit der Stadt. Die Wobü war ein unabhängiges und selbstverwaltetes Zentrum, in dem sich in den darauffolgenden Jahren ein Teil der Erwerbslosen Braunschweigs und verschiedene politische Gruppen trafen. Raum für Konzerte, Veranstaltungen, Diskussionen, Fun, Krach und Abhängen. Wiederholte Angriffe durch Faschos und Polizei waren auch damals schon vorhanden. Dann, nach 2,5 Jahren nicht wegdenkbarer Existenz, der Abriß. Nachdem im Dezember 87 unter fadenscheinigen Gründen die Strom- und Wasserzufuhr des Hauses gekappt wurde, folgte am 8.1.88 der Abriß. Die letzten Monate waren hart belastet durch den staatlichen und faschistischen Terror.

Schon im April 87 wurde das Konzerthaus Böcklerstr. besetzt, um neben der Wobü (Kommunikations- und Kulturzentrum) auch Platz für gemeinsames Leben und Wohnen zu bieten. Innerhalb einer Woche wurde es möglich (oh Wunder?) einen Nutzungsvertrag mit der Stadt abzuschließen. Bedingungen des Vertrages: Befristet auf ein Jahr, keine Konzerte, keine Veranstaltungen, keine Transparente.

Bis heute ist eine permanente Hetze der CDU und der Braunschweiger Zeitung (BZ) an der Tagesordnung. Die liberale Öffentlichkeit hat sich lediglich durch schriftliche Stellungnahmen und Protestschriften statt durch Aktivitäten geäußert.

Bei drei Hausdurchsuchungen durch die Polizei wurde alles auf den Kopf gestellt, Menschen mißhandelt, Mobiliar zertrümmert, Sachen beschlagnahmt, die bis heute nicht zurückgegeben wurden. Im Fahrwasser: Naziskins, Fußballochsen und Reaktionäre, deren Angriffen die BewohnerInnen und SympathisantInnen ausgesetzt sind.

UM DIE HÄUSER

IN BRAUNSCHWEIG

Nach dem Abriß der Wobü 14 mußte die Stadt als ersten Protest gegen die "eiserne Faust" die Besetzung des SPD-Büros am nachmittag desselben Tages einstecken. SPD-Oberbürgermeister Glogowski war es, der zuvor in der BZ über "Besonnenheit" und "friedliche Lösung" geschwafelt hat, während der Abriß stattfand und während die Betroffenen geschlossen einem Prozeß beiwohnten.

Ergebnis der SPD-Besetzung: Der OB mußte am Abend persönlich auftreten, brachte jedoch außer blabla nichts rüber. Die Forderungen nach dem neuen Zentrum oder Wiederaufbau des alten Zentrums standen! Reaktionen der Stadt=keine. Kundgebungen, Demonstration und balz-Besetzung folgten (balz = Arbeitslosenzentrum, Träger ist die Arbeiterwohlfahrt, finanziert durch die Stadt BS, dient zur Ruhigstellung der Arbeitslosen, deshalb arbeiten dort Sozialarbeiter und Psychologen). Das was lediglich von der Stadt rüberkam, war absurd, lächerlich und unannehmbar: Oberstadtdirektor Körner tat kund, daß es nur eine Verhandlung geben könne, wenn eine "Gesamtlösung" beider Häuser (die ganz klar unabhängig voneinander stehen) in Aussicht steht. Das heißt: BewohnerInnen haben die Böcklerstraße friedlich zu verlassen, dann könne man eventuell über ein neues Erwerbslosenzentrum verhandeln. Von Verhandlungsbereitschaft konnte keine Rede sein.

Soviel zum groben Umriss der beiden Häuser.

Zur Hinhaltenaktik der Stadt und zur Besetzung des BALZ

Nach dem Abriß des selbstverwalteten Erwerbslosenzentrum Wolfenbüttler Straße 14 am 8.1.88 hatte Oberbürgermeister Glogowski (SPD) zwar vage Ersatzräume versprochen, um der Wogen der Empörung zu glätten, jedoch hatte er sich tagelang mit profi-jafter Schmierigkeit davor gedrückt, dem Erwerbslosenverein konkrete Verträge für ein bestimmtes Haus anzubieten. Den Grund dafür erfuhren wir, als wir am Mittwoch Mittag (13.1.) im Rathaus die angekündigte Liste mit zur Verfügung stehenden Häusern und die Vorstellungen der Stadt über einen Nutzungsvertrag abholen wollten: Oberstdtdirektor Körner (auch SPD) hatte zwar irgendwo am Rande der Stadt ein Haus für uns, doch knüpfte er weitere Verhandlungen mit dem Leuten aus dem Erwerbslosenzentrum daran, daß die BewohnerInnen des Konzerthauses im Rahmen einer "Gesamtlösung für den Bereich Wolfenbüttler Straße/Böcklerstraße" freiwillig verlassen sollten!

Ganz abgesehen davon, daß eine Baracke, völlig ab vom Schuß, in der weder Konzerte, noch Veranstaltungen oder größere Treffen stattfinden können, wo weder Übungsräume noch Autobasteln möglich ist, für uns kein Ersatz ist; abgesehen davon, daß hier zwei verschiedene Sachen zusammengepackt werden, die BewohnerInnen des Konzerthauses gegen die BesucherInnen des Erwerbslosenzentrum ausgespielt werden sollen: Wenn Körner hier von einer "Gesamtlösung" spricht, so meint er damit "Endlösung"!

Denn was wir von seiner Versprechung halten können, nach einer friedlichen Räumung des Konzerthauses "könne sich der Oberstdtdirektor darauf verstehen, ein leeres städtisches Gebäude als Erwerbslosenzentrum nutzen zu lassen" (BZ), ist klar: Genausoviel wie von Glogowski, der von "Besonnenheit" und "gewaltfreier Lösung" schreibt, während er am selben Tag das Erwerbslosenzentrum abreißen läßt. Genausoviel wie von einer SPD, die am Montag nach Absprache mit den Bullen den BesetzerInnen des SPD-Büros freien Abzug und keine Einleitung von Strafverfahren zusichert, und schon zwei Tage später laufen doch Ermittlungsverfahren wegen "schweren Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung"! Diese Versprechungen sind einen Dreck wert!

Die Verbindung des selbstverwalteten Erwerbslosenzentrums mit einem Auszug der Mieter aus dem Konzerthaus macht noch einmal deutlich, daß es nicht das Interesse der Stadt ist, für ein neues Erwerbslosenzentrum zu sorgen, sondern daß es ihnen darum geht, durch immer neue Stolpersteine und Vorwände die Verhandlungen zum Scheitern zu bringen.

A1: Antwort auf die Verhandlungstaktik der Stadt und um der Forderung nach dem neuen Zentrum Nachdruck zu verleihen, wurde nachmittags ab 16 Uhr das BALZ besetzt. Offizieller Träger des BALZ ist die Arbeiterwohlfahrt (AWO), tatsächlich kommt ein Großteil der Kohle aber von der Stadt und vom Arbeitsamt.

Ziel der Besetzung war es zum einen, Öffentlichkeit herzustellen, zum Anderen, die Funktion des BALZ zu verdeutlichen und klarzumachen, daß sich unsere Vorstellungen von einem selbstverwalteten Zentrum nicht im Rahmen des BALZ verwirklichen lassen.

Tatsächlich ist im Konzept des BALZ kein Platz für Selbstbestimmung, geht es darin auch nicht im Ansatz um die Entwicklung und Durchsetzung politischer Interessen, die denen des Kapitals entgegengesetzt sind. Konzept des BALZ ist vielmehr, durch drei bezahlte Sozialarbeiter Einzelberatungen durchzuführen, deren Sinn es ist, entweder die Erwerbslosen wieder dem kapitalistischen Verwertungsprozeß zuzuführen (z.B. durch Hilfestellung bei Bewerbungsschreiben), oder aber zumindest eine politische Radikalisierung zu verhindern. Wegen dieser Widersprüche hat es zwischen dem Erwerbslosenzentrum und der BALZ bisher auch keine Zusammenarbeit gegeben.

Ein Detail, das für die Rolle des BALZ bezeichnend ist, ist der Haushalt: Von 180 000 DM Gesamtausgaben im Jahr sind 135 000 DM Gehälter der Sozialarbeiter, die vom Arbeitsamt getragen werden. Den Rest bringen die Stadt (35 000 DM) und die AWO (10 000 DM) auf.

Die politische Funktion dieses Zentrums hat sich während der Besetzung klar gezeigt. Von Beginn der Besetzung an war keine einzige Erwerbslose in den Räumen, nur zwei Sozialarbeiter, die sich verstört herumdrückten. Offensichtlich waren sie einem Publikumsandrang von über 20 Leuten nicht gewachsen.

2018743

Auch die Raumaufteilung im BALZ verdeutlicht die Konzeption, die dort verfolgt wird: 3 Gemeinschaftsräumen (einer davon im Flur) stehen 3 Büroräume der Sozialarbeiter gegenüber. Während die zwei Sozialarbeiter die Besetzung sabotierten, indem sie z.B. das Telefon abstellten und sich in ihren Büroräumen versteckten, wurden Transparente aus den Fenstern gehangen und eine Presseerklärung zur Besetzung vorbereitet, die dann auch gleich kopiert und verteilt wurde. In Diskussionen auf der Straße vor dem Zentrum kam es zu vielen solidarischen Stellungnahmen für die BesetzerInnen durch Passanten und Nachbarn. Die Bullen waren die ganze Zeit mehr oder minder versteckt vor dem Gebäude präsent, griffen aber nicht ein. Gegen Abend verschwanden die Sozialarbeiter, nachdem sie ihre Büroräume abgeschlossen hatten. Die Türen der Büros wurden dann aber von den BesetzerInnen wieder geöffnet, um das Telefon wieder anstellen zu können.

Einige Pressevertreter kamen zum BALZ, ihnen wurden unsere Forderungen genannt. Den Vertretern der BZ wurde konsequenterweise der Eintritt verwehrt, da die BZ immer wieder gegen Erwerbslosenzentrum und Konzerthaus Stimmung macht. Später tauchten die Sozialarbeiter wieder auf, verstärkt durch zwei Vorstandsmitglieder der AWO. Sehr deutlich war das Interesse dieser Herren zu erkennen, irgendwie die BesetzerInnen wieder loszuwerden. Bezeichnend an der Situation war wieder, daß nicht NutzerInnen des BALZ, sondern seine Geldgeber und Angestellten mit uns redeten. Nach einer überflüssigen Diskussion wurde klargemacht, daß es für die AWO nur zwei Möglichkeiten gäbe: Unserer Forderung nach einem selbstverwalteten Zentrum Nachdruck zu verleihen, oder die Bullen zu rufen und uns rausschmeissen zu lassen. Ohne klare Entscheidung verließen die vier irgendwann das BALZ. Als dann wurde in den Räumen des BALZ eine ausgelassene Party gefeiert.

Am späten Abend wurde noch einmal über den weiteren Verlauf der Besetzung diskutiert, wobei schließlich beschlossen wurde, die Besetzung zu beenden. Dies gründete auf die Tatsache, daß ein Ziel, Öffentlichkeit zu schaffen, erreicht worden war, und nicht klar war, was eine weitere Besetzung in Bezug auf diesen Punkt noch gebracht hätte. Außerdem war nicht abzusehen, wie sich die Dinge weiterentwickeln würden, ob nicht schließlich doch ein Bulleneinsatz stattgefunden hätte, der eine weitere Kriminalisierung nach sich gezogen hätte. Letztenendes haben wir im Verlauf der Besetzung des BALZ auch eindeutig festgestellt, daß das BALZ nicht unser Zentrum werden kann und soll.



Jetzt muß es darum gehen, durch vielfältige Aktionen den Druck auf die Stadt aufrecht zu erhalten und ihre Vorstellung von einer "Endlösung" des "Problems" Böcklerstraße zu zerschlagen. Wenn wir ein neues Erwerbslosenzentrum wollen, dann können wir uns nicht auf irgendwelche Versprechungen verlassen, die uns nur untereinander ausspielen sollen. Die Erfahrung hat gezeigt, daß nur konkreter Druck von uns bewirkt, daß bei Verhandlungen auch etwas herauskommt. Die Forderung nach einem selbstverwalteten Erwerbslosenzentrum hat momentan nur deshalb ein solches Gewicht, weil wir in der 2 1/2 Jahre dauernden Besetzung der Wolfenbüttler Straße 14 gezeigt haben, daß wir uns für ein solches Zentrum nicht nur mit Worten einsetzen. Darum ist es notwendig, daß wir durch neue Aktionen Unruhe erzeugen, denn nichts fürchten die Hüter der Friedhofsruhe mehr. Nur durch unseren ständigen Druck können wir etwas bewegen! Kommt zur Demo für ein selbstverwaltetes Erwerbslosenzentrum am Samstag, 16.1.88 um 11 Uhr auf dem Kohlmarkt!

Sondersendung von Radio Eulenspiegel: Mittwoch, 20.1. - 19.00 Uhr - 101 MHz !!!

QUERKOPF

Sonderausgabe

Wider die Herrschende Meinung

Kost nix

Januar 88



Flugschrift zum Abriss des Erwerbslosenzentrums

Am 1. Mai 85 wurde auf Initiative von Erwerbslosen- und Jobbergruppen ein leerstehendes städtisches Haus in der Wolfenbüttlerstraße besetzt. Dieser Besetzung waren lange Verhandlungen von Erwerbslosengruppen mit der Stadt um ein Zentrum für Erwerbslose vorausgegangen, die allesamt ergebnislos geblieben waren. Auch im Anschluß an die Besetzung wurde sich um einen Nutzungsvertrag bemüht, was die Stadt allerdings verweigert hat.

Das Zentrum diente verschiedenen Zwecken: Zum einen wurde natürlich selbstorganisierte Erwerbslosenspolitik betrieben, d.h. die Erwerbslosen trafen sich dort, um ohne Aufseher und Vortänzer politische Arbeit und Aktionen zu besprechen, z.B. fand dort ein wöchentliches Erwerbslosenfrühstück statt. Im Zentrum wurden nicht-kommerzielle Konzerte veranstaltet, wo Gruppen auftreten konnten, die sonst hier in Braunschweig keine Möglichkeit gehabt hätten. Punk-Konzerte, Disco und Kneipe gab es zum Selbstkostenpreis. Es trafen sich verschiedene politische Gruppen dort, z.B. das Aziania-Komitee zur Solidarität mit dem Kampf der Schwarzen in Südafrika und eine antifaschistische Arbeitsgruppe. Jederzeit konnten Veranstaltungen und Diskussionen z.B. zu Anti-AKW-Politik und Neofaschismus stattfinden, ohne daß vorher Räume angemietet werden mußten. All dieses wurde selbst organisiert, ohne jeden Ansatz staatlicher Kontrolle. Es konnten Veranstaltungen stattfinden, die z.B. im FBZ wegen anstehenden Ärgers mit der Stadt unmöglich wären.

So meint die Stadt hinreichend begründen zu können, keinen Nutzungsvertrag mit dem Erwerbslosenzentrum abzuschließen. Ihre Alternative städtischer und gewerkschaftlicher Politik für die Randgruppen in dieser Stadt sieht ganz anders aus: so wurde kurz nach der Besetzung des Zentrums das Braunschweiger Arbeitslosenzentrum (BALZ) in der Helmstedter Straße eröffnet.

Im April 87 erfolgte die Besetzung eines Wohnhauses in der Böcklerstraße als offensiven Schritt für eine Politik im Sanierungsviertel am Bahnhof. Die Reaktionen von Stadt, Polizei

und Justiz darauf verschärfte auch das Klima um das Zentrum. Angriffe rechtsextremer Skinheads und Fußballfans taten ein übriges.

Zwei Jahre lang wurde das Zentrum von der Stadt geduldet und durch eine Vereinbarung zwischen der SPD und den GRÜNEN auch offiziell toleriert, dann veränderten sich die Verhältnisse um die beiden Häuser nicht ohne eine heftige Hetzkampagne der BZ: mehrere Hausdurchsuchungen, massive Bulleneinsätze wurden gegen beide Häuser inszeniert und hauptsächlich die BewohnerInnen des Konzerthauses wurden mit einer Unzahl von Straf- und Ermittlungsverfahren eingedeckt.

In dieser Situation wurde dann am 8.1.88 das Zentrum abgerissen, mit dem Kalkül die NutzerInnen des Zentrums und die BewohnerInnen des Konzerthauses zu disziplinieren.

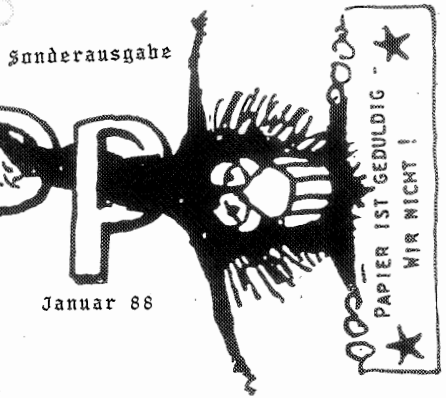
Wir fordern ein neues Zentrum, weil wir es brauchen. Wir wollen ein selbstverwaltetes Zentrum ohne Sozialarbeiter, Psychologen und Chefs, die uns ständig reinreden und wieder fit machen wollen für die Leistungsgesellschaft. Wir wollen nicht behandelt und verwaltet werden, sondern wir können selbst bestimmen, was für uns gut und richtig ist. Wir wollen ein unkontrolliertes Zentrum ohne polizeiliche und städtische Aufseher, in dem Flugblätter ausliegen können, ohne zensiert zu werden, wo Diskussionen stattfinden können, ohne abgehört und bespitzelt zu werden. Wir brauchen ein Zentrum, wo wir uns ohne Anmeldung treffen und versammeln können, ohne daß ein Hausmeister oder andere über die Räume bestimmen können.

Aus den genannten Gründen wird klar, daß z.B. das FBZ, die Brunsviga, das BALZ, die Jugendzentren diese Möglichkeiten eben nicht bieten, weil sie reglementiert und kontrolliert werden, von denen, die immer meinen zu wissen, was für uns gut ist.

Wir brauchen **EIN NEUES ZENTRUM!**

Wir betteln nicht, wir jammern nicht, wir holen uns ein neues Zentrum, wenn sie uns keins geben.

Und außerdem: die **BÖCKLERSTRASSE BLEIBT!** Die Böcklerstraße war und ist kein Verhandlungsobjekt für ein neues Zentrum.



Ein Schreckgespenst geht um..

Wer sich die Lokalseite der BZ und die Äußerungen diverser Lokalpolitiker der letzten Monate ansieht, könnte meinen, die Revolution stehe vor der Tür oder doch zumindest ein mittelschwerer Volksaufstand. Da ist plötzlich der Rechtsstaat in Gefahr,

weil ein paar Böller nicht zu Sylvester, sondern zwei Wochen vorher explodieren, weil Flugblätter kursieren, die eben nicht die öffentliche Meinung wiedergeben,

weil Türen nicht geöffnet werden, obwohl der polizeiliche Räumtrupp zum Aufbrechen derselben schon davor steht,

weil zur Erklärung der eigenen Forderungen nicht der Dienstweg über den parlamentarischen Petitionsausschuss eingeschlagen wird und weil im kurzzeitig nach Abriß des Erwerbslosenzentrums besetzten SPD-Büro nicht nur einige Bilder mit verdienten Parteigenossen, sondern auch Flugschriften mit höchst offiziösem Inhalt den Weg auf den Müllhaufen der Geschichte machen.

Gar anarchische Zustände scheinen um das Konzerthaus in der Böcklerstraße und das ehemalige Zentrum in der Wolfenbüttlerstraße zu herrschen, daß alle anderen Aufgaben von Stadtverwaltung, der örtlichen Polizei und des städtischen Rates fast nebensächlich werden. Bürger und Bürgerinnen im Sanierungsviertel am Bahnhof werden durch verteilte Flugblätter und ein paar Leuchtkugeln am sonst so Smog-verhangenen Braunschweiger Himmel verstört und um ihre innere Sicherheit gebracht, daß BZ-Kommentatoren, CDU-Politiker und stadtbekanntere Reaktionäre sich gezwungen sehen, auf einmal für deren Anliegen kräftig eintreten zu müssen.

Ein Gespenst geht um in Braunschweig: GEWALT!

Diese geht natürlich nicht von denen aus, die sie nach rechtlicher Norm ausschließlich ausüben dürfen und die dieses nach allgemein realistischer Einschätzung auch tun, sondern von einer "sogenannten autonomen Szene", die sich gerade in den genannten Häusern aufhalten soll. Vor dem 2.11.87 noch waren es Chaoten, Punks und Randalierer, heute dagegen hat der Feind im Staat einen Namen: AUTONOME.

Und wie er bekämpft werden muß, demonstriert die Exekutive dann auch gleich. Den wohl eher in Angst vor Umsiedlung aus ihren alten Wohnungen in die schicken Wohnklos nebenan im Atrium-Center als in Angst um die Gefährdung der Rechtsordnung durch vermummte Gestalten lebenden BewohnerInnen des Bahnhofsviertels wird es live und in Farbe vorgeführt: mit einem bürgerkriegsmäßigem Aufmarsch am 5.11.87 vor und in der Böcklerstraße 232, genannt "Hausdurchsuchung". Diese technisch ausgereifte Notstandsübung galt

Chronologie der Ereignisse

8.1.: Aufruf Glogowski in der BZ zur "besonnenen und friedlichen Lösung des Problems Böcklerstraße". Mittags Abriß des Erwerbslosenzentrums. Nachmittags Besetzung des SPD-Büros durch ehemalige NutzerInnen. Glogowski sichert in einem Gespräch auf Forderungen hin ein neues Zentrum zu und erklärt, daß keine Strafanträge wegen der Besetzung gestellt werden.

12.1.: Bei einem Gespräch zwischen den NutzerInnen des ehemaligen Zentrums und Glogowski auf den Trümmern des Zentrums wiederholt dieser seine Zugeständnisse.

13.1.: Mittags, bei einem Gespräch im Rathaus wird erneut ein Zentrum zugesichert, aber nur wenn die BewohnerInnen des Konzerthauses in der Böcklerstraße ihr Haus freiwillig räumen. Der Stadtkämmerer gibt

ein Angebot über ein völlig unakzeptables Haus am Rand der Stadt. Nachmittags wird das städtische Arbeitslosenzentrum BALZ besetzt.

14.1.: Laut BZ stellen die Bullen Strafantrag gegen die BesetzerInnen des SPD-Büros.

16.1.: Demonstration für ein neues Zentrum, für den Erhalt der Böcklerstraße und die Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren.

dabei doch nur einer alten Werkzeugtasche, zu suchen nicht etwa in der Wohnung des oder der Beschuldigten, sondern eben im Konzerthaus. Solche juristischen Konstruktionen sich auszudenken, dafür gibt es in Braunschweig gleich mehrere Staatsanwälte mit den Aufgabengebiet "politisch motivierte Straftaten".

Unwichtiger ist daran, ob gerade in der Böcklerstraße der Rechtsstaat oder sonst ein hehres Gedankengut in Gefahr ist, wichtiger ist der materielle Niederschlag:

Zum einen haben nämlich die BewohnerInnen darunter körperlich zu leiden - so kann doch sein, was eigentlich in einem demokratischen Staatswesen nicht sein dürfte -, außerdem geht bei so einer Durchsuchung so manches zu Bruch, was auch nicht gerade das Vertrauen in den demokratischen Staat fördert. Aber irgendwo müssen die Vorteile des freien Westens ja liegen. Zum anderen scheint das "juristische Problem" Böckler- und Wolfenbütlerstraße eine zumindest nicht unerhebliche politische Komponente zu haben, denn sonst würde sich ja nicht Oberbürgermeister Glogowski (Übrigens SPD) samt der CDU-Ratsfraktion so fürsorglich um diese Frage kümmern.



Glogowski im SPD-Büro, Politik am Boden. Auch Einseifen will gelernt sein.

Es geht eben nicht darum, das Eigentum der AnwohnerInnen zu schützen, das ja durch eingeworfene Scheiben bei der Nord LB sowie der Welfenhof-Passage laut BZ ganz eklatant bedroht ist, sondern die Leute, die im Konzerthaus wohnen oder bisher im Zentrum sich trafen und die eben nicht so leben wollen, wie es die Herren von SPD bis CDU samt Bullen und Justizapparat es gern hätten, dahin zu kriegen, wie die letzteren es sich denken:

Glogowskis Variante (bekannt als SPD-Einseifmethode, Übervater Dohnany): die, die "friedlich und alternativ" wohnen wollen, sollen dies tun - aber nur so, daß der herrschende Grundkonsens auf Arbeit, Leistung und allgemeine Langeweile und Öde auch nicht ansatzweise gestört wird; für die Erwerbslosen gibt es städtische und gewerkschaftliche Institutionen (z.B. das balz) mit genügend Sozialarbeitern und Psychologen, die sich eingehend mit den Erwerbslosen und ihren Problemen beschäftigen, womit dann versucht wird, den letzten Ansatz von Selbstbestimmung auszutreiben; für die, die sich nicht in die beschriebenen Muster einordnen wollen, gibt es die so unpolitische, juristische Lösung: Jede Menge Straf- und Ermittlungsverfahren (z.B. §129 Bildung einer kriminellen Vereinigung, mit der versucht wird, die gesamten BewohnerInnen des Konzerthauses zu kriminalisieren).

Die Bullen, CDU und BZ-Variante: Übernahme des letzten Punktes zuzüglich der offenen Drohung mit Knast. Herangezogen wird dabei ein Tatvorwurf, der sich nach "Überzeugung" der Polizei so ereignet haben "könnte", von der BZ umgewandelt in eine vollzogene Tat und flugs benutzt als Argument für die Gewalt, die ja bekanntlich immer von alten Sanierungsvierteln, aber nie aus den schnecken Villen ausgeht.

Beispiele: aus 100 mit Wasser gefüllten Bierflaschen werden und bleiben in der BZ trotz (wegen?) besseren Wissens 100 Molotow-Cocktails (die wundersame säkulare Wandlung von Wasser in Erdölraffinate); aus zwei vermummten Gestalten vor einer Bank, bei deren Festnahme geschossen

wurde (der Schuß wurde nur dadurch nicht zu einem finalen Rettungsschuß, weil der Polizist einfach zu nervös war), werden tatsächliche Steinwerfer und ein "Warnschuß". Trotz Mißhandlung des einen Festgenommenen auf der Wache ergibt sich keine haltbare juristische Konstruktion. Aus einem Teil der BewohnerInnen des Konzerthauses, die von Partygästen aus einer in der Nähe liegenden Wohnung belästigt und in der darauffolgenden Auseinandersetzung fast mit einem faustgroßen Stein erschlagen werden, werden Täter, die mit Leuchtpistolen auf Polizeiwagen schießen. Logischerweise wird dann auch nicht die Wohnung, in der die Party stattfand, polizeilicherseits heimgesucht, sondern das Konzerthaus mit Hilfe eines Sondereinsatzkommandos umstellt und sämtliche BewohnerInnen verhaftet.

Dem demokratischen Rechtsstaat nicht ganz entsprechende Vorverurteilungen sind da nur ein geringer Vorwurf, es geht eher darum, wie aus solchen Begründungen heraus gehandelt wird.

Aus dem beschriebenen Klima heraus kommt es dann notwendigerweise zum Abriß des Erwerbslosenzentrums, zumindest ist das eine Logik, die die CDU, die BZ-Hetzer und auch die Bullen wenigstens zeitweise zufrieden stellt, die SPD beweist damit ihre Handlungsfähigkeit, ganz zu schweigen von den Skinheads und sonstigen Faschisten (z.B. Fußballfans), die das Zentrum und das Konzerthaus eh schon oft genug angegriffen haben.

Ein Haus wird abgerissen, dessen Besetzung die Stadt zweieinhalb Jahre hingenommen hat, um mit dem Abriß den "Rechtsfrieden" wiederherzustellen und, da keine Nutzung des Grundstücks vorgesehen ist, dort eine "grüne Lunge" entstehen zu lassen. Das Ganze garniert mit Worten wie "Besonnenheit", "friedlich vorgehen" usw. Denn merke: ein Hausabriß ist noch lange keine Gewalt, wenn er von der Stadt vorgenommen wird, dagegen ist es Gewalt, wenn die falschen Leute ein leeres Haus besetzen und dort auch noch falsche Politik machen. Es ist Gewalt, sich gegen die ganzen Schweinereien der Bullen, der Justiz und der Stadt zu wehren, aber diese Institutionen zu instruieren, diese Politik zu machen, wird dann genannt: "das Konzerthausproblem ohne Gewalt lösen" (O-Zitat Glogowski).

Es geht uns nicht darum, wie z.B. die Jusos an das Gute im Menschen Glogowski (a pig is a pig is a pig ...) zu glauben und sich an die letzten Reste demokratischer und bürgerlicher Freiheiten zu klammern, wie sie für uns noch existieren, sondern darum, sich keine Illusionen über das Vorgehen des demokratischen Rechtsstaates zu machen. Recht und Gesetz sind eine Sache, die aber nicht notwendig immer etwas mit der Realität zu tun haben muß, herrschende Politik die andere Sache, die etwas schmutzigere Seite der Verhältnisse hier. So wird Recht und Gesetz mal ein wenig lockerer ausgelegt, wenn grölende und bewaffnete Skinheads durch die Stadt ziehen und Leute verprügeln, andererseits werden die abenteuerlichsten juristischen Konstruktionen hervorgezaubert, um der Polizei das ihr laut BZ entrissene "Gesetz des Handelns" zurückzugeben.

Seifenlied von Ernst Busch

Bei der Reichstagwahl 1928 hatten die Berliner Sozialdemokraten eine "saubere" Idee: Sie verteilten auf ihren Kundgebungen Toilet-Seife mit dem Aufdruck "Wählt Ess-Peh-Deh".

Wir haben unsere Brüder
mit Wahlkampf-Seife bedacht
Das tun wir das nächste Mal wieder
es hat sich bezahlt gemacht

Wir schlagen Schaum
Wir seifen ein
Wir waschen uns're Hände wieder rein

Wir haben ihn gebilligt
den große heiligen Krieg
wir haben Kredite bewilligt
weil unser Gewissen schlief

Wir schlagen Schaum
Wir seifen ein
Wir waschen uns're Hände wieder rein

Dann fiel'n wir auf die Füße
und wurden Schwarz-Rot-Gold
die Revolution kam alleine
wir haben sie nicht gewollt

Wir schlagen...
Wir seifen...
Wir waschen uns're Hände wieder rein

Wir ham' die Revolte zertreten
und Ruhe ist wieder im Land
das Blut der roten Proleten
das klebt noch an unserer Hand

Wir schlagen Schaum
Wir seifen ein
Wir waschen uns're Hände wieder rein

Wir haben unsere Brüder
mit Wahlkampf-Seife bedacht
Das tun wir das nächste Mal wieder
es hat sich bezahlt gemacht

Wir schlagen Schaum
Wir seifen ein
Wir waschen uns're Hände wieder rein

Sondersendung von Radio Eulenspiegel:
Mittwoch 20.1. - 19 Uhr - 101 MHz !!!



ViSpD: August Merges, Karl-Marx-Str.18
3300 Braunschweig



Polizei bei der Suche nach dem verlorengegangenen Rechtsfrieden: sogenannte "Hausdurchsuchung" im Konzerthaus am 5.11.87

HER MIT DEM ZENTRUM!

Und wo kein Aufruhr ist, da ist es besser, daß die Stadt untergeht !

Es gehört heute schon zum guten Ton, vor oder nach vielerlei Ereignissen, bei denen sich eine eigene Betroffenheit konstruieren läßt, zum Protest oder zum Widerstand aufzurufen und gegebenenfalls auch zur Tat zu schreiten. Beispiele dafür gibt es genügend, jede Aufzählung muß deshalb unvollständig bleiben: aus dem Rahmen des Gewohnten fallende Schweinereien der Bullen oder der Justiz, das öffentliche Auftreten von Reaktionären und Faschisten, Räumungsdrohungen gegen besetzte Häuser oder die Durchsuchung von Zentren...

Natürlich ist es ein wichtiger Schritt, wenn solche Vorfälle nicht mehr dazu führen, daß sich das resignative Gefühl, ohnehin nichts machen zu können, durchsetzt. Wenn es gelingt, die Wut zumindest für eine kurze Zeit gegen diejenigen zu richten, die die bestehenden Verhältnisse verteidigen oder von ihnen profitieren. Eine verwüstete Bank, ein verletzter Bulle oder ein Verwaltungsgebäude mit genügend Zugluft sind weithin sichtbare Zeichen dafür, daß die Herrschenden mit Widerstand zu rechnen haben.

Aber diese Fixierung auf einen unmittelbaren Anlaß, der immer noch benötigt wird, um losziehen zu können, ist der Ansatzpunkt für eine Eingrenzung des Widerstands, einer Eingrenzung, in der der ganze Haß auf die Herrschenden in ein isoliertes Bruchstück verwandelt wird. Denn wenn dieser Haß nur an einzelnen Punkten hervorbricht, dann kann er als Motor einer kontrollierten Konfliktdynamik zugelassen werden, mit der das Kapital die Widersprüche seiner Herrschaft zu entschärfen hofft.

Haß allein genügt nicht mehr...

Unter den Bedingungen einer entwickelten Herrschaft des Kapitals in der Gesellschaft sind alle menschlichen Zusammenhänge den Mechanismen kapitalistischer Reproduktion unterworfen. Diese hat ihren Ausgangspunkt zwar in der Produktion, durchläuft aber als historischer Prozeß die gesamte Kette Produktion-Verteilung-Austausch-Konsum, bis sie das gesamte ökonomisch-soziale Wesen durchdrungen hat. Damit hat sich zunächst die Bedeutung der Fabrik, als Ort der produktiven Arbeit, verändert: sie ist nicht mehr das ausschließliche Feld, welches vom Kapitalverhältnis strukturiert wird und auf dem deshalb der Kampf gegen das Fortbestehen dieses Verhältnisses stattfinden muß.



Zugleich verschwinden die letzten Reste der Illusion, außerhalb der aufgezwungenen Verhältnisse der Lohnarbeit einen Ort der privaten Befreiung zu finden: gefordert ist auch hier die Unterwerfung unter den Verwertungsanspruch des Kapitals, der den einzig erlaubten Rahmen beschreibt, in dem sich menschliche Aktivität bewegen darf. Alles ist Raum, in dem das Kapital lebt. Der Antagonismus Proletariat/Bourgeoisie ist zum absoluten sozialen Widerspruch geworden: nicht mehr gegen den einen oder anderen Aspekt, nicht mehr gegen die Lohnarbeit, die nur eine begrenzte Zeit des Tages beansprucht und von selbstbestimmter Tätigkeit eingegrenzt ist, sondern gegen die Gesamtheit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.

Es liegt auf der Hand, daß die Unterordnung unter diese Lebensbedingungen nicht freudig und freiwillig akzeptiert wird. Ihre erzwungene Durchsetzung wird eine notwendige Funktion des Kapitals: jede/r ist in ein spezifisches Schema von Regeln und Verboten eingeschlossen, deren Überschreitung verhindert werden soll. Dabei kommt den Unterdrückungsinstrumenten des Staatsapparates zwar eine wichtige und offensichtliche Rolle zu; das Kapital ist aber in seinem Bestreben, Kontrolle zu produzieren, weitaus gieriger: es gibt sich mit der politisch-militärischen Macht nicht zufrieden. Es strebt vielmehr nach der Ausrottung des kollektiven Gedächtnisses der Unterdrückten, indem es Diskussionsprozesse blockiert und Resignation verbreitet. Es darf nur ein einziges Wissen und ein einziges Gedächtnis geben, das produktives und reproduktives Verhalten plant: das des Kapitals.

Die Konfrontation suchen!

Der totale Charakter des Antagonismus zwingt zu einer Neubestimmung des Kampfes gegen den Verwertungsanspruch des Kapitals, die den Gedanken der zeitweiligen Vermittlung der Widersprüche beiseite schiebt und sich auf die Vernichtung der Herrschaftsmechanismen, in denen sich der Verwertungsanspruch ausdrückt, hinorientiert. Aber auch hier bleiben die Techniken der Auseinandersetzung Instrumente der revolutionären Aktion; Instrumente unter anderen. Grundlage dieser Aktion, ihr umfassender Inhalt, ist die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, eine Veränderung, die nicht als mühsamer und fataler Moment einer Entwicklung denkbar ist, sondern als Befreiungsprozeß, der bereits in theoretischen und operativen Vorgängen die Vernichtung des Kapitalverhältnis reflektiert.

Das bedeutet nun gerade nicht, daß die Möglichkeiten der Konfrontation im subjektiven Willen der Einzelnen - in der isolierten Auflehnung gegen das Unrecht der Welt - festgemacht werden; sie stecken vielmehr in der historischen Entwicklung, in den inneren Widersprüchen des heutigen Gesellschaftsmodells. Denn die Verweigerung gegenüber dem Kontrollanspruch des Herrschaftsapparates und dem Zwang zur Lohnarbeit als Voraussetzungen für den Aufbau eigener Kommunikationsstrukturen und der Wiederaneignung kollektiver Lebenszusammenhänge sind nicht mehr mit einem romantischen Schema zu verbinden, in dem zunächst die politische Macht angestrebt wird. Dabei wird von einem langwierigen Prozeß ausgegangen, der sich anfangs ungestört vom Machtapparat als literarische Debatte entfalten soll.



Aber das Territorium, der Raum in den Städten befindet sich in der Hand des Feindes, in der Kontrolle der Macht: wenn wir uns diesen Raum aneignen wollen, wenn wir versuchen, seine Funktion für die Aufrechterhaltung des Kapitalverhältnisses auszuschalten und ihn als Raum für die Entfaltung unserer Kommunikation und als Basis revolutionärer Macht zu nutzen, dann entsteht von Anfang an eine Konfrontation, die sich nicht mehr in die Kritik einzelner Mißstände gettoisieren läßt.

In dieser Situation, mit dem Bewußtsein der Unausweichlichkeit der Konfrontation, wird das Warten auf besondere Anlässe, an denen der Charakter kapitalistischer Herrschaft belegt werden soll und die den Entschluß zum Handeln rechtfertigen könnten, zu einem Hemmschuh im Prozeß der Ausweitung der Kämpfe. Denn es ist an der Zeit, die Auseinandersetzung mit dem Machtapparat, mit seinem Anspruch auf Kontrolle auszuweiten und kontinuierlich zu führen.

Am Sonnabend, dem 5.12.87, fand die im AStA-Info Nr. 4 vom 27.11.87 angekündigte Demonstration gegen Neofaschismus und für Solidarität mit den (ehemals) besetzten Häusern in der Böckler- und Wolfenbüttlerstraße statt. Den vor dem Büro des RCDS gehaltenen Redebeitrag möchten wir hier dokumentieren.

Viele werden sich sicherlich fragen, warum beginnen wir diese Demonstration gerade vor dem Büro des RCDS? Hat der RCDS auf einmal eine solche Bedeutung erlangt, daß er auf dieser Demo mit ausgewiesenen antifaschistischem Charakter thematisiert wird? Uns geht es aber nicht darum, die Demonstration gegen dieses mickrige Büro oder die paar unwichtigen Figuren zu führen, die den RCDS-Braunschweig verkörpern. Damit würde dem RCDS eine Bedeutung beigemessen, die er wahrlich nicht hat!

Es geht uns darum, anhand des RCDS eine Politik zu entlarven, die hinter ihrer liberalen oder konservativen Maske nichts anderes als reaktionäre und faschistoide Politik betreibt. Da ist der RCDS nur ein Beispiel unter vielen.

So hat der RCDS in einem an der Uni verteilten Flugblatt offene Schwulenhetze betrieben. Den Schwulen wird dort unterstellt, verantwortlich für die Ausbreitung der Krankheit AIDS zu sein. Das Flugblatt gipfelt dann in der rhetorischen Frage, ob nicht mit einer "härteren Gangart" den Schwulen gegenüber den "Interessen der Menschheit als Ganzes mehr gedient" wäre.

Das ist faschistische Propaganda. In Zeiten der - wohlbemerkt kapitalistischen - Krise werden Bevölkerungsgruppen ausgemacht, die sich durch irgendeine ideologische Begründung von den anderen, den "normalen", "guten" oder "anständigen" Deutschen unterscheiden. Diese sollen dann schuld sein an Elend und beschissenen Lebens- und Arbeitsbedingungen. Anderswo sind es dann Flüchtlinge, Punx oder HausbesetzerInnen, die hier Ruhe und Ordnung stören. Ausländer und Ausländerinnen sollen es sein, die an der Arbeitslosigkeit schuld sind; der nächste Griff in die faschistische Ideologienkiste fördert dann auch schon das Argument der "Überfremdung des deutschen Volkes" zu Tage.

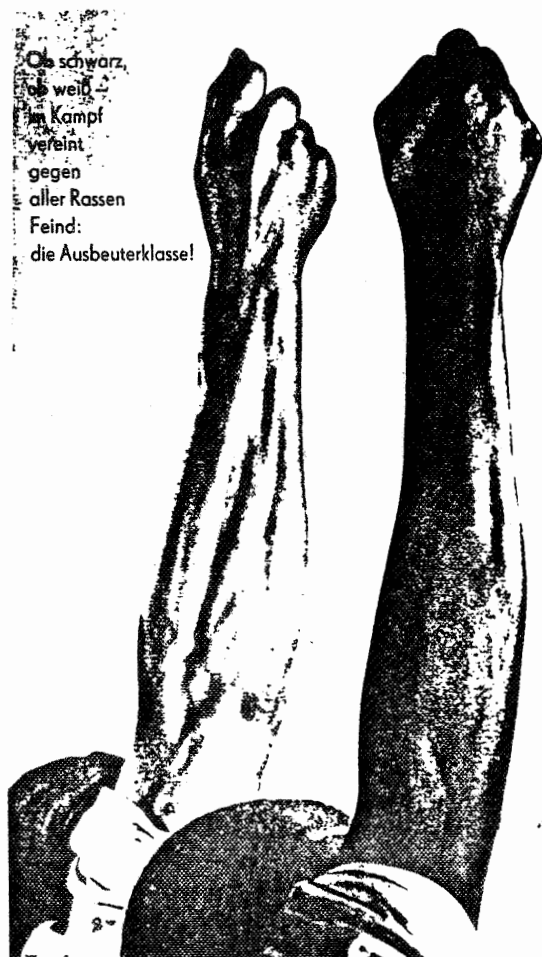
Es geht den Herrschenden, ihren Bütteln und Lakaien nicht um das Leben der Menschen, vorgeschoben wird so etwas wie "die Interessen der Menschheit als Ganzes". Dahinter verbirgt sich natürlich nichts anderes als das Klingeln des Profits in ihren Taschen und die Durchsetzung ihres allgegenwärtigen Herrschaftsanspruches!

Diese ganzen Ideologien dienen nur dazu, die Verhältnisse hier zu verschleiern, die existierenden Widersprüche in dieser Gesellschaft mit faschistoidem und reaktionärem Gedankengut zu verkleistern, damit das nicht länger möglich ist, was wir wollen:

Ausbeutung und Unterdrückung bekämpfen gemeinsam mit allen Ausgebeuteten und Unterdrückten und die Herrschaft von Menschen über Menschen endgültig abzuschaffen!

Es geht darum, wegzukommen von einer isolierten Betrachtung des Neofaschismus; sondern zu sagen, daß der Faschismus seine Wurzeln in der kapitalistischen Gesellschaft hat. Es geht uns darum, wegzukommen von einer Geschichtsschreibung, die den deutschen Nationalsozialismus als Ausrutscher der Geschichte betrachtet, als so düsteres Kapitel, daß sich niemand getraut, richtig hineinzuschauen. Mehr denn je ist heute schon aktuell, was Horkheimer vor mehr als 45 Jahren schrieb:

"Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen."



asta info

nr.: 7 vom: 9. DEZ 1987

asta technische universität braunschweig

Katharinenstrasse 1 · Telefon (05 31) 33 78 51 · Uni-Ruf 4555

Heute wird im Landtag die Verteilung der Steuergelder für das Haushaltsjahr 1988 beschlossen.

Wir richten uns gegen eine gesellschaftliche Entwicklung, die in der Kürzung und Umverteilung im Bildungs- und Sozialbereich ihren Ausdruck findet.

Begründet werden diese Maßnahmen mit der Finanzknappheit in den öffentlichen Kassen. Es sei nicht vertretbar, dort zu investieren, wo keine Gewinne zu erzielen sind. Es soll uns glaubhaft gemacht werden, daß die Ausrichtung nach Leistungskriterien und finanziellen Gewinnen jedem Lebensqualität und Wohlstand verspricht.

Diese Logik ist Propaganda, ist bewußt eingesetzte Scheinlogik, ist Verdrehung von Tatsachen.

Unter dieser Argumentation wird eine Umstrukturierung der Gesellschaft vorangetrieben, die bei zunehmender Verarmung in der Gesellschaft wachsende Profitraten garantiert.

Dabei werden die Kürzungen nicht wahllos vorgenommen, sondern dienen dazu, in allen gesellschaftlichen Bereichen das Leistungskriterium zum alleinigen Maßstab zu erheben.

Konkret bezogen auf die Hochschulen bedeutet dies, daß die Studiengänge, die finanziell nicht ertragreich sind, reduziert oder ganz gestrichen werden. In Zukunftstechnologien, wo Zukunft als Gewinnmaximierung definiert ist, finden gleichzeitig Investitionen und Ausbau statt.

Inhalte werden nur noch nach finanziellem Interesse zugelassen; der/die Student/in wird damit zum Träger dieses Gesellschaftsprinzips. Andere Ansätze werden nicht zugelassen, finden in der Gesellschaft keine Verwendung.

Während bei den Kürzungen im Bildungshaushalt von Fortschritt für die Gesellschaft die Rede ist, werden die Einsparungen im Sozialbereich nur noch mit der finanziellen Misere gerechtfertigt.

4 Millionen Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger fallen aus dieser Leistungsgesellschaft heraus, werden nicht beachtet, haben keine Zukunft.

Reduzierung der ohnehin geringen Zuwendungen führen hier zu einem erhöhten Arbeitszwang bei Minimallohnen. Grundlage hierfür ist die Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse. Somit bedeuten die Kürzungen hier eine zwangsweise durchgeführte Integration der sonst nur 'zur Last Fallenden' in die Leistungsgesellschaft auf niedrigstem Niveau.

Kaltblütige Konsequenz dieses Systems ist es dann, daß denjenigen, die völlig herausfallen, auch noch die letzten Hilfen gestrichen werden.

So soll bei den Haushaltslesungen im niedersächsischen Landtag die Winterbeihilfe für Sozialhilfeempfänger und Obdachlose gestrichen werden.

Als Student/in und zukünftige Hochschulabsolventen sind wir nicht bereit, in diesem System als Funktionsträger zu dienen und die uns zugedachte Rolle zu übernehmen.



BZ-Foto: 6. November 1987

Da es in letzter Zeit einige Mißverständnisse um das ehemals besetzte Haus in der Böcklerstraße und das besetzte Erwerbslosenzentrum in der Wolfenbüttlerstraße gegeben hat bzw. diese Mißverständnisse gezielt von einigen politischen Strömungen in die studentische Öffentlichkeit gestreut wurden, halten wir es für notwendig, die Geschichte des Hauses und die Vorkommnisse in letzter Zeit einmal genauer zu beleuchten.

Am 18.4.87 wurde das ehemalige Konzerthaus in der Böcklerstr. besetzt. Das große Wohnhaus

mit Kneipe und Konzertsaal stand teilweise seit Jahren leer und die vagen Pläne der Stadt, es langfristig zum Altenheim umzubauen, retteten es nicht vor dem endgültigen Verfall. Das Haus wurde besetzt, um darin Vorstellungen von selbstbestimmtem Zusammenleben ein Stück weiter zu entwickeln und um dem Sanierungsprojekt der Stadt dort im Bahnhofsviertel praktischen Widerstand entgegenzusetzen. Die Stimmung im Viertel war und ist durchaus positiv, dies drückt sich im Interesse der AnwohnerInnen und in ihren Gesprächen mit den jetzigen BewohnerInnen aus.

Das Konzerthaus liegt im Sanierungsgebiet zwischen dem Heinrich-Büssing-Ring und der Wolfenbüttlerstr.. Hier wurde schon Anfang der 60er Jahre durch Kahlschlagsanierung billiger Wohnraum vernichtet: ersetzt wurde er durch die breitspurige Fahrbahnen des Berliner Platzes/Kurtschuhmacherstr. und durch teure und isolierte Wohneinheiten in den Atrium-Hochhäusern für Leute höherer Einkommensschichten. Die ehemaligen Bewohner blieben bei ihrer Suche nach bezahlbarem Ersatzwohnraum auf der Straße: der Stadt ging es nicht um die Interessen der Menschen, die in diesem Gebiet wohnten, sondern darum, für die ankommenden Reisenden ein beeindruckenden Eingangsbereich zur Stadt zu schaffen. Durch die öffentlichen Diskussionen der letzten Jahre ist eine Kahlschlagsanierung in dieser Offenheit nicht mehr möglich. In der jetzigen zweiten Sanierungsphase werden also keine ganzen Straßenzüge mehr abgerissen, besonders gut erhaltene Häuser bleiben ganz oder als Fassaden erhalten, es wird versucht, die Neubauten in das Straßenbild einzufügen. Auch dieses Sanierungskonzept führt zur Vernichtung billigen Wohnraums. Deutlich wird dies im ersten sanierten Block zwischen Campestraße und Georg-Holtz-Straße. Wie sind die Neubauten

asta info



4 vom: 27. Nov. 1987

asta technische universität braunschweig
Catharinenstrasse 1 · Telefon (05 31) 33 78 51 · Uni-Ruf 4555

Das große Fressen

Der Minister für Wissenschaft und Kunst ist vom Konzil der TUBS zu einer Sondersitzung des Konzils eingeladen worden und hat für heute Fr., den 27.11.1987 ab 15.15 Uhr zugesagt.
Also:



In unserer beliebten Großkneipe Audi-Max beginnt also um 15.15 Uhr der Höhepunkt der Reihe "Wir probieren Bildungspolitiker". Angerichtet als Hauptgang ist Minister Cassens persönlich. Beilagen ein Ministerialrat.

Das Menu im Einzelnen :

- 1. Gang : Kanzler Wagner bereitet
"Problem der momentanen Sachmittel-
ausstattung der TUBS"
- 2. Gang : Prof. Weigert kocht dazu
"Probleme der Personalausstattung"
- 3. Gang : Assis wärmen das Gericht vom letzten
November
"Arbeitssituation der wissenschaftlichen
Mitarbeiter " mit der neuen Garnierung
"Versprechen der Frauenförderung in
der universitären Praxis"
- 4. Gang : Studis kreieren den deftigen Eintopf
"Was uns alles so stinkt"
- 5. Gang : Prof. Bohnet serviert den Nachtisch
"Konkorenz von außeruniversitären
Forschungseinrichtungen"

Nach jedem Gang kurzes Statement unseres allerwertesten Ministers.
Danach Krümel von der Platte klauben durch Fragen aus dem Konzil.

Trotz der öffentlichen Hetze gegen die BesetzerInnen (hauptsächlich durch die CDU und die BZ) sah sich die Stadt aufgrund taktischer Erwägungen und einer großen Solidarität mit den BesetzerInnen gezwungen, mit jenen einen Nutzungsvertrag abzuschließen. Darin werden die BewohnerInnen verpflichtet, in dem jahrelang leerstehenden Haus alle anfallenden Renovierungs- und Nebenkosten selbst zu tragen.

Parallel zu dem Haus in der Böcklerstr. existiert noch das "Zentrum" in der Wolfenbüttlerstraße 14, das bereits 85 besetzt wurde. Für dieses Haus besteht kein Vertrag, dort laufen kulturelle und politische Veranstaltungen, es dient als Diskussions- und Kommunikationszentrum.

In der letzten Zeit sind eine Reihe von Vorfällen in Zusammenhang mit dem Haus in der Böcklerstr. aufgetreten, die es wert sind, einmal genauer betrachtet zu werden. Es begann am Morgen des 5.11. mit einer Hausdurchsuchung im großen Stil. Von speziellen BGS-Materialtrupps wurden verriegelte Türen geöffnet,

das Haus von ca. 80 Einsatz- und Kripobullen gestürmt. Der offizielle Vorwand war dabei die Suche nach einer Werkzeugtasche aus einem vorgeblich geklauten Auto, was einer Person zur Last gelegt wurde, die dort nicht wohnt. Das Auftreten der Bullen für politische Straftaten und eines Staatsanwaltes für politische Verfahren während der Hausdurchsuchung beweist, daß der offizielle Grund wohl nur ein Vorwand war. Tiefergehende Gründe mögen wohl in den Schüssen von Frankfurt am 2.11. gelegen haben - somit hatte die bundesweite Repressionswelle gegen "Angehörige" der linken Szene auch hier ihren Ausdruck gefunden.

So wurden während der Hausdurchsuchung von den Bullen Fenster, Türen, Stereoanlagen und diverse andere Gegenstände zertrümmert, zwei Bewohner wurden mit Kampfgas gequält, einer mußte sich vorher ausziehen. Dann wurden noch mehrere Sachen mitgenommen, hauptsächlich Werkzeug, darunter zwei teure Schweißgeräte. Gleichzeitig wurde übrigens auch das Haus in der Wolfenbüttlerstr. durchwühlt.

Als Reaktion darauf und aufgrund der Ereignisse um die Hafestraße wurde von den BewohnerInnen am 16.11. eine Kundgebung in der Böcklerstr. durchgeführt. Nach der Kundgebung starteten ca. 40 Bullen mit Helmen und Knüppeln einen erneuten Angriff auf das Haus. Sie drangen in die Kneipe im Erdgeschoß ein, schlugen einem Festgenommenen die Nase blutig und einer Frau auf widerliche Art mit dem Knüppel zwischen die Beine. Weiter als in die mittlerweile geräumte Kneipe kamen sie allerdings



nicht, da die Türen verrammelt waren. So mußten der anwesende Braunschweiger Kripo-Chef und der Polizeipräsident ihre Untergebenen wieder zurückrufen.

Am darauffolgenden Dienstag (17.11.) und Mittwoch haben Nazi-Skins und rechte Fußballfans zweimal versucht, die Häuser in der Wolfenbüttler- und in der Böcklerstraße anzugreifen.

Am Dienstag zogen ca. 40 Skins bewaffnet mit Baseballschlägern und "Ausländer raus!" und "Sieg Heil!" gröhrend durch die gesamte Innenstadt, wurden aber am Kennedy-Platz von den Bullen aufgehalten und zurückgewiesen. Unter den wachsamen Augen der Ordnungshüter warfen sie dann noch bei einer WG in der Leopoldstraße, die schon letzten Herbst Ziel von Angriffen der Nazi-Skins war, und einem Schwulenlokal Scheiben ein.

Am nächsten Tag verstärkten sich die Skin-Heads nach einem Fußballspiel um ca. 30 Fußballfans und kamen diesmal zumindest teilweise bis in die Böcklerstr. Dort wurden sie allerdings von den BewohnerInnen und einigen FreundInnen zurückgeschlagen. Die erst später und vereinzelt auftretenden Bullen baten die Nazis dann freundlichst, doch nach Hause zu gehen. Die Nazis verzogen sich wieder in die Innenstadt, nicht ohne in der Leopoldstr. wieder eine Scheibe einzuwerfen.

④

Die Bullen lassen den Nazi-Skins bei ihren Aktionen einen recht großen Spielraum, vor allen Dingen dann, wenn sie dieselben Ziele verfolgen.

So wurde z.B. eine Gruppe von 50 Skins auf dem Weg in die Böcklerstr. zeitweise "aus den Augen verloren" * und während eines erneut versuchten Angriffs auf das Haus durch die Skins am 21.11. forderte der Einsatzleiter der Bullen über Funk seine Kollegen auf, die Skins "nicht zu hart" * anzufassen, da sie im Grunde ja auf der Seite der Polizei ständen und nur die "Morde von Frankfurt" * rächen wollten. In diesem Fall verfolgen der Staatsapparat und die Faschisten offensichtlich dieselben Ziele, nämlich den Versuch, Kollektivität und Selbstbestimmung

praktisch in besetzten Häusern zu leben und zu organisieren, schon im Ansatz hier in BS zu zerstören. Die Stadt wählt hier neben der vertraglichen Knebelung der BewohnerInnen auch blanke Repression, von Hausdurchsuchungen bis zu Überschüttung der HausbewohnerInnen mit einer Unzahl von Strafanzeigen.

* Singgemäßes Zitat nach einem Funkspruch entnommen dem Flugblatt "Häuserkampf-Demo 5.12.87"

Aus diesem Grund findet am **MITTWOCH**, dem 2.12.87 um 20 UHR in der **BÖCKLERSTRASSE 232** eine **DISKUSSIONS**veranstaltung statt mit dem Ziel, über die Situation in und um die Häuser zu informieren, mit mehr Leuten von "außerhalb" ins Gespräch zu kommen und ein solidarisches Verhalten zu entwickeln.

Für **SONNABEND**, den 5.12.87 wird in Zusammenarbeit mit Braunschweiger Organisationen eine **DEMONSTRATION** vorbereitet. Sie dient u.a. dazu, die Übergriffe der Nazis in der letzten Zeit zu thematisieren und eine Solidarität mit den BewohnerInnen des Hauses in der Böcklerstr. zu demonstrieren. Die Demo beginnt um 13 UHR auf dem **TU-MENSAPARKPLATZ** und wird an einigen bekannten Treffpunkten der Skins hauptsächlich im östlichen Stadtteil vorbei bis in die Böcklerstraße führen.



Deutsch - Nicaraguanischer Freundschaftsverein
Enrique Schmidt e.V.



Städtepartnerschaft mit Pueblo Nuevo in Nicaragua

am Freitag, dem 27. November, um 20.00 Uhr
im Atelier des Freizeit- und Bildungszentrums, Nimestr.1,

eine Veranstaltung mit

Vertreter(in) der Nicaraguanischen Botschaft
Lateinamerikanischer Musik
Dietmar, der vom Werkstattprojekt berichtet
Suse, die von Pueblo Nuevo und Nicaragua erzählt

ZU DEN HAUSDURCHSUCHUNGEN IN DER WOLFENBÜTTELER STR. 14 UND IN DER BÖCKLERSTR. 232 AM 21. JULI

Am Dienstagmorgen zwischen 10 und 12 Uhr fand in den Häusern Wolfenbütteler Str. 14 und Böcklerstr. 232 gleichzeitig eine Hausdurchsuchung statt. Als Begründung dafür mußten Einkaufswagen der Firma Real-Kauf herhalten, die in der Nähe der Häuser gesehen worden waren. Mit Hilfe der Feuerwehr drangen ca. 20 Streifen- und 10 Kripobullen in die Häuser ein und zerstörten dabei mehrere Türschlösser. Zwei Stunden lang nutzten sie die Gelegenheit das Innere der Häuser kennenzulernen. Sie fotografierten alle Räume, stellten die Personalien der meisten Anwesenden fest und nahmen - neben einer größeren Anzahl der beliebten Real-Einkaufswagen - weitere Gebrauchsgegenstände mit.

Der Staat und sein Bullenapparat hat ein starkes Interesse daran, uns zu kontrollieren, weil wir in unseren Häusern versuchen könnten, ein Leben zu verwirklichen, welches die von den Herrschenden vorgeschriebenen Strukturen nicht akzeptiert. Ein Leben, welches sich nicht auf die lebenslängliche Verwertung im Produktionsprozess reduzieren läßt, ein Leben ohne Mackerstrukturen, die die ganze Gesellschaft durchziehen, ein Leben ohne Vereinzelung und Konkurrenz. Und sie haben natürlich ein verstärktes Interesse an der Kontrolle, weil sie befürchten, daß wir uns nicht in den Grenzen des erlaubten Protests bewegen und daß wir eigene Formen des Widerstandes gegen staatliche Unterdrückung entwickeln. Daß diese sich außerhalb der Vorschriften des bürgerlichen Rechtssystems bewegen ist klar, denn dieses garantiert innerhalb derer einige im Überfluß leben und kaum etwas dafür zu tun brauchen, während die Masse der Menschen ihr Leben lang schuftet geht und trotzdem immer arm bleibt.

Zwar hatten sich die Bullen einen richterlichen Durchsuchungsbefehl besorgt, um ihrem Vorgehen den Schein der Rechtmäßigkeit zu verleihen, ihre Vorgehensweise bei der Durchsuchung zeigte aber recht schnell, daß die Suche nach Einkaufswagen nur ein Vorwand war. Der Aufmarsch der Bullen sollte uns und den Anwohnern deutlich machen, daß sie uns keine Möglichkeit geben wollen, uns ihrer Kontrolle zu entziehen.

Die Aktion war nur ein Höhepunkt vielfältiger Versuche der Bullen nach der Besetzung die Kontrolle über uns und andere Bewohner des Viertels zu erhalten. So tauchen fast jeden Abend Streifenwagen wegen Ruhestörung auf und belästigen - im Namen von "Ruhe und Ordnung" - die Leute, die sich vor dem Konzerthaus oder einem nahegelegenen Kiosk aufhalten. Daneben tauchen öfters Kripobullen auf, die sich mit wichtigen Aufträgen ausgestattet haben: mal ist es Spurensicherung an einer halb zerfallenen Spannplatte, die ein Lager mit Sperrmöbeln im Konzertsaal absichert, mal nur zur "Erkundung" des Gartens oder zum Fotografieren einzelner Bewohner. Diese Provokationen gehen auch nach der Hausdurchsuchung weiter: ohne erkennbaren Anlaß stellten sich zwei Tage nach der Hausdurchsuchung in der Nacht mehrere Bullenwagen vor das Konzerthaus und schleppten einen Bewohner zur Wache.

Uns ist klar, daß Staat und Bullerei auf unseren Widerstand mit verschärfter Unterdrückung reagieren werden und daß auch weiterhin mit Provokationen gegen die Häuser zu rechnen ist. Die Durchsuchung vom 21.7. ist für uns ein Anlaß die Diskussion, die mit der Hausbesetzung begonnen hatte und im Lauf der Renovierung eingeschlafen war, erneut aufzunehmen, damit die Bullen bei weiteren Provokationen mit den entsprechenden Antworten rechnen können. Um die Diskussion wieder möglich zu machen, sind wir z.Zt. dabei die ehemaligen Kneipenräume zu renovieren.

EIN NUTZUNGSVERTRAG FÜR DAS KONZERTHAUS

Am Ostersonntag haben wir das Konzerthaus Böcklerstraße 232 besetzt, um die ehemalige Kneipe als einen selbstverwalteten Treffpunkt und als Kulturcafé zu betreiben und den vorhandenen Wohnraum in dem Gebäude zu nutzen. Das tägliche, öffentliche Plenum in der Kneipe war gut besucht und viele zusätzliche Unterstützer, darunter auch Bewohner des Viertels, beteiligten sich an den Diskussionen. Gleich nach der Besetzung haben wir angefangen, das Haus wieder bewohnbar zu machen.

Das Konzerthaus liegt im Sanierungsgebiet zwischen der Viewegstraße und der Wolfenbütteler Straße, in dem durch die bisherigen Sanierungsmaßnahmen billiger Wohnraum vernichtet wurde. Die Stadt, die die Sanierung leitet, ist an der Ruhe in diesem Viertel interessiert, weil die Sanierungsmaßnahmen zur Vertreibung der bisherigen Bewohner des Viertels führen, die die teureren Wohnungen nicht mehr bezahlen können.

Die Reaktion des Staatsapparats

Nach der Besetzung ließ die Stadtverwaltung über die BZ Räumungsdrohungen verbreiten, die durch einen Beschluß des Verwaltungsausschusses vom 23.4. konkretisiert wurden. In diesem Beschluß wurde die Räumung sowohl des Konzerthauses als auch des Erwerbslosenzentrum angedroht.

Wir ließen uns durch die Drohungen nicht einschüchtern, sondern bauten das Haus weiter aus und führten weiter die Diskussion, wie wir gegen die Stadt unsere Interessen durchsetzen können. Zugleich konnten wir verhindern, daß die Hetze der BZ zu einer Isolierung von den Bewohnern des Viertels führt: nicht wütende Telefonanrufe, die die BZ inszenieren läßt, sind die vorwiegende Reaktion auf unsere Besetzung, sondern Kritik an der Politik der Stadt und praktische Unterstützung durch Spenden.

In dieser Situation erschien es dem Verwaltungsapparat fraglich, ob eine Zwangsäumung gegen unseren entschlossenen Widerstand, der nicht auf den Zeitpunkt der Räumung hätte begrenzt werden können, das geeignete Mittel zur Herstellung der Ruhe ist. Trotz des Räumungsbeschlusses, der von einem breiten Spektrum der bürgerlichen Politiker getragen war, begann die Stadt auf einen befristeten Nutzungsvertrag für das Konzerthaus hinzuwirken.

Der Nutzungsvertrag

Weil die Herrschenden seit den Besetzungen von 1980/81 es zur offiziellen Linie ihrer Politik erklärt haben, daß Hausbesetzungen nicht geduldet werden dürfen, sollten Verhandlungen über einen Nutzungsvertrag erst nach einer freiwilligen Räumung des Konzerthauses beginnen. Darauf haben wir uns nicht eingelassen, weil dieses bedeutet hätte, den Prozeß, den die Besetzung für uns eingeleitet hat und durch den wir gegenüber dem Staatsapparat handlungsfähiger geworden sind, abzubrechen. Aus der Position als Besetzer/innen heraus haben wir uns mit der Stadtverwaltung auf das folgende Vorgehen geeinigt:

- der befristete Nutzungsvertrag liegt vor, bevor wir das Gebäude verlassen
- beim Verlassen des Gebäudes am Dienstag nachmittag ist klar, daß der Nutzungsvertrag am Mittwoch vormittag unterschrieben wird
- den Schlüssel für das Gebäude erhält der Leiter des Liegenschaftsamts.

Wir haben diesen symbolischen Verlassen des Konzerthauses zugestimmt, weil es durch den Verlauf der Besetzung offensichtlich war, daß der Nutzungsvertrag nur durch den Druck der Besetzung zustande gekommen war, was auch die leere Symbolik, auf die die Stadtverwaltung Wert legte, nicht verschleiern konnte: natürlich haben wir als Besetzer/Innen den Nutzungsvertrag erhalten.

Nachdem der Verwaltungsausschuß am Dienstag nachmittag dem Nutzungsvertrag zugestimmt hatte, unternahm der CDU-Metzer Sehart, ein ehemaliger Bulle und zur Zeit Fraktionsvorsitzender im Stadtrat und Landtagsabgeordneter, den Versuch, das Konzerthaus zu betreten. Dies ist ihm nicht gelungen, weil er nicht in der Lage war, eine Tür zu öffnen, obwohl er den Schlüssel mit sich führte. Allerdings mußte er seinen Versuch auch schon nach kurzer Zeit beenden, als er von immer mehr Menschen umringt wurde. Nach diesem mißlungenen Versuch der Besichtigung versuchte er mit Anträgen und Geschäftsordnungstricks das Unterschreiben des Nutzungsvertrags zu verhindern. Er erreichte, daß die Verwaltung sich über ihre Zusage hinwegsetzte und der Vertrag erst nach einer erneuten Sitzung des Verwaltungsausschusses am Donnerstag nachmittag unterschrieben wurde, ohne daß Sehart das Konzerthaus betreten konnte.

Verhindert werden soll aber, daß wir die Möglichkeiten, die das Konzerthaus bietet, nutzen, um gemeinsam Widerstand gegen die Sanierungspolitik der Stadt - und allgemein gegen die Politik der Herrschenden - zu entwickeln. Deshalb will die Stadt, daß im Konzerthaus keine Veranstaltungen stattfinden, zu denen öffentlich aufgerufen wird und an denen sich auch die Menschen aus dem Viertel beteiligen könnten. Den Wünschen der Stadtverwaltung würde es entsprechen, wenn wir uns damit begnügen würden, in einer Gruppe isoliert zu wohnen: daß das so nicht durchzusetzen ist, ist den Verantwortlichen klar. Anstatt in irgendwelchen Kneipen oder auf irgendwelchen Plätzen abzuhängen, bietet das Konzerthaus wie bisher die Möglichkeit, zusammenzukommen. Die Auflage der Stadt, keine Transparente an die Fassade zu hängen, zielt in die gleiche Richtung: das Konzerthaus soll auf gewöhnlichen Wohnraum reduziert werden, die Kritik an der Sanierungspolitik der Stadt, die in der Besetzung auch zum Ausdruck kam, soll möglich totgeschwiegen werden.

Kein Stillstand!

Der Nutzungsvertrag, den wir mit der Stadt abgeschlossen haben, enthält folgende Punkte:

- die Nutzung ist zunächst für ein Jahr befristet
- die Stadt bezahlt keine Gelder für die Instandsetzung der Wohnungen, erhält aber auch keine Mietzahlungen
- die Nutzung ist auf Wohnnutzung beschränkt
- es sollen keine Transparente oder Werbetafeln an der Fassade angebracht werden.

In den Bedingungen des Nutzungsvertrages wird sichtbar, daß dieser keineswegs bedeutet, daß der sozialintegrative Flügel in der Stadtverwaltung für unsere Forderungen irgendein "Verständnis" aufbringt. Mit dem Nutzungsvertrag wird statt dessen versucht, unsere ursprünglichen Forderungen so zu drehen, daß sie für den Staatsapparat noch tragbar bleiben. Es ist verständlich, daß auf dieser Linie ausschließlich die Wohnnutzung erlaubt wird, schließlich gehört es zum guten Ton sich auch der Wohnprobleme der Bürger anzunehmen.

Wir haben diesen Nutzungsvertrag unterschrieben, weil wir wissen, daß die konkreten Verhältnisse im Konzerthaus keine Frage der Auflagen der Stadt sind, sondern davon abhängen, wie wir die Situation dort aufbauen. Wenn die herrschenden Verhältnisse kein passives Hinhalten mehr erlauben und das Bedürfnis nach gemeinsamer Diskussion und gemeinsamen Widerstand größer wird, dann beinhaltet dies auch, daß wir in die Lage kommen, unsere Vorstellungen von der Nutzung des Konzerthauses weiter durchzusetzen. Wichtig ist vor allem, daß auch weiterhin viele Menschen ihre Solidarität ausdrücken und in der Bücklerstraße und tagsüber oder insbesondere abends vorbeikommen.

Für die Renovierung brauchen wir Material. Falls welches habt, meldet euch im Konzerthaus.

Bullen und Burschen einen Strich durch die Rechnung machen!

Am Dienstagabend sollte an der Uni eine von der Burschenschaft Thuringia organisierte Veranstaltung zur Atomüllendlagerung in der Schachanlage Asse II stattfinden. Zu dieser Veranstaltung hatten die Burschenschafter einen AKW-Lobbisten der GSF eingeladen.

Wir verstehen die Veranstaltung der Burschen, die zum reaktionärsten Teil der Studentenschaft gehören, nicht nur als besondere Provokation, weil hiermit einem Vertreter der Atomlobby ein Forum für seine Lügen unter dem Deckmantel "wissenschaftlicher Objektivität" geschaffen werden sollte. Sie ist dies vielmehr auch, weil diese von Burschen geplant war, deren Aufgabe es ist, an der Massenuniversität die Fahne der Elite hochzuhalten - einer Elite, die vom Kapital gebraucht wird zur Perfektionierung von Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Aus diesen Gründen haben ca. 30 Menschen die Veranstaltung dieses Haufens besucht. Wir nehmen uns als ArbeiterInnen, Erwerbslose, Auszubildende und StudentInnen das Recht heraus, auch an der Hochschule der Arbeiterklasse feindlich gegenüber-tretender Politik und Gruppen, die diese vertreten, etwas entgegenzusetzen. Wir wollen mit vergangenen und zukünftigen Aktionen klarmachen, daß die Hochschule für uns eine Kadenschmiede des Kapitalismus ist, und wir dort, wo wir die Möglichkeit haben, versuchen werden, den Elfenbeinturm der Wissenschaft einzureißen.

Nachdem wir nun den Raum betreten und einige Unmutsäußerungen gemacht hatten, flippten die zukünftigen Bosse aus, verließen eilends den Raum, um die Bullen zu benachrichtigen. Die schienen auch nur auf einen Anruf gewartet zu haben, innerhalb kürzester Zeit sperrten sie das Unigebiet ab, mit Wagen wurden Straßen gesperrt, Kneipen wurden besucht usw. Dabei wurden neun Menschen von der Straße weg festgenommen. Bei den Festnahmen wurden die Leute ohne weitere Erklärung durchsucht, dabei teilweise gegen die Einsatzfahrzeuge geschleudert. Dann wurden sie mit Handschellen auf dem Rücken gefesselt und auf die Wache gefahren. Als nach einer Gegenüberstellung auf der Wache die Burschen auch nur sagen konnten, daß vermutlich einzelne Leute dabei waren, wollten die Revierbullen schon alle wieder laufen lassen.



Jetzt gab's jedoch Weisung von oben; alle einbuchten und ab in die Münzstraße, wegen "Verdacht auf Landfriedensbruch". Die KFI 7 (Politische Kripo) nahm die Sache jetzt in die Hand, die Cops begannen auszuflippen. Die Festgenommenen sollten eingeschüchtern werden, ihnen wurde gedroht, sie würden am nächsten Tag dem Haftrichter vorgeführt werden, und ausgerechnet den Jüngsten, gerade 15 Jahre alt, steckten sie mit auf dem Rücken gefesselten Händen in eine Einzelzelle. Die anderen Einzelzellen waren teilweise nicht einmal mit Matratzen oder Decken ausgestattet, das Licht brannte die ganze Nacht.

Es ging noch weiter: Ein bekannter Genosse, jahrelang an der Uni aktiv und den Burschen schon lange ein Dorn im Auge, wurde um halb zwei Uhr morgens von fünf ZSK-Bullen (=Ziviles Streifenkommando) zuhause verhaftet. Angeblich hätten ihn Zeugen (wohl die Burschen) beim Landfriedensbruch erkannt.

Im näheren Umkreis der Uni wurden in der Nacht Wohnungen bekannter GenossInnen observiert.

Am nächsten Morgen wurden alle Festgenommenen ED-behandelt (also Fotos und Fingerabdrücke) und verhört. Dabei machten einige den Fehler, nicht von vornherein jegliche Aussage zu verwei-

gern. Eingeschüchtern dadurch, daß eine solche Lapalie wie das angebliche Stören einer Veranstaltung zum Landfriedensbruch hochgeputscht wurde, und durch die Drohung mit dem Haftrichter, glaubten sie, die Bullen würden "entlastenden" Fakten Glauben schenken. Die waren daran aber überhaupt nicht interessiert, sie wußten ja genau, daß der angebliche Landfriedensbruch nur ein Vorwand war, um die Festgenommenen über Nacht dabeizubehalten, ED-behandeln und ausquetschen zu können. Sie wollten nämlich wissen, wer sich denn so im besetzten Erwerbslosenzentrum in der Wolfenbüttlerstr. 14 herumtreibe, und es interessierte sie ganz besonders zu erfahren, wer denn wohl am Samstag bei einer Bank in der Nähe der Mensa für 30-40000.- DM Scheiben eingeworfen habe.

Dies erst erklärt den Aufwand, den die Bullen wegen einer so harmlosen Sache treiben. Denn es ist leider auf dieser Veranstaltung so wenig passiert, daß nicht einmal die Burschen Anlaß für ein Hetzflugblatt hatten. Sie hatten unserer Einschätzung nach bewußt diese Veranstaltung in die Woche gelegt, in der die Wahl zum Studentenparlament und damit zum Asta an der Uni stattfand, um anschließend wahlwirksam über "Gewalt an der Uni" jammern zu können.

Unseres Wissens ist dieses der dritte Versuch in Braunschweig seitens der Bullen, allein den Paragraphen des Landfriedensbruches zu benutzen, um Leute in Untersuchungshaft zu bringen. Wir verstehen diese Praktik als einen stillschweigenden Vorgriff auf die geplante Verschärfung der Demonstations(verhinderungs)gesetze.

Die Versuche der Bullen, uns einzuschüchtern, wie z.B. ihr Vorgehen in der Nacht zum Mittwoch, werden nicht dazu führen, daß wir unseren Widerstand ihrer Strategie anzupassen. Wir werden vielmehr versuchen, in auch breiter geführten Diskussionen und anhand unserer praktischen Erfahrungen Ebenen zu bekommen, von denen aus wir uns unsere eigene selbstbestimmte Handlungsfähigkeit erkämpfen.





Samstag, 24.01.'87: 68er-Abschlussfete in der Mensa
 - Bewiesenermaßen mehrere Zivilpolizisten in der Mensa
 - Gebäudeüberwachung und Personalienfeststellung von Leuten, die die Veranstaltung verlassen. In einigen Fällen wird den Leuten bis nach Hause hinterhergefahren, und dort die Personalien festgestellt.

Montag, 26.01.1987: Morgens 8-8.30 Uhr Geländeobservation durch Zivis vor der Mensa und Kontrolle der abgestellten Fahrzeuge auf dem Mensaparkplatz.

Montag, 26.01.1987: Mittags - Überwachung des Publikums in der Mensa.

Montag, 26.01.1987: Abends: Diskussion zum NHG/HRG in der Teppichmensa - wieder Bespitzelung durch Zivilpolizei

Dienstag, 27.01.1987: Mittags: Spitzel in der Mensa.

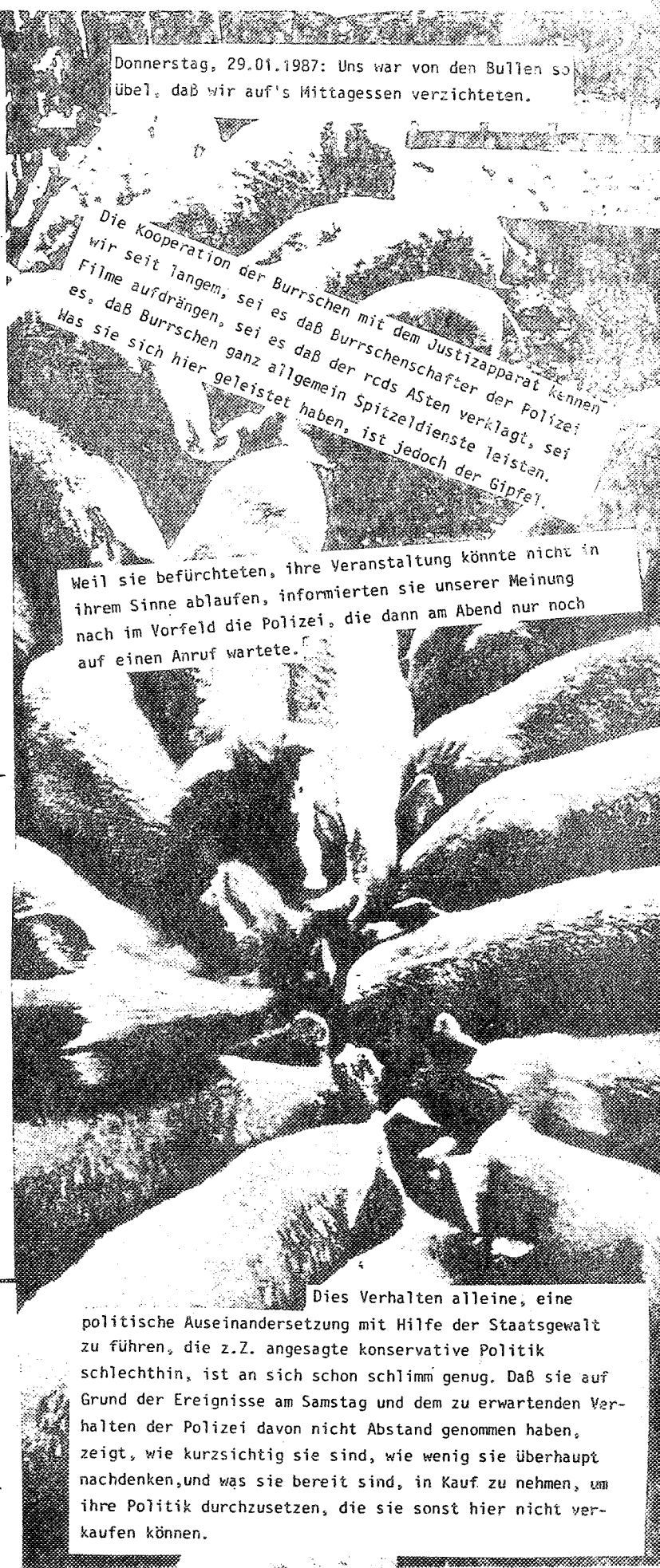
Dienstag, 27.01.1987: Nachmittags: Oberall auf dem Uni-Gelände Zivis und Streifenwagen verkehren im 2-Minuten-Takt.

Dienstag, 27.01.1987: Abends: Propagandaveranstaltung der Burschen für die Atom-Mafia. Ab ca. 20°Uhr ist kein Polizist mehr im Uni-Gelände zu sehen. Um ca. 21°Uhr besuchen einige verspätete Gäste die Veranstaltung - was einen Burschen veranlaßt, zum Telefon zu stürzen. Zwei Minuten später ist das gesamte Uni-Gelände von Streifenwagen hermetisch abgeriegelt. Vom Büldenweg aus fahren Wagen in die Konstantin-Uhde-Straße, Spielmannstraße, Gaußstraße. Auf der Okerbrücke waren pigs abgeparkt. Vom Ring aus durch die Pockelsstraße fahren Wagen in die Konstantin-Uhde-Straße und die Katharinenstraße. Von der Mühlenpfordt-Straße aus wurde die Schleinitzstraße und die Katharinenstraße (Mensa-Parkplatz) dichtgemacht. Im Rahmen dieses Totalabriegelungskonzeptes fiel ihnen eine Person, die gerade das Uni-Gebäude verlassen wollte, in die Hände. Danach war "Jagd frei" auf schwarz gekleidete Menschen, was zur Folge hatte, daß acht Personen, die an diesem Abend zufälligerweise schwarze Kleidung trugen, in der Nähe der Uni eingesammelt wurden und die Nacht im Knast verbringen mußten. Um halb zwei Uhr nachts rissen fünf ZSK'ler (Ziviles Streifen-Kommando) einen Studenten aus dem Schlaf und steckten ihn mit dem fadenscheinigen Tatvorwurf des "Landfriedensbruchs" ebenfalls in den Knast.

Mittwoch, 28.01.1987: Mittags: Zwei Zivis überprüfen die Auslagen in der Mensa - und schnüffeln am ASTA-Büchertisch 'rum.

Mittwoch, 28.01.1987: Nachmittags: Alle Leute sind wieder aus dem Knast raus.

Mittwoch, 28.01.1987: Nachts: Einige Menschen in schwarzer Kleidung werden in einem Wohngebiet(!) von einem Streifenwagen gesichtet, der dann zusammen mit einem Zivilfahrzeug versucht, diese Personen zu stellen....



Donnerstag, 29.01.1987: Uns war von den Bullen so übel, daß wir auf's Mittagessen verzichteten.

Die Kooperation der Burschen mit dem Justizapparat kennen wir seit langem, sei es daß Burschenschafter der Polizei Filme aufdrängen, sei es daß der rcds Asten verklagt, sei es, daß Burschen ganz allgemein Spitzeldienste leisten. Was sie sich hier geleistet haben, ist jedoch der Gipfel.

Weil sie befürchteten, ihre Veranstaltung könnte nicht in ihrem Sinne ablaufen, informierten sie unserer Meinung nach im Vorfeld die Polizei, die dann am Abend nur noch auf einen Anruf wartete.

Dies Verhalten alleine, eine politische Auseinandersetzung mit Hilfe der Staatsgewalt zu führen, die z.Z. angesagte konservative Politik schlechthin, ist an sich schon schlimm genug. Daß sie auf Grund der Ereignisse am Samstag und dem zu erwartenden Verhalten der Polizei davon nicht Abstand genommen haben, zeigt, wie kurzsichtig sie sind, wie wenig sie überhaupt nachdenken, und was sie bereit sind, in Kauf zu nehmen, um ihre Politik durchzusetzen, die sie sonst hier nicht verkaufen können.

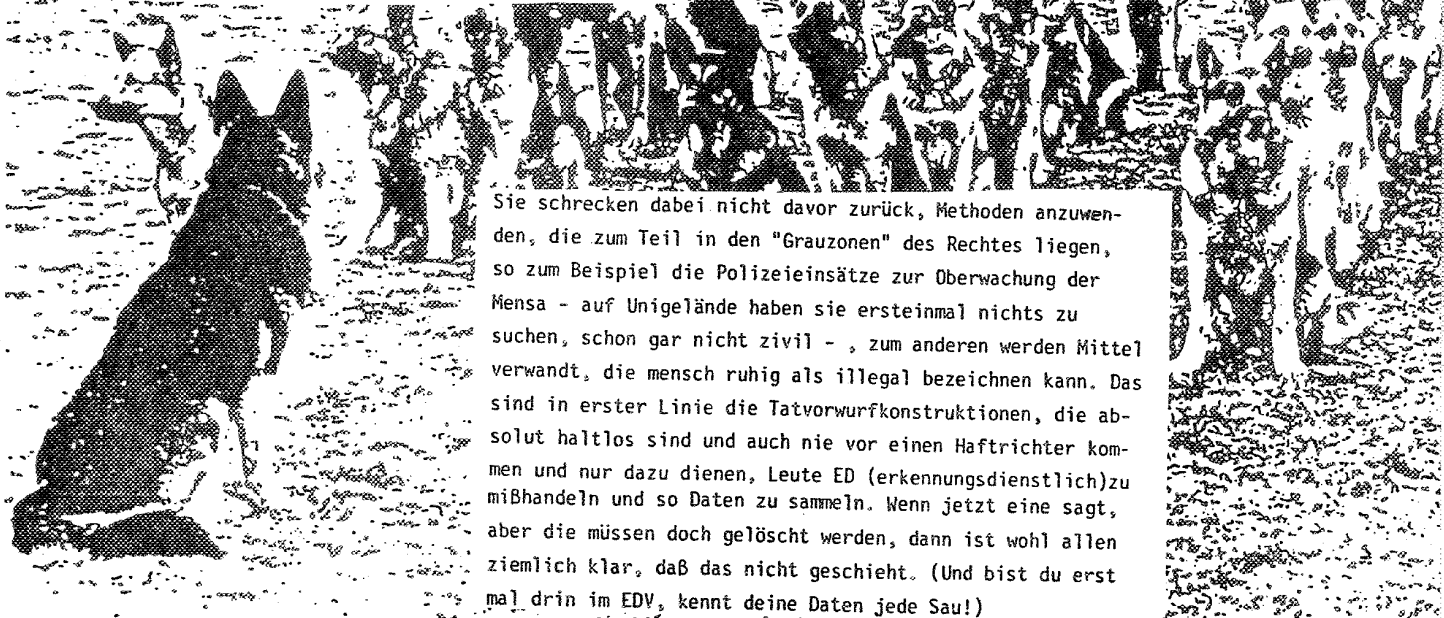
Auf der anderen Seite steht die Polizei hier in BS unter enormen Erfolgsdruck in Sachen Nord-LB, allen voran der Chef des Zivilen Streifenkommandos und Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei in BS, Bünte und sie nutzen natürlich jede Gelegenheit, irgendwelcher Leute, von denen sie sich Informationen erhoffen, habhaft zu werden, frei nach dem Motto "wer Veranstaltungen stört, wirft auch Scheiben ein". Die Methoden, die sie sich dabei bedienen, geben zu denken und erinnert manchen schon fast an Gestapomethoden.



Da werden Leute in der Stadt abgegriffen mit der Behauptung, sie wären dabei gewesen, das wäre Landfriedensbruch und fahren deshalb über Nacht ein, Leute werden mitten in der Nacht aus dem Bett heraus verhaftet, und alle, die eine schwarze Jacke an haben, müssen damit rechnen, daß sie überprüft werden und ersteinmal mitgenommen werden.

DER UNTERSCHIED IST MENSCHLICHKEIT

Die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel braucht hier wohl nicht mehr gestellt werden. Bünte und das KIF 7 (Kriminalfachinspektion 7, politische Polizei), von denen der Tatvorwurf des Landfriedensbruch konstruiert wurde, versuchen sich hier die fehlende Öffentlichkeit zu Nutzen zu machen und über sehr massive Einschüchterungsversuche Ermittlungserfolge zu erlangen.



Sie schrecken dabei nicht davor zurück, Methoden anzuwenden, die zum Teil in den "Grauzonen" des Rechtes liegen, so zum Beispiel die Polizeieinsätze zur Überwachung der Mensa - auf Unigelände haben sie ersteinmal nichts zu suchen, schon gar nicht zivil - , zum anderen werden Mittel verwandt, die mensch ruhig als illegal bezeichnen kann. Das sind in erster Linie die Tatvorwurfkonstruktionen, die absolut haltlos sind und auch nie vor einen Haftrichter kommen und nur dazu dienen, Leute ED (erkennungsdienstlich) zu mißhandeln und so Daten zu sammeln. Wenn jetzt eine sagt, aber die müssen doch gelöscht werden, dann ist wohl allen ziemlich klar, daß das nicht geschieht. (Und bist du erst mal drin im EDV, kennt deine Daten jede Sau!)

ZUR SITUATION NACH DER HAFTENTLASSUNG VON ROLF UND WOLFGANG



Vom 9.5.83 bis zum 3.2.84 saßen unsere Genossen Rolf und Wolfgang in U-Haft. Nach einem Unfall im Keller ihres Wohnhauses, bei dem beide Verbrennungen 2.-3. Grades erlitten hatten, wurden die zwei noch während der ersten ärztlichen Behandlung festgenommen. Nachdem dann am nächsten Tag der Haftbefehl ausgestellt worden war, kamen beide sofort ins Knastkrankenhaus, obwohl dort eine fachgerechte Behandlung der Verletzungen nicht gegeben war.

Im weiteren Verlauf ihrer Internierung wurden Wolfgang und Rolf noch desöfteren hin und herverlegt, so war Rolf z.B. einige Zeit in Berlin im Knast, weil er noch einen Termin von einer Hausbesetzer-Demo offen hatte; das Verfahren wurde vorläufig eingestellt.

Seit dem 10.1.84 existiert nun die Anklageschrift, in der den beiden die "Verabredung zu - und die fahrlässige Herbeiführung eines Explosionsverbrechens" vorgeworfen wird (§§ 30, Abs.2, § 1, Abs.1 und 4 StGB).

Die Staatsanwaltschaft konstruiert dabei einen Zusammenhang zwischen dem Unfall und einem öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr, das am 11.5.83 in Braunschweig stattfand und gegen das verschiedene Gruppen und Initiativen protestiert hatten. Über diesen Zusammenhang versucht die Justiz, den autonomen Widerstand, wie er sich hier in der Region in den letzten Jahren entwickelt hat, zu diffamieren und als blindwütigen, menschenverachtenden Aktionismus erscheinen zu lassen. Die Haftgründe "Flucht - und Verdunkelungsgefahr", die die relativ lange U-Haft von Rolf und Wolfgang legitimieren mußten, wurden durch mehrere Instanzen und Gerichtsbeschlüsse abgesegnet. Offensichtlich waren die Begründungen dieser Beschlüsse aber nur vorgeschoben und der tatsächliche Zweck der Einknastung bestand im Versuch, die beiden aus den politischen Zusammenhängen rauszureißen und im Knast zu isolieren. Knast sollte der Endpunkt jeder gemeinsamen Entwicklung sein, an dem nur noch Ohnmacht und individuelle Verzweiflung übrig bleiben sollten.

Dieses Kalkül wird auch daran deutlich, daß die "Ermittlungen" der Bullen und Staatsanwaltschaft faktisch nach drei Wochen fast vollständig abgeschlossen waren und sich ab da nur noch auf das Kopieren und die Beschlagnahme von insgesamt 125 Briefen von und an Wolfgang und Rolf im Knast beschränkten.

Bei den Knastbedingungen verzichtet der kapitalistische Staat darauf, den Zwang zur Unterwerfung unter sein Gewaltmonopol und unter die Verwertungslogik des Produktionsprozesses zu verschleiern; alle Ansätze einer Entwicklung, die dagegen das Bedürfnis nach der Veränderung der Welt setzen und diese auch offensiv ausdrücken, stehen von Anfang an im Widerspruch zu den Verhaltensprogrammen, über welche das Machtsystem die Knastbedingungen realisiert.

Bei Rolf und Wolfgang setzte das Knastkommando zunächst die Trennung voneinander durch. Die damit verfolgte Absicht ist deutlich erkennbar, eine gemeinsame Diskussion und direkte Kommunikation sollte weitestgehend verhindert werden. Daran wird auch klar, welche Bedeutung die auf die Vereinzelung der Gefangenen abzielende Strategie für die Sicherung der Funktion der Knäste einnimmt und an welchen Punkten wir ansetzen müssen, um unsere Entschlossenheit im Widerstand dagegen zum Ausdruck zu bringen.

Ein weiterer Versuch der *Schweine*, die geforderte Anpassung an die Bedingungen des Knastes zu erzwingen, war die Zwangsarbeit, die Wolfgang leisten sollte. Darüber wollte der Apparat den Tagesablauf noch stärker seinem unmittelbarem Zugriff unterwerfen.

Daneben gab es immer weitere Anordnungen der Knastleitung bzw. der Justiz, bspw. eine Verlegung, weil angeblich andere Gefangene "negativ" beeinflusst wurden; das Verbot, an Gemeinschaftsveranstaltungen teilzunehmen; verschiedene "Disziplinarstrafen" wegen der Arbeitsverweigerung; Bezugsverbote für Bücher und Zeitschriften; angehaltene Briefe...

Die Strategie, die hinter diesen einzelnen Maßnahmen stand und deren Ziel die Durchsetzung der abschreckenden Wirkung des Knastes ist, kann von uns nur durchkreuzt werden, wenn die verschiedenen Ansätze des Widerstands im Knast sich auf das Zusammenkommen in selbstbestimmten Strukturen orientieren, wobei die Grundlage dafür das antagonistische Verhältnis zur kapitalistischen Ordnung in den Metropolen sein muß. Der Kampf gegen den Einsatz der Gefängnisse kann nicht auf juristische Vorwände ausgerichtet sein, die der BRD-Staat heute noch vorschiebt, um die Repression zu legitimieren. Eine solche Haltung könnte weder die Mechanismen der Unterdrückung begreifen noch mit der Perspektive des Machtsystems brechen und dagegen den Kampf für den Kommunismus entwickeln.

In der aktuellen Situation ist es wichtig, daß sich der Widerstand gegen das Knastkommando die Frage stellt, wie die andauernde Kontrolle jeder Lebensäußerung durch das ausgefeilte Überwachungssystem aufgebrochen werden kann; was für diesen Widerstand die Verweigerung der Zwangsarbeit, die Verhinderung der Kontrolle und der Kampf für die Zusammenlegung in selbstbestimmten Gruppen bedeutet. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung wird die Spaltung und Vereinzelung der Gefangenen - die die notwendigen Voraussetzungen aus der Sicht der Herrschenden für das Funktionieren des Behandlungsvollzugs wie auch der Vernichtungsprogramme gegen die nicht integrierbaren Gefangenen ist - aufgehoben, entwickeln sich Kommunikation und Handlungszusammenhänge.

Der Staat versucht auch gerade deshalb seit einiger Zeit verstärkt, diese Diskussionen drinnen und draußen zu verhindern und zu kriminalisieren. Das bisher weitestgehende Mittel dabei ist die von der BAW aufgebaute Konstruktion des "illegalen Info-Systems".

Durch diese Einschüchterungsversuche sollen die Bedingungen geschaffen werden, um die Gefangenen, die jede Zusammenarbeit

mit dem kapitalistischen Staat ablehnen, von jeder Diskussion abzuschneiden und zu isolieren, um darüber das Projekt der Vernichtung ungestört durchziehen zu können. Diese Absicht kann von uns nur darüber gekippt werden, daß wir uns durch die Kriminalisierungsdrohungen nicht abschrecken lassen, sondern den Kampf auf der Ebene des Knastes als Teil unserer eigenen Entwicklung begreifen.

Ein erster Schritt in diese Richtung war unsere Auseinandersetzung mit dem Hungerstreik von Rolf und Wolfgang für ihre Zusammenlegung und gegen die Zwangsarbeit. Die Beiden haben diese Initiative bewußt in den Zusammenhang des Widerstands gegen die Differenzierung und Vereinzelung in den Knästen und des Kampfs für die Schaffung kollektiver Strukturen gestellt und sich nicht auf individuelle Lösungen fixiert.

Die Reaktion von Seiten der Knasttechnokraten war von dem Bemühen gekennzeichnet, diesen praktischen Ausdruck des Bedürfnisses nach Kollektivität so schnell wie möglich abzuwürgen, anfangs durch "gutes Zureden", später, als ihnen klar wurde, daß damit nichts zu erreichen war, durch die Verlegung der Beiden in verschiedene Knastkrankenhäuser.

Am 3.2.84, dem 28. Tag des Hungerstreiks von Rolf und Wolfgang, wurde der Haftbefehl gegen die beiden völlig überraschend aufgehoben und die zwei wurden aus der U-Haft entlassen. Unklar war zu diesem Zeitpunkt die Begründung für die Haftentlassung, klar war nur, daß der Staatsanwalt Beschwerde gegen die Aufhebung eingelegt hatte.

Aus dem einige Tage später bekannt gewordenen Beschluß der 2. Strafkammer des Landgerichts, dem die Anklageschrift mit Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens vorliegt, geht hervor, daß der "dringende Tatverdacht bzgl. der von der Staatsanwaltschaft behaupteten 'Verabredung zu einem Explosionsverbrechen' anlässlich der Gelöbnisfeier auf dem Löwenwall auch nach Abschluß der Ermittlungen nicht angenommen werden kann." (aus der Presseerklärung der Rechtsanwälte vom 6.2.84) Weitere Haft wegen "Fahrlässiger Herbeiführung" nach fast neun Monaten U-Haft sieht die Kammer als nicht mehr verhältnismäßig an.

Das Landgericht hat der Beschwerde der Staatsanwaltschaft nicht abgeholfen, so daß nun das Oberlandesgericht entscheiden wird, ob die beiden wieder eingeknastet werden oder nicht.

Die Begründung des Landgerichts für die überraschende Haftentlassung von Wolfgang und Rolf ist das plötzliche Eingeständnis, daß die den Haftbefehl legitimierende Begriffshülse des "dringenden Tatverdachts" "einer Verabredung eines Explosionsverbrechens" ihren Ursprung in der Linie der Sta hatte und sich in dieser Form nicht länger halten läßt. Diese Linie bestand in dem Versuch der Vernichtung der politischen Identität der beiden Gefangenen und darüber vermittelt, die Abschreckung der Menschen draußen als Voraussetzung, die Ruhe der Herrschenden zu sichern. Offensichtlich ist es der Sta aber bislang nicht gelungen, die Pläne der Verantwortlichen des machtsystems so durchzusetzen, wie diese es von ihr erwartet hatten.

Die Entpolitisierung des Verfahrens gelang nicht, weil sie - abgesehen von der politischen Identität - keinerlei Begründung für die Internierung liefern konnte, die hätte vermittelt werden können. Insgesamt schafften es die Schweine nicht, eine Mobilisierung zu verhindern. Die Forderung der beiden nach Zusammenlegung und Nichtarbeit wurden von draußen durch eine Resolution,

die von vielen lokalen und auswärtigen Gruppen und Initiativen unterschrieben wurde, und einer hergestellten Öffentlichkeit, die das Kalkül des Apparats - Zerstörung der politischen Identität der Gefangenen, Demoralisierung draußen - aufzeigte, unterstützt. Auch wurde eine Resolution eines Buchladens, die sich gegen einen Beschluß des Haftrichters wendete, in dem dem betreffenden Buchladen unter sagt wurde, an die zwei Inhaftierten Bücher etc. zu schicken, von ca. 60 Buchläden unterschrieben.

Der Kampf von Rolf und Wolfgang für die Durchsetzung ihrer Forderungen durch den unbefristeten Hungerstreik vom 7.1.84 bis zur Haftentlassung führte dazu, daß sich immer mehr Menschen Überlegungen zur Situation im Knast machten und die Auseinandersetzung damit als Teil der eigenen Entwicklung begriffen, was in einer Demo zum Knast, an der sich ca. 250 Menschen beteiligten, sowie weiteren dezentralen Aktionen - z.B. Verkleben von Türschlössern bei Banken und Versicherungen - seinen Ausdruck fand.

Diese Mobilisierung draußen war ein Faktor, der seinen Teil dazu beigetragen hat, daß der Apparat seine Taktik änderte, nämlich über die Haftentlassung diese Unterstützung im Sande verlaufen zu lassen. In der erreichten Öffentlichkeit, die auch die Forderungen unterstützt hat, versucht er nun, die entstandenen Zweifel an der "rechtsstaatlichen" Durchführung des Verfahrens und die Kritik an der langen U-Haft auszuräumen und damit zu verhindern, daß sich noch mehr Menschen mit den Knastbedingungen auseinandersetzen und dabei ihre Illusionen über den Charakter des Systems der organisierten Unmenschlichkeit verlieren. Auf den weiteren Gang des Verfahrens - Prozeß, Verurteilung u.s.w. - hat die Aufhebung des Haftbefehls keinen Einfluß, der Apparat will sich dadurch die Möglichkeit schaffen, das Verfahren zu einem ihm genehmeren Zeitpunkt zu terminieren und durchzuführen, um damit die Genossen zu verunsichern und unter Druck zu setzen.

Gegen diese Absichten müssen wir unser Wissen setzen, daß solche taktischen Züge der Justiz unser antagonistisches Verhältnis zum Metropolenstaat in keiner Weise verändern können und daß dieses sich umsetzt im Kampf gegen die kapitalistische Ordnung und für den Kommunismus.

DEN WIDERSTAND ZUM ANGRIFF MACHEN!



Braunschweig, Februar 84

Rechtshilfefonds

Spendenkonto:
64339-303 Postscheckamt Hannover
Sonderkonto - R. Jortzick

ZUM PROZESS gegen ★ ROLF und WOLFGANG

im verfahren gegen rolf und wolfgang

hat das landgericht bs jetzt die prozeß-
termine für mitte juni festgelegt, also
über einem jahr nachdem sie wegen eines
unfalls im keller ihrer wohnung- bei dem
sie verbrennungen erlitten hatten- eingeknastet worden waren.

wir wollen hier zur andauernden taktiererei
des justizapparates in braunschweig nur
kurz was schreiben, weil dieser durch be-
schlüsse, die sich häufig widersprechen,
verwirrung erzeugen und vom eigentlichen
politischen kalkül ablenken will.

als begründung für die einknastung mußte
im wesentlichen die politische identität
der beiden erhalten. (" marxistische
autonome gruppen...") nachdem auf dieser
grundlage die haftfortdauer in etlichen be-
schlüssen legitimiert wurde, hat das land-
gericht anfang februar 84 die haftbefehle auf-
gehoben. juristisch wurde dies mit dem plötz-

lich nicht mehr vorhandenen dringenden tat-
verdacht begründet. dagegen legte die staats-
anwaltschaft sofort beschwerde ein, der das
olg im wesentlichen folgte. es gab neue haft-
befehle, die aber gegen meldeauflagen außer
vollzug gesetzt wurden. der aktuelle stand
(29.04.84) ist , daß das landgericht bs
die anklage wegen "fahrlässiger herbeifüh-
rung einer explosion " zugelassen hat, nicht
aber wegen der "verabredung zu einem ex-
plosionsverbrechen ". außerdem wurden die
bisher außer vollzug gesetzten haft-
befehle aufgehoben. da der staatsanwalt
gegen die nichteröffnung bezüglich des einen
punktes beschwerde eingelegt hat, wird der
justizapparat demnächst einen neuen beschluß
produzieren. deshalb ist noch nicht völlig
klar, wann der prozeß nun genau stattfindet.

vorläufige Prozeßtermine: 15.6/20.6 } jeweils 9.00
27.6/29.6 } LANDGERICHT BRAUNSCHW.
MÜNZSTRASSE

zu ihrer entlassung anfang februar, nach
fast neun monaten u-haft, hat auch die mobili-
sierung beigetragen, die zu ihrem hungerstreik
gegen zwangsarbeit und für ihre zusammen-
legung lief. so fand in bs unter anderem eine
demo zum knast statt, an der sich mehrere
hundert menschen beteidigten, worin sich die
solidarität mit der inhaltlichen bestimmung
des streiks ausdrückte. An der auseinanderset-
zung um diesen schritt wurde deutlich, daß der
widerstand gegen die kapitalistische ord-
nung und deren staatsapparat nicht hinter
knastmauern endet. dieser widerstand war
zwar praktisch begrenzt; uns ist dabei aber

bewußt geworden , daß wir die staatlichen
maßnahmen , die hier die ruhe durchsetzen
sollen, nicht notwendig passiv ertragen
müssen.

daß die möglichkeiten, das bestehende system
der ausbeutung und unterwerfung zu beseitigen,
nicht länger von der staatlich verordneten re-
signation überschattet werden, ist gerade in
der aktuellen situation wichtig. heute
nämlich demonstriert der machtapparat, wie
entscheidend es für seine existenz ist, nicht
nur die ihn grundsätzlich angreifende mobili-
sierung zurückzudrängen, sondern auch jedes

bewußtsein darüber auszulöschen, nur so kann verstanden werden, warum in dieser phase, die gekennzeichnet ist durch weit verbreitete unsicherheiten auf unserer seite, die repressio verschärft und abschreckende urteile gefällt werden (radikalverfahren, 11.6. prozeß, krefeld-prozesse, prozeß in köln, starnheim und düsseldorf) .

daß der kampf für den kommunismus hier immer noch nicht weiter entwickelt ist, liegt nicht nur daran, daß das system unmittelbar mit dem kampf droht, ein entscheidender grund ist die bisherige form der autonomen politik, die sich im eingreifen in tagesaktuelle ereignisse erschöpft hat, aber nicht fähig war, einen wirklichen zusammenhang zu schaffen. ein solcher zusammenhang kann nur auf der analyse der bestehenden kapitalistischen machtsysteme und der entwicklung der eigenen ideen aufbauen. heute reproduzieren die von vielen betriebenen wiederholungen dieser taktik der vergangenheit nur ein gemisch von erinnerungen und abwarten während der sich abzeichnenden entwicklung der kapitalistischen gesellschaft kein eigenes denken und handeln entgegen gesetzt wird.

wir werden hier also nicht weiter kommen, wenn unsere perspektive auf reaktionen auf staatliche repression beschränkt ist. vielmehr stellt sich für uns die aufgabe in der nächsten zeit unsere politik neu zu bestimmen. dazu gehört, daß wir uns einen begriff von der entwicklung des widerstandes schaffen, der das spontaneistische reagieren auf aktualitäten aufhebt und den strate-

gischen charakter festlegt. diese orientierung ist notwendig, um das konkrete eingreifen als kommunistische bewegung festlegen zu können und darüber die position für den kommunismus zu stärken. sie bedeutet aber auch, die phase der verbindlichen diskussion zu beginnen. das wir dadurch theoretisch und praktisch ausdrücken, daß diese gesellschaft in allen ihren aspektten (gesellschaft der kommandos, gesellschaft des kapitals, gesellschaft des spekta-

kels) aufgelöst, zerstört werden muß und bereits im befreiungsprozeß auf den kommunismus hindeutet, wollen wir hervorheben in einer zeit, in der verschiedene gruppen ihre perspektive in der kritik von teilaspektten dieser gesellschaft entdecken. diese kritik wird zum wunsch nach teilverbesserungen, die nur den ganzen rest des einwands legitimieren, wenn sie nicht ein teil der strategie des bruchs mit dem gesamtrahmen des machtsystems ist.

wenn wir diese strategie des bruchs aber weiterentwickeln wollen, stellt sich die frage (ne konzern), wie wir die notwendige verbindlichkeit der diskussion und des eingreifens organisieren können.

Schon während der haftzeit von Rolf und Wolfgang mußte ein Haufen Kohle bezahlt werden (Anwälte, Zeitungen, Fotokopien, und, und, und).

Der Prozeß selbst und auch die Mobilisierungsversuche (siehe dieses Flug) müssen irgendwie bezahlt werden. Gebt auch nen Ruck und unterstützt den Rechtshilfefonds mit ner Spende.

KONTOKUMMER : 64 339 - 303 Postscheckamt Hannover

- Sonderkonto - R.Jortzick

bewußtsein darüber auszulöschen, nur so kann verstanden werden, warum in dieser phase, die gekennzeichnet ist durch weit verbreitete Unsicherheiten auf unserer seite, die repressio- n verschärft und abschreckende urteile gefällt werden (radikalverfahren, 11.6. prozeß, kreisfeld-prozesse, prozeß in köln, starnheim und düsseldorf) .

daß der kampf für den kommunismus hier immer noch nicht weiter entwickelt ist, liegt nicht nur daran, daß das system unmittelbar mit dem kampf droht, ein entscheidender grund ist die bisherige form der autonomen politik, die sich im eingreifen in tagesaktuelle ergebnisse erschöpft hat, aber nicht fähig war, einen wirklichen zusammenhang zu schaffen. ein solcher zusammenhang kann nur auf der analyse der bestehenden kapitalistischen machtsysteme und der entwicklung der eigenen ideen aufbauen. heute reproduzieren die von vielen betriebenen wiederholungen dieser taktik der vergangenheit nur ein gemisch von erinnerungen und abwarten während der sich abzeichnenden entwicklung der kapitalistischen gesellschaft kein eigenes denken und handeln entgegen gesetzt wird.

wir werden hier also nicht weiter können, wenn unsere perspektive auf reaktionen auf staatliche repression beschränkt ist. vielmehr stellt sich für uns die aufgabe in der nächster zeit unsere politik neu zu bestimmen. dazu gehört, daß wir uns einen begriff von der entwicklung des widerstandes schaffen, der das spontaneistische reagieren auf aktualitäten aufhebt und den strate-

gischen charakter festlegt. diese orientierung ist notwendig, um das konkrete eingreifen als kommunistische bewegung festlegen zu können und darüber die position für den kommunismus zu stärken. sie bedeutet aber auch, die phase der verbindlichen diskussion zu beginnen, die wir dadurch theoretisch und praktisch ausdrücken, daß diese gesellschaft in allen ihren aspektten (gesellschaft der kummandos, gesellschaft des kapitals, gesellschaft des spekta-

kels) aufgelöst, zerstört werden muß und bereits im befreiungsprozeß auf den kommunismus hindrücken, wollen wir hervorheben in einer zeit, in der verschiedene gruppen ihre perspektive in der kritik von teilaspektten dieser gesellschaft entdecken. denn diese kritik wird zum wunsch nach teilverbesserungen, die nur den ganzen rest des elends legitimieren, wenn sie nicht ein teil der strategie des bruches mit dem gesamtrahmen des machtsystems ist.

wenn wir diese strategie des bruches aber weiterentwickeln wollen, stellt sich die frage (ne kontram), wie wir die notwendige verbindlichkeit der diskussion und des abgreifens organisieren können.

Schon während der Haftzeit von Roif und Wolfgang mußte ein Haufen Kohle bezahlt werden (Anwälte, Zeitungen, Fotokopien, und, und, und). Der Prozeß selbst und auch die Mobilisierungsversuche (siehe dieses Flug) müssen irgendwie bezahlt werden. Gebt auch nen Ruck und unterstützt den Rechtshilfefonds mit ner Spende.

KONTONUMMER : 64 339 - 303 Postscheckamt Hannover

- Sonderkonto - R.Jortzick

asta info



nr.: 4 vom: 30.1.87

asta technische universität braunschweig

Katharinenstrasse 1 • Telefon (05 31) 33 78 51 • Uni-Ruf 4555



ERGEBNIS DER WAHLEN ZU DEN KOLLEGIAL-
ORGANEN DER TU BRAUNSCHWEIG

SENAT (2 Studis)

Linke Liste	637	Stimmen
Unab. liberale	281	"
Jusos	81	"
Rechte	254	"

gewählt wurden somit: Wilhelm Harms
(Mathe) und Ralf Baethke (E-Technik)
Beide von der LINKEN LISTE

KONZIL: Linke Liste gegen die Wiederwahl des jetzigen TU Präsidenten, 10 Sitze
(20 Studis) Unab. Liberale Liste, 4 Sitze; Thuringia 1 Sitz, TUWAS 2 Sitze, RCDS
3 Sitze.

Nur noch heute bis
17.00 Uhr
zu den Wahlen bis
zu den Organen
der Verfassten
Studentenschaft



Samstag, 24.01.'87: 68er-Abschlußfete in der Mensa
 - Bewiesenermaßen mehrere Zivilpolizisten in der Mensa
 - Gebäudeüberwachung und Personalienfeststellung von Leuten, die die Veranstaltung verlassen. In einigen Fällen wird den Leuten bis nach Hause hinterhergefahren, und dort die Personalien festgestellt.

Montag, 26.01.1987: Morgens 8-8.30 Uhr Geländeobservation durch Zivis vor der Mensa und Kontrolle der abgestellten Fahrzeuge auf dem Mensaparkplatz.

Montag, 26.01.1987: Mittags - Überwachung des Publikums in der Mensa.

Montag, 26.01.1987: Abends: Diskussion zum NHG/HRG in der Teppichmensa - wieder Bespitzelung durch Zivilpolizei

Dienstag, 27.01.1987: Mittags: Spitzel in der Mensa.

Dienstag, 27.01.1987: Nachmittags: Oberall auf dem Uni-Gelände Zivis und Streifenwagen verkehren im 2-Minuten-Takt.

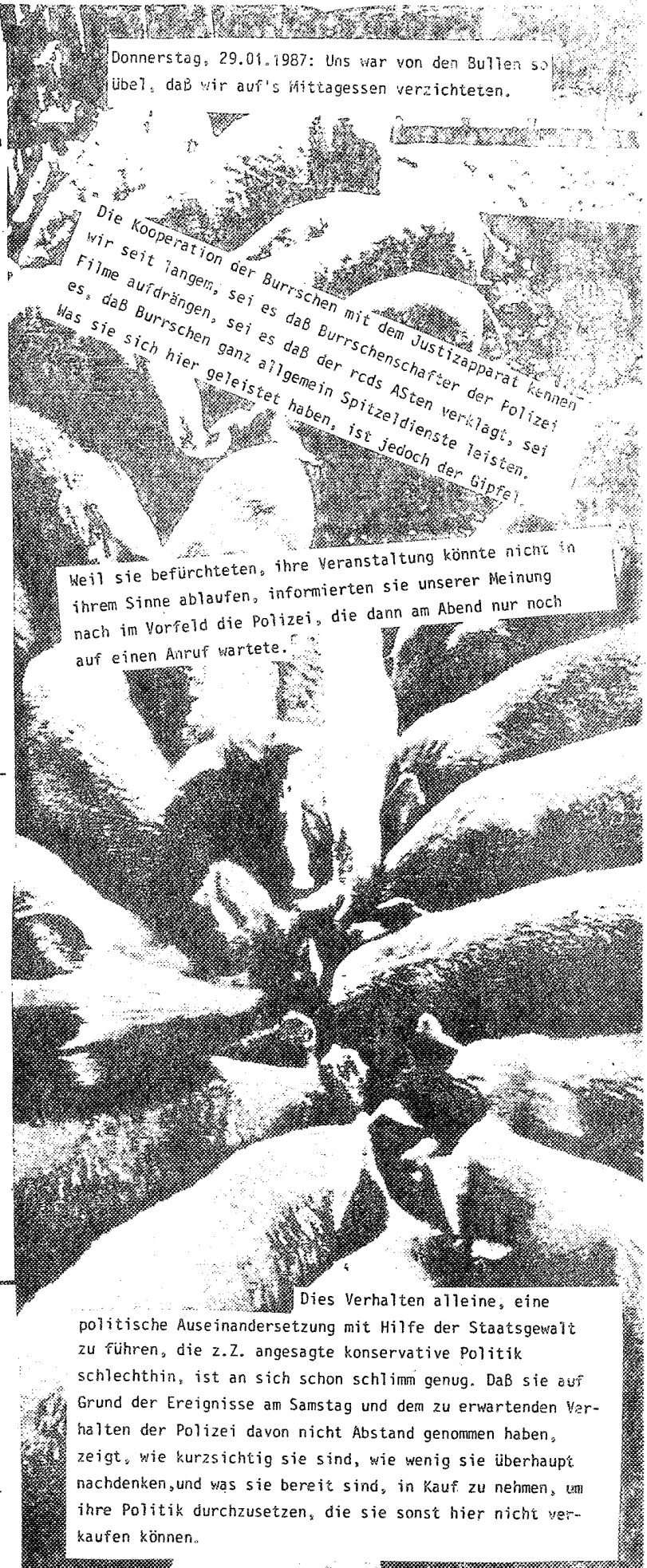
Dienstag, 27.01.1987: Abends: Propagandaveranstaltung der Burrschen für die Atom-Mafia. Ab ca. 20⁰⁰Uhr ist kein Polizist mehr im Uni-Gelände zu sehen. Um ca. 21⁰⁰Uhr besuchen einige verspätete Gäste die Veranstaltung - was einen Burrschen veranlaßt, zum Telefon zu stürzen. Zwei Minuten später ist das gesamte Uni-Gelände von Streifenwagen hermetisch abgeriegelt. Vom Büldenweg aus fahren Wagen in die Konstantin-Uhde-Straße, Spielmannstraße, Gaußstraße. Auf der Okerbrücke waren pigs abgeparkt. Vom Ring aus durch die Pockelsstraße fahren Wagen in die Konstantin-Uhde-Straße und die Katharinenstraße. Von der Mühlenpfordt-Straße aus wurde die Schleinitzstraße und die Katharinenstraße (Mensa-Parkplatz) dichtgemacht.

Im Rahmen dieses Totalabriegelungskonzeptes fiel ihnen eine Person, die gerade das Uni-Gebäude verlassen wollte, in die Hände. Danach war "Jagd frei" auf schwarz gekleidete Menschen, was zur Folge hatte, daß acht Personen, die an diesem Abend zufälligerweise schwarze Kleidung trugen, in der Nähe der Uni eingesammelt wurden und die Nacht im Knast verbringen mußten. Um halb zwei Uhr nachts rissen fünf ZSK'ler (Ziviles Streifen-Kommando) einen Studenten aus dem Schlaf und steckten ihn mit dem fadenscheinigen Tatvorwurf des "Landfriedensbruchs" ebenfalls in den Knast.

Mittwoch, 28.01.1987: Mittags: Zwei Zivis überprüfen die Auslagen in der Mensa - und schnüffeln am ASTA-Büchertisch 'rum.

Mittwoch, 28.01.1987: Nachmittags: Alle Leute sind wieder aus dem Knast raus.

Mittwoch, 28.01.1987: Nachts: Einige Menschen in schwarzer Kleidung werden in einem Wohngebiet(!) von einem Streifenwagen gesichtet, der dann zusammen mit einem Zivilfahrzeug versucht, diese Personen zu stellen....



Donnerstag, 29.01.1987: Uns war von den Bullen so übel, daß wir auf's Mittagessen verzichteten.

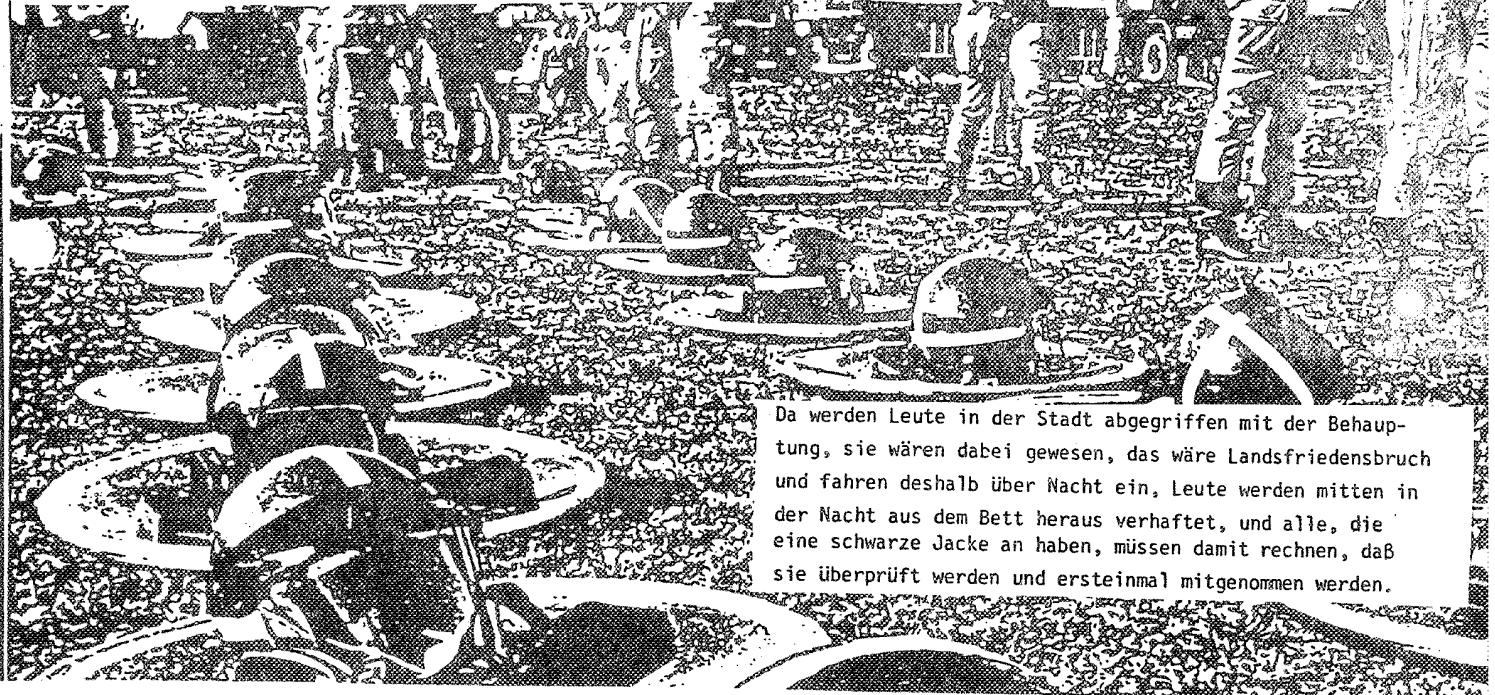
Die Kooperation der Burrschen mit dem Justizapparat kennen wir seit langem, sei es daß Burrschenschaffer der Polizei Filme aufdrängen, sei es daß der rcds ASTen verklagt, sei es, daß Burrschen ganz allgemein Spitzeldienste leisten. Was sie sich hier geleistet haben, ist jedoch der Gipfel.

Weil sie befürchteten, ihre Veranstaltung könnte nicht in ihrem Sinne ablaufen, informierten sie unserer Meinung nach im Vorfeld die Polizei, die dann am Abend nur noch auf einen Anruf wartete.

Dies Verhalten alleine, eine politische Auseinandersetzung mit Hilfe der Staatsgewalt zu führen, die z.Z. angesagte konservative Politik schlechthin, ist an sich schon schlimm genug. Daß sie auf Grund der Ereignisse am Samstag und dem zu erwartenden Verhalten der Polizei davon nicht Abstand genommen haben, zeigt, wie kurzsichtig sie sind, wie wenig sie überhaupt nachdenken, und was sie bereit sind, in Kauf zu nehmen, um ihre Politik durchzusetzen, die sie sonst hier nicht verkaufen können.



Auf der anderen Seite steht die Polizei hier in BS unter enormen Erfolgsdruck in Sachen Nord-LB, allen voran der Chef des Zivilen Streifenkommandos und Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei in BS, Bünte und sie nutzen natürlich jede Gelegenheit, irgendwelcher Leute, von denen sie sich Informationen erhoffen, habhaft zu werden, frei nach dem Motto "wer Veranstaltungen stört, wirft auch Scheiben ein". Die Methoden, der sie sich dabei bedienen, geben zu denken und erinnert manchen schon fast an Gestapomethoden.



Da werden Leute in der Stadt abgegriffen mit der Behauptung, sie wären dabei gewesen, das wäre Landfriedensbruch und fahren deshalb über Nacht ein, Leute werden mitten in der Nacht aus dem Bett heraus verhaftet, und alle, die eine schwarze Jacke an haben, müssen damit rechnen, daß sie überprüft werden und ersteinmal mitgenommen werden.

DER UNTERSCHIED IST MENSCHLICHKEIT

Die Frage nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel braucht hier wohl nicht mehr gestellt werden. Bünte und das KIF 7 (Kriminalfachinspektion 7, politische Polizei), von denen der Tatvorwurf des Landfriedensbruch konstruiert wurde, versuchen sich hier die fehlende Öffentlichkeit zu Nutze zu machen und über sehr massive Einschüchterungsversuche Ermittlungserfolge zu erlangen.



Sie schrecken dabei nicht davor zurück, Methoden anzuwenden, die zum Teil in den "Grauzonen" des Rechtes liegen, so zum Beispiel die Polizeieinsätze zur Überwachung der Mensa - auf Unigelände haben sie ersteinmal nichts zu suchen, schon gar nicht zivil - , zum anderen werden Mittel verwandt, die mensch ruhig als illegal bezeichnen kann. Das sind in erster Linie die Tatvorwurfkonstruktionen, die absolut haltlos sind und auch nie vor einen Haftrichter kommen und nur dazu dienen, Leute ED (erkennungsdienstlich) zu mißhandeln und so Daten zu sammeln. Wenn jetzt eine sagt, aber die müssen doch gelöscht werden, dann ist wohl allen ziemlich klar, daß das nicht geschieht. (Und bist du erst mal drin im EDV, kennt deine Daten jede Sau!)



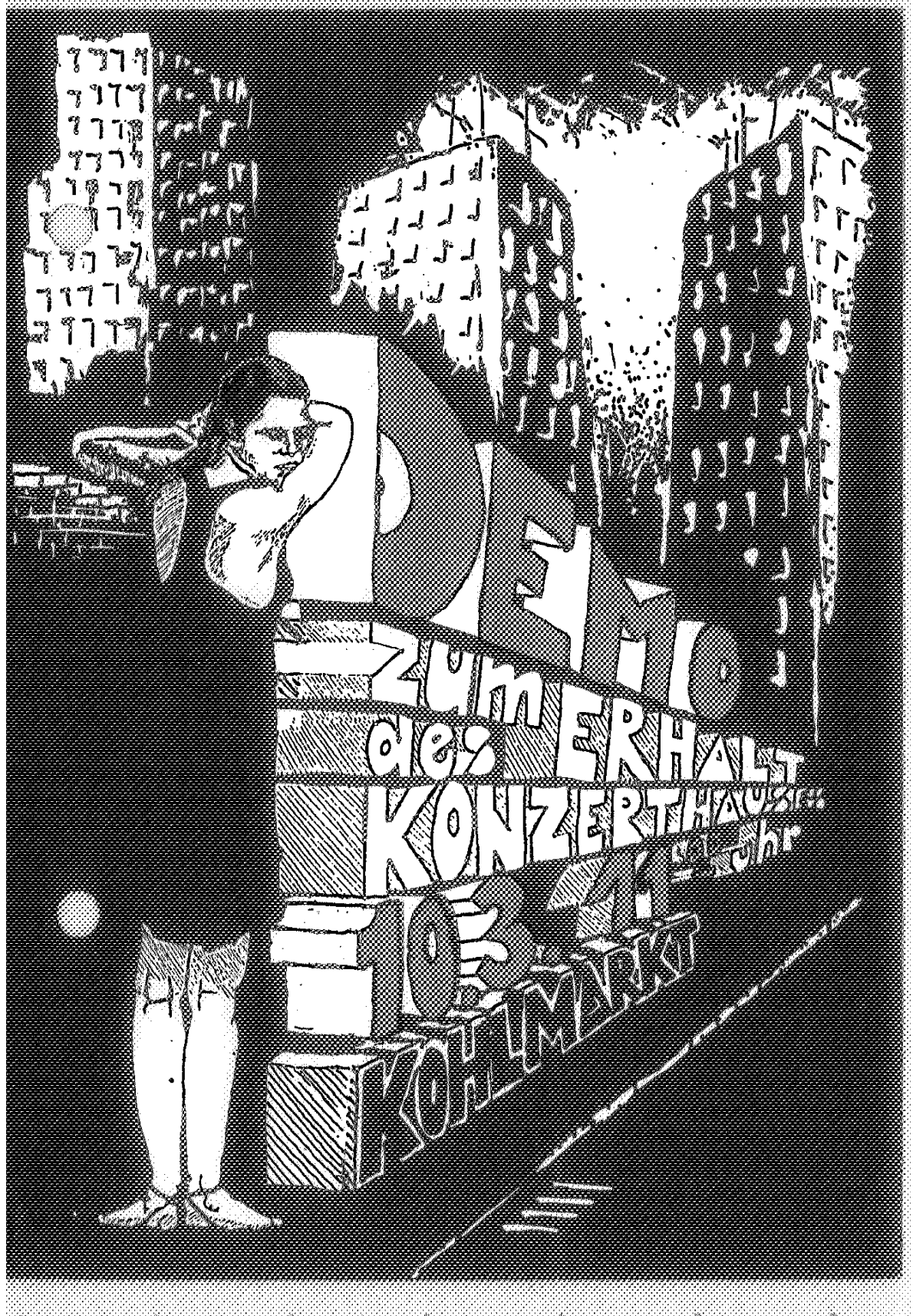


MEGA-ARMAGEDDON-DANCE

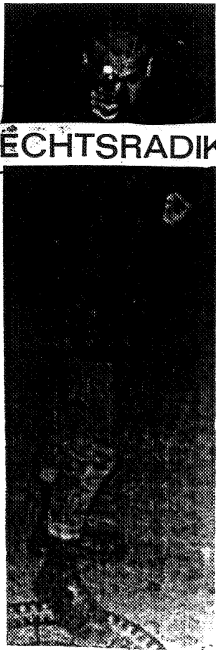
am 30.6.

im KONZERTHAUS

ab 22:00



RECHTSRADIKALER TERROR IN DER LEOPOLDSTRASSE



PROTOKOLL / ERKLÄRUNG

Seit März 1981 besteht zwischen dem Verein zum Erhalt der Leopoldstr. 23 und der Stadt Braunschweig ein Mietvertrag. Nach kürzester Zeit wurde ein durchaus freundschaftliches Verhältnis zur Nachbarschaft aufgebaut. Auch ansonsten war es, trotz der sozialen und kulturellen Unterschiede und der vielen Gastronomie eine angenehme Wohngegend.

Seit ein paar Monaten tauchen am Bruchtorwall, in der Nähe der Leopoldstr, in und vor der Discothek 'KOKA', die auch von uns besucht wird, Skinheads und Neonazis auf. Sie bringen durch:

- Aufmärsche (Parolen wie 'Sieg Heil')
 - Verprügeln von Gaststätten Besuchern
 - Bedrohung von Ausländischen Kollegen/innen
 - Hetze gegen Andersdenkende
 - Belästigung von Anwohnern
 - Abschiessen von Gas- und Leuchtkugeln
- Unruhe in das Viertel.

SKINHEADS UND NEONAZIS GREIFEN!

WOHNGEWELT AN

Am Samstag, den 13.9.86 besuchten 3 Bewohner des Hauses das 'KOKA'. Als sie dort ankamen, brüllten die Skins 'Sieg Heil' und ähnliches. Beim Verlassen der Disco wurden sie von den Skins mit 'Wir wollen keine langhaarigen Schweine' angepöbelt. Die Skins zogen Ketten und Stahlruten, worauf die Bedrohten unter Schlägen ins Haus flüchteten. Nun versuchten die Skins die Haustür aufzubrechen und als die Tür einen Spalt nachgab, schossen sie mit einer Gaspistole ins Haus. Ein Eindringen konnte von den Bewohnern mit Mühe verhindert werden. Die alarmierte Polizei traf erst ein, nachdem die Skins sich zurückgezogen hatten. Die Beamten ermittelten nach einer Falschaussage der Skins gegen die Bewohner des Hauses!!!!

Freitag, 19.9.:

Gegen 23.00 h kam eine Gruppe von ca. 15 Skins vor das Haus Leopoldstr.23 und beschimpfte Bewohner, die am Fenster standen. Sie zogen Gummiknüppel und Gaspistolen, einer schoß eine Leuchtkugel durch das offene Fenster. Die im Viertel schon präsenste Polizei beschränkte sich auf Beobachtungen!!!!

Aufgrund der massiven Be-

drohung riefen die Bewohner telefonisch Freunde zur Hilfe. Diese wollten uns zu Hilfe kommen, worüber die Polizei sofort informiert war?!?! Sämtliche zur Verfügung stehenden Polizeikräfte, auch die aus der Leopoldstr.!! wurden zusammengezogen um diese Gruppe von Freunden im Bürgerpark festzunehmen und später in kleinen Gruppen am Stadtrand auszusetzen.

Ober-Skin 2/2

In der Zwischenzeit kamen ca. 20 Skins zum Haus zurück und warfen mit Bierflaschen Fensterscheiben ein. Als eine Stunde danach 2 Personen das Haus verließen, wurden sie von 6 Skinheads überfallen und zum Teil schwerverletzt. Jetzt fühlten sich die Skins sicher.

Gegen 1.00h kamen sie nochmals und warfen Bierflaschen und ein Molotow-Cocktail gegen das Haus, der auf der Strasse abbrannte. Nachbarn riefen die Polizei, die aber erst 10 Minuten später eintraf, kurz nachdem ein zweiter Brandsatz gegen das Haus geflogen war.

Erst jetzt drängten die eintreffenden Beamten die Skins aus der Strasse und ließen sie bewaffnet abziehen. Selbst



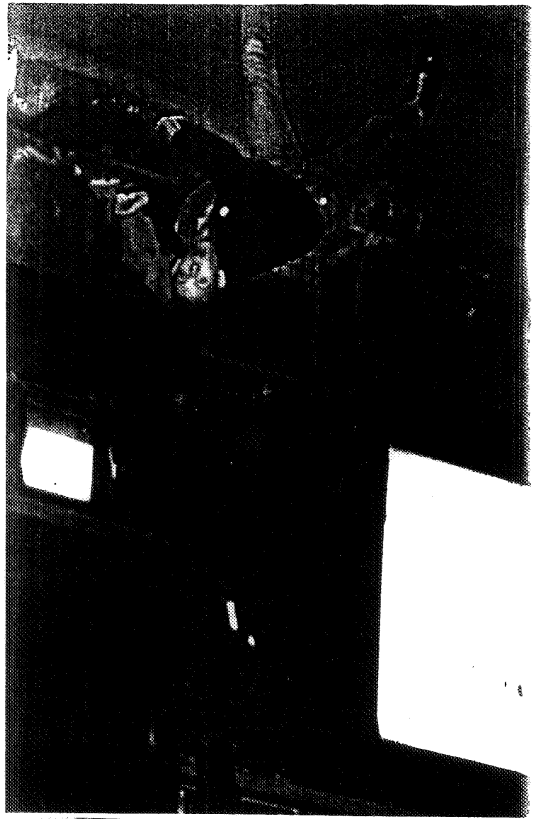
Die deutsche Provinzpresse schlägt zu

Selbstständige Ermittlungen wollten die Beamten nicht aufnehmen, da 'kein öffentliches Interesse vorliegt'. Die Skins verbrachten den Rest der Nacht unbehelligt im Leopoldstr., wobei nochmals am Fenster wachende Bewohner mit Gasstößen bedroht wurden. In dieser Nacht hatte, bis auf die zwei Überfallenen, niemand das Haus Leopoldstr. 23 verlassen!!!!

Samstag, 20.9.

Abends versammelten sich Bewohner und Freunde im Haus, um sich bei einem erneuten Überfall schützend vor das Haus zu stellen, bzw. die Skins erst gar nicht in die Strasse zu lassen. Als ca. 20 Skins gegen 23.00 h auf dem Bruchtorwall in Richtung 'KOKA' zogen, von denen einige schon vorher im 'Jolly Joker' randaliert hatten, ging eine Gruppe von Leuten aus dem Haus an die Ecke Leopoldstr./Bruchtorwall, um den Skins entgegen zu treten. Sofort war die Polizei zur Stelle und wollte einen Freund des Hauses verhaften. Daraufhin ging die Gruppe geschlossen ins Haus zurück. Die Polizei forderte unter Androhung von Schubwaffengebrauch das Öffnen der Tür. Erst als ein zufällig anwesender Rechtsanwalt die Polizisten über den Sachverhalt befragte, ließen sie von der Tür ab, umstellen das Haus mit der Begründung es schützen zu wollen. Selbst zufällig anwesende Passanten fragten sich, warum ein Schutz des Hauses vor Angriffen rechtsradikaler Skinheads, mit Androhung Schubwaffengebrauch gegen die Hausbewohner verbunden ist. (überhaftete Skins wurden in die Schunter Siedlung bzw. nach Hause gefahren!!!) Die restlichen Skins (ca. 20) und Neonazis konnten bewaffnet, aber völlig unbehelligt abziehen!!!

Das Haus hingegen wurde den Rest der Nacht observiert und Bewohner an den Fenstern fotografiert.



Prozess um schwerverletzten Afrikaner

Die frühere Kämpferin der hantareschen Skins, Corsten W. VIELEN

Ein Bescheid von (Hof, Hamburg 3.9)

monatliche Freiheitstraße wegen gefährlicher Körperverletzung und Hehlung. Der Angeklagte war Anwohner und Teilnehmer der ersten Schlägerei, in deren Folge ein Chamer schwer verletzt wurde.

An 31. Januar 1986 stieß eine Gruppe von Skinheads auf zwei Chamer an der S-Bahn-Station Gärden, gerade vierzehn Tage nachdem Skinheads hier Ramazan Ayvaz tödlich geprügelt hatten. Car

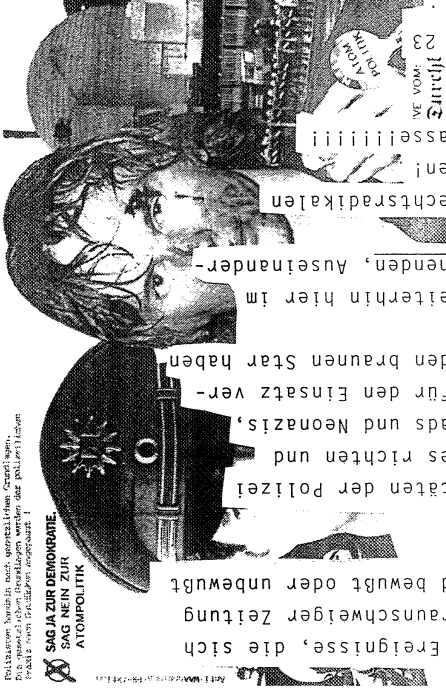
Wäre manken 'Nigger raus', fronde gegen 'Nigger' und 'Ku-Klux-Klan' an die Bahnhofsbrücke und gegen die Afrikaner mit dem Slogan 'Ich hasse Nigger'. Die Schlägerei wurde dann der Farb- kreuzer in der dann folgenden mit einer Flasche wiederholt auf den Kopf geschlagen. Während der

Mitunter wurde, sah das Ge- richt zumindest bei Carsten W. den

normale Schläger unter Betrun- kenem gehandelt hatte, war nicht bereit, für Carsten W. nochmals ei- ne Bewährung auszusprechen; denn der Angeklagte bereits zu sehr in den

vertraut. Körperverletzung und Zuspätschiebung von Nazi- Einblenden; immer wieder zur Be- währung ausgesetzte Strafen, die nun im Knast enden werden. Rich- ter Günther Olters in seiner Urteil- scheidung bei W. sei eine durch- schneidende Unberücksichtigung durch die Tat deutlich geworden. hz

WIR HALTEN FÜR SIE DIE KÖPFE HIN.



SAG JA ZUR DEMOKRIE SAG NEIN ZUM ATOMPOLITIK

Es ist nicht in unserem Interesse weiterhin hier im Viertel solche, nicht von uns ausgehenden, Auseinander- setzungen zu haben!!!

Wir werden jedoch weiterhin allen rechtsradikalen Angriffen entschieden entgegen treten und das nicht nur in der Leopoldstrasse!!!!

Am 23. Januar 1986